



# Stenografischer Bericht

## 15. Sitzung

am Freitag, dem 26. Januar 2007,  
in Magdeburg, Landtagsgebäude

### Inhalt:

Mitteilungen des Präsidenten ..... 907

noch: TOP 1

#### Aktuelle Debatte

c) **Das Modell der Bürgerarbeit: Was genau will die Landesregierung?**

Antrag der Fraktion der FDP - **Drs. 5/496**

Herr Prof. Dr. Paqué (FDP) ..... 907, 920  
Minister Herr Dr. Haseloff ..... 910  
Frau Dirlisch (Linkspartei.PDS) ..... 913  
Frau Budde (SPD) ..... 915  
Frau Take (CDU) ..... 917, 918  
Herr Gallert (Linkspartei.PDS) ..... 918  
Ministerpräsident Herr Prof. Dr. Böhmer ..... 919

#### TOP 2

Aussprache zur Großen Anfrage

#### **Militärische Nutzung des Flughafens Leipzig-Halle GmbH**

Große Anfrage der Fraktion der Linkspartei.PDS - **Drs. 5/201**

Antwort der Landesregierung - **Drs. 5/304**

Herr Heft (Linkspartei.PDS) ..... 921  
Minister Herr Hövelmann ..... 924  
Herr Gallert (Linkspartei.PDS) ..... 926  
Herr Borgwardt (CDU) ..... 927  
Herr Kosmehl (FDP) ..... 929  
Herr Rothe (SPD) ..... 931, 932  
Frau Dr. Klein (Linkspartei.PDS) ..... 932

#### TOP 12

Zweite Beratung

#### **Anpassung der Regelsätze nach SGB XII**

Antrag der Fraktion der Linkspartei.PDS - **Drs. 5/32**

Änderungsantrag der Fraktion der FDP - Drs. 5/51	Alternativantrag der Fraktionen der CDU und der SPD - Drs. 5/500
Beschlussempfehlung des Ausschusses für Soziales - Drs. 5/473	Frau Bull (Linkspartei.PDS).....932, 938 Ministerin Frau Dr. Kuppe .....934 Frau Grimm-Benne (SPD).....935 Frau Dr. Hüskens (FDP) .....936 Herr Scharf (CDU).....936
(Erste Beratung in der 3. Sitzung des Land- tages am 09.06.2006)	Beschluss.....938
Frau Bull (Berichterstatterin) .....950 Ministerin Frau Dr. Kuppe .....951 Herr Kurze (CDU) .....952 Frau Dr. Hüskens (FDP) .....952 Frau Dr. Späthe (SPD).....952 Frau von Angern (Linkspartei.PDS) .....952	
Beschluss .....953	
<b>TOP 15</b>	<b>TOP 16</b>
Beratung	Beratung
<b>Einbeziehung der Denkschrift des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland zur Armut in Deutschland „Gerechte Teilhabe - Befähigung zur Eigenverant- wortung und Solidarität“ in die parla- mentarische Debatte zur Zukunft Sach- sen-Anhalts</b>	<b>Gutachten zur Wirtschaftlichkeit von Ein- heitsgemeinden und Verwaltungsgemein- schaften</b>
Antrag der Fraktion der Linkspartei.PDS - Drs. 5/477	Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 5/478
	Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der SPD - Drs. 5/501
	Änderungsantrag der Fraktion der Linkspartei.PDS - Drs. 5/502
	Herr Wolpert (FDP) .....938, 949 Frau Schindler (SPD) .....941 Herr Grünert (Linkspartei.PDS).....942 Herr Harms (CDU) .....943 Minister Herr Hövelmann .....945
	Beschluss.....950

Beginn: 9.02 Uhr.

**Präsident Herr Steinecke:**

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hiermit eröffne ich die 15. Sitzung des Landtages. Dazu begrüße ich alle Anwesenden ganz herzlich.

Ich mache noch einmal auf zwei wichtige Termine aufmerksam: Am morgigen Samstag, dem 27. Januar 2006, findet ab 10 Uhr in Salzwedel die Veranstaltung zum Gedenken an die Opfer des Nationalismus statt. Um 10.30 Uhr findet die Kranzniederlegung statt. Um 11.30 Uhr wird die Veranstaltung in der Mönchskirche fortgesetzt.

Des Weiteren mache ich Sie darauf aufmerksam, dass am Sonntag, dem 28. Januar 2006, um 15.30 Uhr das Jugendzentrum in der Synagoge Gröbzig eingeweiht wird. - Das wollte ich in Erinnerung rufen. Es wäre gut, wenn wir in angemessenem Umfang vertreten wären.

Meine Damen, meine Herren! Ich stelle die Beschlussfähigkeit des Hohen Hauses fest.

Wir beginnen heute wie verabredet erneut mit dem Tagesordnungspunkt 1 - Aktuelle Debatte - und hier mit dem dritten Thema. Danach folgen die Tagesordnungspunkte wie festgelegt.

Ich rufe erneut den **Tagesordnungspunkt 1** auf:

**Aktuelle Debatte**

Ich rufe das dritte Thema auf:

**Das Modell der Bürgerarbeit: Was genau will die Landesregierung?**

Antrag der Fraktion der FDP - **Drs. 5/496**

Für die Debatte wird folgende Reihenfolge vorgeschlagen: FDP, Linkspartei.PDS, SPD und CDU. Zunächst hat die FDP als antragstellende Fraktion das Wort. Herr Professor Dr. Paqué, bitte schön.

**Herr Prof. Dr. Paqué (FDP):**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! „Das Jobwunder“ - so titelte jüngst der „Rheinische Merkur“ in einem Artikel über die Bürgerarbeit in Sachsen-Anhalt. Es wurde über einen 48 Jahre alten Schlosser und eine 41-jährige Bürokauffrau berichtet. Beide waren bis vor Kurzem über längere Zeit arbeitslos und sind jetzt in der Bürgerarbeit beschäftigt. - Das war natürlich nicht der erste Artikel über das Wunder von Bad Schmiedeberg.

Ist es wirklich ein Wunder? - Natürlich ist es das nicht. Das, was derzeit in Bad Schmiedeberg passiert, ist doch eigentlich ganz einfach zu erklären. Von den ehemals 331 Arbeitslosen in der Stadt haben 82 einen Arbeitsplatz als Bürgerarbeiter bekommen. Sie erhalten ihre bisherige Arbeitslosenunterstützung jetzt in Form eines Arbeitsentgeltes und darüber hinaus noch etwas mehr. Es geht ihnen also finanziell nicht schlechter, sondern sogar etwas besser als vorher.

Der Staat zahlt drauf. Viel zahlt er nicht drauf. Aber er zahlt immerhin so viel drauf, dass der Finanzminister,

wie ich heute der Presse entnahm, größte Bedenken hinsichtlich einer möglichen Erweiterung des Modellprojektes hat.

Die Menschen haben Arbeit, und zwar bei gemeinnützigen Organisationen. Wer kann eigentlich irgendetwas dagegen haben? Man fragt sich, warum sind wir in Deutschland nicht schon früher darauf gekommen.

(Zustimmung bei der Linkspartei.PDS)

Meine Damen und Herren! Die Antwort ist ganz einfach, Herr Gürth. Wir sind schon früher darauf gekommen. Bürgerarbeit ist nämlich im Kern eine ganz normale Maßnahme zur Arbeitsbeschaffung, eine ABM.

(Herr Scharf, CDU: Nur war das etwas schwieriger bisher!)

Der Staat besorgt und finanziert einen Arbeitsplatz bei einer gemeinnützigen Organisation. Das ist öffentliche Arbeitsbeschaffung, nicht mehr und nicht weniger. Gegenüber den traditionellen Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung gibt es hierbei eigentlich nur zwei Unterschiede:

Erstens. Bürgerarbeit wird nicht tariflich bezahlt. Sie ist insofern billiger als traditionelle ABM. Dies ist ein Vorteil für den Staat. Aber es ist ein Nachteil für die Beschäftigten.

Zweitens. Bürgerarbeit soll nicht befristet werden.

Im derzeitigen Modellversuch sind die Arbeitsverträge zwar noch befristet, aber der Wirtschaftsminister lässt keine Gelegenheit aus zu betonen, dass dauerhafte, nicht befristete Bürgerarbeit das politische Ziel ist, also ABM unter Tarif, aber unbefristet.

Erstmals in der deutschen Wirtschaftsgeschichte will ein Bundesland seinen Arbeitslosen einen Dauerarbeitsplatz garantieren, der unbefristet ist und zu 100 % von der öffentlichen Hand finanziert wird.

An dieser Stelle haben wir als FDP-Fraktion die erste große, ernste Frage an die Landesregierung: Soll Bürgerarbeit wirklich unbefristet sein? Herr Minister Heseloff, wollen Sie für Menschen auf Dauer einen Arbeitsplatz bei gemeinnützigen Organisationen zu 100 % mit öffentlichen Mitteln finanzieren? - Wenn ja, dann plädieren Sie für eine vollständige Verstaatlichung des Beschäftigungsrisikos - ein klassischer sozialistischer Grammpunkt.

Man fragt sich, warum wir überhaupt noch über den Personalabbau im öffentlichen Dienst reden, wenn der Staat anderswo massiv und auf Dauer Personalkosten übernehmen soll.

Wie erklären wir den vielen Menschen, die heute weite Wege zur Arbeit fahren und private Opfer bringen, um in der gewerblichen Wirtschaft zu arbeiten, dass arbeitslose Kollegen vom Staat dauerbeschäftigt werden?

Herr Minister, eigentlich können Sie das gar nicht wollen. Aber wenn Sie es nicht wollen, dann erklären Sie uns bitte, was genau Sie wollen. In der Öffentlichkeit und im Wirtschaftsausschuss haben Sie das bisher nicht getan. Es geht um die Fragen hinsichtlich der Befristung, für wen, wie lange, wie oft und unter welchen gesetzlichen Rahmenbedingungen sie erfolgen soll.

Über all das, meine Damen und Herren, können wir reden. Aber werden Sie bitte bezüglich der Frage nach der

Befristung konkret; denn das ist im Zusammenhang mit der Bürgerarbeit eine wesentliche Grundfrage.

Lassen Sie mich zu der zweiten großen Frage kommen. Hierbei geht um die Vermittelbarkeit. Sind Bürgerarbeiter wirklich nicht vermittelbar?

Die Landesregierung hat wieder und wieder verkündet, dass für die Bürgerarbeit lediglich jene Erwerbspersonen infrage kommen, die definitiv nicht vermittelbar sind. Die Beispiele aus Bad Schmiedeberg, die durch die Presse gehen, sprechen indes eine ganz andere Sprache. Die 41-jährige Bürokauffrau, der 48-jährige Schlosser und der 53-jährige Elektromeister sind Erwerbspersonen mit solider beruflicher Qualifikation. Sind sie alle definitiv nicht vermittelbar?

(Herr Gürth, CDU: Manchmal ist das leider so!)

Meine Damen und Herren! Die Antwort ist natürlich ein ganz klares Nein. - Herr Gürth, wir müssen bezüglich der Bedeutung des Begriffs „vermittelbar“ präzise sein.

(Zuruf von Frau Budde, SPD)

Es sind Erwerbspersonen, die auf dem ersten Arbeitsmarkt einen Job finden können, wenn sich dort die Lage verbessert. Die Lage wird sich auch in Bad Schmiedeberg und in der Umgebung verbessern, wenn Arbeitskräfte aufgrund des wirtschaftlichen Wachstums und der demografischen Entwicklung knapper werden. Die Menschen mit unbefristeter Bürgerarbeit als nicht vermittelbar auszumustern, ist unverantwortlich, Herr Minister.

(Unruhe)

Wollen Sie das wirklich? Das ist unsere Frage.

(Herr Schwenke, CDU: Die Welt ist einfach!)

Wenn nein, was wir hoffen, dann stellt sich die Frage: Wie wollen Sie sicherstellen, dass sich ein unbefristet beschäftigter Bürgerarbeiter mit einer Wochenarbeitszeit von 30 Stunden und einem Entgelt von mindestens 825 € in seiner freien Zeit in Zusammenarbeit mit der Bundesagentur für Arbeit unverändert um eine Stelle auf dem ersten Arbeitsmarkt bemüht?

Wie wollen Sie sicherstellen, dass der Bürgerarbeiter bei seiner Arbeitssuche auch Tätigkeiten zu niedrigen Löhnen, aber auf dem ersten Arbeitsmarkt annehmen muss, auch wenn er mit der gemeinnützigen Tätigkeit nicht schlechter oder sogar besser dasteht? Welchen Anreiz gibt es für ihn, sich darum zu bemühen, die Staatskasse zu entlasten? - Das alles sind offene Fragen, die auf eine Antwort warten.

Meine Damen und Herren! Der dritte große Fragenkomplex betrifft die Grundfrage: Verdrängt Bürgerarbeit wirklich keine reguläre Arbeit? - Immer wieder beteuert die Landesregierung, es gehe bei der Bürgerarbeit allein um Arbeit, die sonst nicht angeboten würde, und zwar weder in gewinnorientierten Unternehmen noch als gemeinnützige Arbeit bei so genannten Non-Profit-Unternehmen. Dies mag tatsächlich in sehr wenigen Einzelfällen so sein, so etwa im Museum der freiwilligen Feuerwehr in Bad Schmiedeberg. Das ist das Beispiel, das in der Presse immer wieder bemüht wird.

Soll aber Bürgerarbeit in der Breite angewandt werden, wird die Marktferne der Tätigkeit nicht durchzuhalten sein. Schon eine flächendeckende Einführung der Bürgerarbeit in dem neuen Landkreis Mansfeld/Südharz würde das deutlich machen. Bei rund 10 000 Langzeitarbeitslosen hieße dies, dass man dort marktferne Bür-

gerarbeit für Tausende von Menschen in gemeinnützigen Einrichtungen vorhalten müsste. Das ist eine abenteuerliche Vorstellung. Das haben offenbar auch die arbeitsmarktpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion Frau Hampel und der Finanzminister erkannt.

Noch abwegiger wird es auf der Bundesebene, wo es um eine Million Langzeitarbeitslose geht. Denn was heißt das genau? - Es würden Hunderttausende von mit öffentlichen Mitteln finanzierten Bürgerarbeitsplätzen für Tätigkeiten wie Krankenbetreuer, Reinigungskraft, Gärtner, Pförtner usw. gebraucht. Das sind genau jene Bereiche, die bei gewinnorientierten Unternehmen und im gemeinnützigen Bereich die klassische Domäne der Niedriglohnätigkeit sind.

Jeder weiß: Auch Non-Profit-Unternehmen arbeiten wirtschaftlich.

(Zuruf von Frau Dirlich, Linkspartei.PDS)

Sie werden deshalb ihre Planungen so anpassen, dass sie bezahlte Arbeit oder eingekaufte Serviceleistungen durch kostenlose und unbefristete Bürgerarbeit ersetzen. Bei den fast 70 000 Zivildienstleistenden in Deutschland können wir dies beobachten.

Im Ergebnis bedeutet das weniger selbst finanzierte Arbeitsplätze im Non-Profit-Bereich und auch weniger Aufträge und weniger Arbeitsplätze in der gewerblichen Wirtschaft, im Handwerk und bei den Dienstleistern.

Herr Minister Haseloff, sehen Sie nicht auch die Gefahr, dass Sie gerade durch die Bürgerarbeit, wenn sie in großem Maßstab angewandt wird, das Entstehen von Arbeitsplätzen behindern? Erklären Sie uns bitte, warum die Wissenschaft, die Wirtschaft und wir Liberale mit dieser weithin verbreiteten Einschätzung falsch liegen sollen. Wir können das nicht so sehen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! 82 Bürgerarbeiter in Bad Schmiedeberg sind vielleicht ein harmloses Experiment, zumal es noch befristet ist. Zigtausende Bürgerarbeiter in Sachsen-Anhalt oder gar Hunderttausende Bürgerarbeiter in Deutschland - das wäre der falsche Weg, genau wie die flächendeckende Anwendung von ABM der falsche Weg war. Es geht nicht um die Einzelfälle in Bad Schmiedeberg, sondern um die weiteren Planungen. Es ist höchste Zeit, Herr Minister Haseloff, dass Sie in der Öffentlichkeit klar machen, was Sie vorhaben und wie es weitergehen soll.

Dabei ist der richtige Weg, meine Damen und Herren, von der Wissenschaft längst gewiesen und vorgezeichnet. Es muss für Arbeitslose finanziell wieder interessant werden, Arbeit auch zu relativ niedrigen Löhnen aufzunehmen. Es geht dabei um genau jene Tätigkeiten, die aufgrund zu hoher tariflicher Mindestlöhne und wegen des ALG II in Deutschland viel zu wenig angeboten werden. Dabei handelt es sich genau um die vorhin genannten und viele andere mehr, wie Krankenbetreuer, Pförtner, Gärtner, Hausmeister oder Tankwart. Ich könnte noch viele andere Beispiele nennen.

Meine Damen und Herren! Interessant werden diese Tätigkeiten nur dann, wenn sie durch staatliche Transfers ergänzt werden. Wir Liberale empfehlen deshalb schon seit Jahren die so genannte negative Einkommensteuer, auch Bürgergeld genannt, das genau dies bezweckt.

Der Grundidee der FDP folgend erwägt die SPD seit Kurzem einen Steuerfreibetrag für verdientes Einkommen analog dem Earned Income Tax Credit in den Ver-

einigten Staaten bzw. dem Working Tax Credit in Großbritannien. Ich freue mich, dass die SPD inzwischen ein bisschen in diese Richtung denkt. Ich weiß, Herr Minister Haseloff, dass auch in der CDU in diese Richtung gedacht wird, und zwar unter dem Stichwort „Kombilohn“.

Lassen Sie uns doch gemeinsam an dieser Baustelle weiterarbeiten: die FDP mit Bürgergeld, die SPD mit Steuerbefreiung, die CDU mit Kombilohn, aber bitte ohne flächendeckende Bürgerarbeit.

(Zustimmung bei der FDP)

Nur so können wir tatsächlich etwas für die Langzeitarbeitslosen tun, und zwar nachhaltig und zusammen - Herr Gürth, an dieser Stelle schaue ich insbesondere in Ihre Richtung - mit dem gewerblichen Mittelstand, mit dem Handwerk und mit den Dienstleistern und nicht gegen den gewerblichen Mittelstand. - Meine Damen und Herren, ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP)

**Präsident Herr Steinecke:**

Vielen Dank, Herr Professor Paqué. Es gibt eine Nachfrage von Herrn Gürth. - Bitte schön, Herr Gürth.

**Herr Gürth (CDU):**

Verehrter Herr Kollege, Sie wissen ja, dass ich in ordnungspolitischer Hinsicht nicht allzu weit von der Auffassung Ihrer Partei entfernt bin.

(Herr Kosmehl, FDP: O doch! - Oh! bei der Linkspartei.PDS)

- Ich sage das ganz offen. Das ist kein Geheimnis. - Aber diejenigen, die in diesem Land verantwortlich Politik machen und Entscheidungen für alle Bürger dieses Landes treffen müssen, können selbst bei allen ordnungspolitischen Grundsätzen nicht an der Lebenswirklichkeit vorbeigehen. Ich weiß nicht, ob Sie nicht auch die Erfahrung gemacht haben. Ich denke, dass das, was Sie hier gesagt haben, nicht ernst gemeint sein kann.

Sie haben in Zweifel gezogen, dass die 41-jährige Bürokauffrau, der 53-jährige Elektromeister und der 47-jährige Schlosser nicht vermittelbar seien. Ich weiß nicht, wie viele traurige Beispiele es gibt. Ich kann Ihnen Dutzende von Fällen nennen, in denen Menschen zu mir kamen und mir Mappen mit 50 oder 100 Bewerbungen gezeigt haben. Die Lebenswirklichkeit ist bei allen ordnungspolitischen Grundsätzen, die Volkswirte zu Recht entwickelt haben, dass diese Leute sich seit Jahren ergebnislos um Arbeit bemühen.

Ihre Schlussfolgerung lautet - ich weiß nicht, ob Sie das wirklich ernst meinen -: Die sollen warten, bis sich die Nachfrage aufgrund der Demografie so entwickelt hat, dass wirklich jeder genommen wird. Das würde bedeuten, dass sich die Unternehmen in wenigen Jahren um den heute 53-Jährigen, der aufgrund seines Alters schon nicht mehr vermittelbar ist, reißen werden.

Glauben Sie das wirklich? Haben wir nicht schon jetzt die Aufgabe, den Menschen, die ausgebildet sind und die arbeiten wollen, unabhängig vom Entgelt die Chance zu geben zu zeigen, was sie können?

**Herr Prof. Dr. Paqué (FDP):**

Herr Gürth, wir haben in der Tat eine ganz dringliche Aufgabe. Diese dringliche Aufgabe besteht darin, ers-

tens durch eine vernünftige Standortpolitik für Wachstum und mehr Beschäftigung zu sorgen und zweitens das, was ich am Schluss meiner Rede gesagt habe, tatsächlich ernsthaft, mit Nachdruck und zeitnah umzusetzen.

(Herr Borgwardt, CDU: Das machen wir doch auch!)

In anderen Ländern gibt es längst Modelle, die deutlich zeigen, wie man gerade im Niedriglohnbereich den Markt öffnet und gleichzeitig dafür sorgt, dass Menschen nicht in die Armut hineinfallen, wenn sie relativ niedrig bezahlte Tätigkeiten annehmen. Aber das sind - das ist das Entscheidende - relativ niedrig bezahlte Tätigkeiten in privaten Unternehmungen, im Handwerk, bei Dienstleistern, im verarbeitenden Gewerbe und nicht im öffentlichen oder im halböffentlichen Bereich.

Wenn wir dort die Weichen schnell stellen, dann werden auch die von Ihnen genannten Menschen gerade in Zeiten des Konjunkturaufschwungs, den wir im Moment durchaus verzeichnen können, sehr schnell wieder eine Chance auf Arbeit haben. Mit der Bürgerarbeit gehen wir genau den falschen Weg, nämlich den Weg, den wir früher mit ABM gegangen sind.

Es gibt in der jüngsten Zeit wissenschaftliche Untersuchungen von großer Treffgenauigkeit, auch vom IAB, die zeigen, dass die ABM tendenziell zu einer Stigmatisierung am Arbeitsmarkt führen und die Reintegrationsschancen der Menschen längerfristig sogar noch verschlechtern.

Daher ist nicht das, was Sie, Herr Gürth, schildern, die Alternative; vielmehr ist die Alternative, dass wir konsequent, aber ordnungspolitisch fundiert handeln, die Möglichkeiten für einen Niedriglohnsektor eröffnen und gleichzeitig eine vernünftige Standortpolitik betreiben. Dann werden diese Menschen wieder eine Chance haben.

Aber ich sage noch einmal: Gegen ein Experiment in kleinstem Rahmen ist nicht viel einzuwenden. Wissen Sie, es geht hierbei um Bad Schmiedeberg. Dort gibt es ein Kurhaus;

(Zuruf von Herrn Borgwardt, CDU - Unruhe)

dort sind die entsprechenden Möglichkeiten gerade für ein solches Experiment gegeben.

(Unruhe)

Aber man muss hierbei äußerst vorsichtig sein - das ist der Vorwurf, den ich gegenüber der Landesregierung erhebe -; denn wenn deutschlandweit eine öffentliche Diskussion entsteht, in der suggeriert wird, dass man hierdurch einen Ausweg aus den Problemen gefunden hätte, dann ist das ein völlig falscher Trend. Diese Politik geht in die falsche Richtung. Wir müssen sie in die richtige Richtung bringen.

(Zustimmung bei der FDP)

**Präsident Herr Steinecke:**

Herr Gürth hat noch eine Nachfrage.

**Herr Gürth (CDU):**

Ich habe noch eine Nachfrage, weil ich mir langsam Sorgen um meine FDP mache. Ich denke, wir brauchen auch eine FDP in diesem Land.

**Herr Prof. Dr. Paqué (FDP):**

Ich mache mir Sorgen um die CDU.

(Heiterkeit bei der FDP)

**Herr Gürth (CDU):**

Ist es Ihnen in der Freien Demokratischen Partei in Sachsen-Anhalt wirklich entgangen, dass die geforderte Öffnung eines Niedriglohnsektors eine schon seit mehr als einem Jahrzehnt gelebte Wirklichkeit in diesem Land ist?

(Zuruf von Frau Rogée, Linkspartei.PDS)

Wir haben eine Tarifbindung, die weit unter 50 % liegt. Wir haben sehr viele Unternehmen in sehr vielen Branchen. Dort arbeiten Leute im Dreischichtsystem zu Löhnen, die 50 % unter dem liegen, was ein vergleichbarer Arbeiter in einem vergleichbaren Betrieb im Westen der Republik bekommen würde. Wenn jemand als Putzer in einer Gießerei einen Stundensatz von 4,99 € brutto im Dreischichtsystem verdient, dann muss man sagen, dass hinsichtlich des Niedriglohns nach unten keine Luft mehr ist.

(Zustimmung bei der CDU, bei der Linkspartei.PDS und bei der SPD)

Das ist mittlerweile die Sorge bei sehr vielen.

Wenn es so wäre, wie Sie es darstellen, dann würde ich sagen: Jawohl, das ist in Ordnung; darüber muss man reden; vom Prinzip her haben Sie Recht. Aber die Wirklichkeit sieht anders aus; denn den Niedriglohnsektor haben wir doch schon. Ist Ihnen das völlig entgangen?

**Herr Prof. Dr. Paqué (FDP):**

Herr Gürth, Sie können sich denken, dass mir als Volkswirt das überhaupt nicht entgangen ist. Wir haben in der Tat viele Menschen in diesem Land, die zu sehr niedrigen Löhnen arbeiten, was mir einen außerordentlichen Respekt abverlangt.

(Herr Scharf, CDU: Das ist nicht genug! - Unruhe)

- Moment! Lassen Sie mich ausreden.

(Zuruf von der CDU)

Diese Menschen haben eventuell die Möglichkeit, im Sozialsystem mehr Geld zu bekommen, als sie für ihre Tätigkeit erhalten. Aber sie sagen, es ist wichtiger, dass ich arbeite; denn dann habe ich längerfristig bessere Chancen und das ist auch für meine Familie gut. - Das verdient hohen Respekt.

Aber, Herr Gürth, dadurch wird das Problem nicht gelöst. Wir müssen in diesem Bereich insgesamt auch Möglichkeiten schaffen, damit es sowohl für den Arbeitnehmer als auch für den Arbeitgeber attraktiver wird, entsprechende Tätigkeiten anzunehmen bzw. anzubieten, und damit die Menschen durch ihre Arbeit und zusätzlich durch ein Bürgergeld, eine negative Einkommensteuer, einen Tax Credit oder was auch immer die Möglichkeit haben, ein vernünftiges Leben zu führen, und zwar nicht ohne Arbeit und nicht mit einer Bürgerarbeit, die eine reine Gnade des Staates ist, die an dieser Stelle durch eine Finanzierung im halböffentlichen Bereich gewährt wird.

Herr Gürth, das ist genau der Punkt: Wir müssen den Menschen im Niedriglohnbereich gleichzeitig eine gute

Perspektive geben, aber eben eine marktwirtschaftliche Perspektive. Der Umstand, dass in diesem Land und in Ostdeutschland insgesamt bereits sehr viele Menschen zu niedrigen Löhnen arbeiten, ändert an dieser Tatsache überhaupt nichts. Es gibt trotzdem Möglichkeiten, auch diesen Bereich auszuweiten und dann mit einer entsprechenden öffentlichen Unterstützung zu stützen. Wenn die konjunkturelle Aufwärtsbewegung weitergeht, dann werden diese Möglichkeiten auch noch weiter zunehmen.

(Zustimmung bei der FDP)

**Präsident Herr Steinecke:**

Herzlichen Dank, Herr Professor Dr. Paqué. - Ich erteile jetzt der Landesregierung das Wort. Herr Minister Haseloff, bitte schön.

**Herr Dr. Haseloff, Minister für Wirtschaft und Arbeit:**

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Paqué, ich kann es nach 16 Jahren in dieser Form nicht mehr hören. Das muss ich Ihnen ehrlich sagen.

(Zustimmung bei der CDU, bei der Linkspartei.PDS, bei der SPD und von der Regierungsbank)

Sie wissen, dass wir gerade im Osten Deutschlands eine Sondersituation haben, die nicht mit einer normal gewachsenen, sich harmonisch entwickelnden Volkswirtschaft vergleichbar ist. Wir haben eine Transformation hinter uns, die in ihren Auswirkungen und in ihrer Bewältigungsnotwendigkeit noch immer stattfindet und die in der deutschen Geschichte einzigartig war und ist.

Mindestens 50 % der registrierten Arbeitslosen sind transformationsbedingt langzeitarbeitslos und ohne Chance, weil bei dem Umstieg in das neue System - trotz guten Wirtschaftswachstums in bestimmten Phasen - schlicht und einfach nicht in ausreichendem Umfang Arbeitsplätze geschaffen worden sind.

In Bezug auf die Frage, inwieweit wir hierbei ordnungspolitisch grenzwertig handeln, sehen wir kein Problem; denn Sie wissen wohl - auch aufgrund der Innenkenntnis von der Arbeitsweise unseres Hauses -, dass wir ganz klare Prioritäten in Richtung Wirtschaftsentwicklung gesetzt haben, dass wir die Investitionen und die Akquisition in den Vordergrund stellen und dass wir auf dem ersten Arbeitsmarkt versuchen, das Maximum herauszuholen. Dabei sind wir auf einem sehr guten Weg. Wir sind dabei erfolgreich. Gemeinsam mit Sachsen stehen wir deutschlandweit sogar an der Spitze.

(Zustimmung bei der CDU und bei der SPD)

Bei dem nächsten Schritt, den wir gegangen sind, haben wir gesagt: Ja, wir folgen an dieser Stelle einmal den Volkswirten. Deren Votum in Bezug auf die im Osten stattfindende Transformation war jedoch eigentlich immer nur dahin gehend sicher, dass sie damit falsch lagen.

(Zustimmung bei der CDU)

Denn bisher wurde kein Konzept vorgelegt, das so grifft, dass wir eine befriedigende Lösung hinbekamen und dass die Versprechen, die wir alle im Sinne der positiv gemeinten Begleitung der politischen Einheit Deutschlands am Anfang gemacht haben, eingehalten werden konnten. Trotzdem war der Weg richtig, unabweisbar

und ich stehe zu ihm. Deswegen ist es gut, dass wir darüber hinaus Überlegungen anstellen.

Wir haben die Möglichkeit aufgegriffen, den Niedriglohnsektor in Ostdeutschland und vor allen Dingen in Sachsen-Anhalt auszuweiten, für Stellen zu sorgen und diese Stellen zügig mit für den Niedriglohnbereich geeigneten Personen zu besetzen. Wir haben mit den Wirtschaftsvertretern zusammengesessen. Wir haben versucht, Prognosen zu erstellen.

Wir haben die finanziellen Mittel dafür bereitgestellt - diese sind letztlich durch eine Bundesgesetzgebung deutlich unterlegt. Wir sind nicht nur gebetsmühlenartig unterwegs gewesen, sondern wir haben auch Klinken geputzt. In jedem Landkreis dieses Landes sind Akquiseure unterwegs, die versuchen, Niedriglohnjobs zu akquirieren.

Denn wir haben ein klassisches Kombilohnmodell in Deutschland. Ein solches gibt es in dieser fachlichen Form so sauber nirgendwo anders. Das ist das Einstiegsgeld.

Dieses Einstiegsgeld ist geschaffen worden. Es ist ein klassisches Kombilohnmodell für den Niedriglohnsektor, und zwar Kombilohn im originären Sinne. Es handelt sich um eine arbeitnehmerbezogene Leistung und nicht um Lohnkostenzuschüsse oder einen Mix aus vielen Dingen, die derzeit mit guter Absicht in der politischen Diskussion die Medien bewegen.

Ich kann Ihnen sagen: Das Ergebnis ist ernüchternd. Es ist gut bezüglich des bundesdeutschen Trends. Wir haben 80 % aller Kombilöhner, die auf dieser rechtlichen Basis in Arbeit gebracht werden konnten, in Sachsen-Anhalt, und das bei einem Anteil von 2,9 % an der Bundesbevölkerung. Damit sind wir Erfahrungsträger Nummer 1, führen alle Statistiken an und haben ganze 4 200 Jobs akquiriert und sind immer noch bei mehr als 200 000 Arbeitslosen.

Selbst wenn wir an dieser Stelle noch einmal zusätzliche Kapazitäten einsetzen würden: Das Volumen an Niedriglohnaktivität, an einfachen Tätigkeiten auf dem ersten Arbeitsmarkt in Deutschland ist begrenzt. Es wird wahrscheinlich Jahre und Jahrzehnte dauern, bis man dieses Volumen ausweitet; denn man muss dazu Unternehmer mit ins Boot holen, muss die Arbeitsteilung in den Unternehmen in den Fokus nehmen, muss in den Unternehmen die Abläufe deutlich ausdifferenzieren und muss versuchen, die wegrationalisierten Niedriglohnaktivitäten wieder an den Markt zu holen.

Was sagen wir den Menschen, die von der Langzeitarbeitslosigkeit betroffen sind? Wir wollen keinen Weg zurück in den Sozialismus. ABM ist etwas völlig anderes, unabhängig davon, dass AB-Maßnahmen 30 % teurer sind als die passive Alimentation der Arbeitslosigkeit.

Was den IAB-Bericht - für diesen habe ich selbst mit zugearbeitet, den kenne ich sehr gut - und die so genannte Stigmatisierung der in Langzeitmaßnahmen befindlichen Beschäftigten anbelangt, wissen wir hier in Sachsen-Anhalt sehr gut darüber Bescheid, wie sich der persönliche Status und letztlich auch die persönliche Chance entwickelt, in den ersten Arbeitsmarkt zu kommen.

Wir haben die Kaskade sauber abgefahren: Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt, Einstiegsgeld und dann weitere Überlegungen im Sinne von Bürgerarbeit. Ich bin froh, dass in der Kaskade dieses Element als Ultima Ratio eines Angebotes vorhanden ist; denn es ist ein Ele-

ment, das dazu dient, sämtliche anderen vorgesetzten Instrumente erst einmal aktiv werden zu lassen.

Das merkt gerade Ihr Parteikollege, der Bürgermeister von Barleben. Dort wird nämlich gerade die erste Stufe des Modells umgesetzt. Insbesondere in den ersten Stufen - offensives Profiling, Vermitteln usw. - greift dieses Modell so, dass es letztlich auch eine fachliche Bestätigung dessen ist, was Bürgerarbeit als Gesamtkonzept eigentlich darstellt.

Es ist doch nicht der Bürgerarbeiter, der irgendwo in einer sozialversicherungspflichtigen Ersatzbeschäftigung steht. Es ist vielmehr ein fachlicher Ansatz, der versucht, sämtliche Instrumente der Bundesrepublik Deutschland auf dem Gebiet des Arbeitsmarktes zu bündeln, offensiv zu platzieren und möglichst viel Bewegung hineinzubekommen, und zwar in der Reihenfolge: Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt, Abmeldung in Arbeit, Qualifizierung, Besetzung von Stellen nach der Qualifizierung, um den Fachkräftemangel zu beheben, der von der Wirtschaft immer wieder - teilweise auch zu Recht - unterstellt wird, usw. usf.

Das bekommt man nur hin - darin liegt eigentlich das Wunder, wenn es überhaupt eines gibt, bzw. das Faszinierende an diesem Modell -, wenn man durch diesen kompakten, konsequenten Ansatz Bewegung in die Bestände der Langzeitarbeitslosigkeit bringt.

An dieser Stelle wollen wir Erfahrungen sammeln. Das machen wir. Wir lassen uns durch ein wissenschaftliches Institut, das nach einer Ausschreibung den Zuschlag erhalten hat, begleiten.

Es ist ein ergebnisoffener Versuch; das wissen Sie. Wir sind auch nicht in der Lage, von Sachsen-Anhalt aus die Bundesrepublik Deutschland in ein neues System zu überführen. Das wollen wir auch gar nicht. Wir wollen nur nicht alternativlos die Dinge daherbeten, die aus einer volkswirtschaftlichen Philosophie stammen, die im letzten Jahrtausend entwickelt wurde.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Wir brauchen schlicht und einfach Antworten auch an der Stelle, an der wir uns in Sachsen-Anhalt betroffen angesehen und gefragt haben, warum nur 40 % der Menschen zur Wahl gehen, warum die Frustrationspotenziale ständig wachsen, warum keiner mehr Lust auf diesen Staat, auf dieses Gemeinwesen, auf dieses System hat, für das wir vor und während der Wende eingetreten sind.

Mit vielen Hunderten, mit denen ich damals auf der Straße gestanden habe - damals waren Sie, Herr Paqué, hier noch nicht zu sehen -, treffe ich mich jetzt noch regelmäßig.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Ich muss Ihnen ganz klar sagen: Da habe ich auch ein schlechtes Gewissen.

(Herr Prof. Dr. Paqué, FDP: Es ist jetzt gut, Herr Haseloff! - Zurufe von der CDU)

Ich glaube, das, was Sie vorhin vorgetragen haben, kann man mit dieser Distanz nur vortragen, wenn man Beamter ist und selbst noch nie in der Situation war, in der sich diese Menschen befinden.

(Lebhafter Beifall bei der CDU - Beifall bei der SPD - Zurufe von der FDP)

Ich möchte meine Emotionen nun wieder etwas herunterschrauben.

(Zurufe von der FDP)

Ich reagiere so emotional, weil ich die einzelnen Schicksale der Menschen im Hintergrund sehe und weil ich aufgrund meines beruflichen Erfahrungshorizontes weiß, wovon ich spreche.

16 Jahre lang haben wir uns im Hamsterrad gedreht, 16 Jahre lang haben wir an allen Schrauben gedreht, 16 Jahre lang haben wir Philosophien hoch und runter dekliniert; vielleicht nicht in aller Konsequenz bis zum Letzten. Wir haben ein Kombilohnmodell, wir haben ein Niedriglohnmodell, wir haben Beschäftigungsstrukturen, die in Westdeutschland als unsittlich bezeichnet werden, wir haben eine hohe Sockelarbeitslosigkeit. Wir haben trotzdem mehr als 200 000 Arbeitslose.

Deshalb bin ich dafür, dass wir in diesem Jahr - deshalb nehme ich Ihre Angebote sehr ernst - völlig emotionsfrei, Herr Paqué,

(Zustimmung bei der CDU - Lachen bei der FDP)

diesen Programmansatz durchdeklinieren. Dabei gibt es kein Finanzrisiko, weil die Finanzierung für diese Modellphase gesichert ist.

Damit ist eine politische Diskussion möglich, die dann auf der Basis fundierter Daten eines wissenschaftlichen Instituts geführt werden kann. Dann werden wir auf jeden Fall sehen, inwieweit man bestimmte Elemente oder das gesamte Paket modifiziert anbieten kann.

Was die Unbefristetheit und ähnliche Dinge anbelangt, kann ich sagen: Sie wussten von Anfang an, dass dieses Modell ergebnisoffen gestartet wurde. Darüber, welche Personengruppen einbezogen werden, wie lange sie in dem Modell bleiben, ob sie befristete oder unbefristete Beschäftigungsverhältnisse bekommen, können wir uns durchaus verständigen. All das können wir besprechen und testen.

Es gibt Personengruppen, für die es mit 57, 58 Jahren keinen Sinn mehr macht, sie ständig durch die Instrumente zu jagen, wie es zurzeit passiert.

Es gibt Personengruppen, die in jungen Jahren noch einmal aktiviert werden müssen, weil das, was hier arbeitsmarktpolitisch passieren muss, faktisch wie eine Therapie zu wirken hat.

Es gibt Personengruppen, die erst einmal reaktiviert und motiviert werden müssen, damit sie wieder Selbstbewusstsein erlangen, bevor sie wieder in das Vermittlungsgeschäft gebracht werden können.

Der Effekt in Bad Schmiedeberg ist der, dass sich die Langzeitarbeitslosen, die seit zehn, 15 Jahren nichts anderes als Arbeitslosigkeit mehr kennen, wieder vermitteln lassen oder selbst aktiv werden, sich Arbeit suchen und auf dieser Basis versuchen, ihrem Leben einen neuen Sinn und einen neuen Inhalt zu geben.

Das gesamte System ist dynamisch. An den Menschen, die in diesem System sind, wird deutlich, dass sämtliche Vorurteile nicht greifen, dass man eben nicht nach der Höhe des Einkommens fragt, sondern nach Partizipation, Integration und gesellschaftlicher Anerkennung. Man fragt eben nicht danach, inwieweit sich letztlich der soziale Status verändert. Man will vielmehr am gesellschaftlichen Leben teilhaben. Deshalb sind auch die

Rahmenbedingungen und die arbeitsrechtlichen Details durchaus verhandelbar.

Daran bitte ich Sie, mit all den Erfahrungen, die Sie wissenschaftlich einzubringen haben, mitzuwirken. Nehmen Sie aber bitte zur Kenntnis, dass wir an dieser Stelle keinen Tabubruch begehen, sondern dass wir schlicht und einfach versuchen, nicht an einem Punkt stehen zu bleiben, an dem die ganze Nation stehen geblieben ist, nämlich nicht über eine vernünftige Alternative zur Langzeitarbeitslosigkeit diskutieren zu wollen.

Der politische Druck ist in allen Parteien - selbst in Ihrer Partei, Herr Paqué - gegeben. Selbst von Ihnen ist im Prinzip die soziale Frage neu gestellt worden. Das zeigt zumindest, dass wir an einem Punkt angelangt sind, von dem aus wir nicht mehr zurückgehen, sondern mit neuen Instrumenten nach vorn schreiten sollten.

In diesem Sinne freue ich mich auf eine produktive Auseinandersetzung mit diesem Modell. Die Gefahren können bewältigt werden. Wir haben auf allen Ebenen darüber gesprochen. Demzufolge können wir uns im vierten Quartal darüber verstündigen, wie wir uns in Sachsen-Anhalt weiterhin dazu positionieren.

(Lebhafter Beifall bei der CDU - Beifall bei der SPD)

**Präsident Herr Steinecke:**

Herzlichen Dank, Herr Minister. Es gibt Nachfragen vom Abgeordneten Herrn Kley und vom Abgeordneten Herrn Wolpert. Sind Sie bereit, die beiden Fragen zu beantworten?

**Herr Dr. Haseloff, Minister für Wirtschaft und Arbeit:**

Ja.

**Präsident Herr Steinecke:**

Bitte, Herr Kley.

**Herr Kley (FDP):**

Herr Minister, zunächst möchte ich mein Bedauern darüber äußern, dass Sie hier eine politische Debatte mit Angriffen auf persönliche Vitae führen. Das war bisher nicht der Stil dieses Hauses.

(Oh! bei der CDU und bei der SPD)

Ihre allgemeine Beschimpfung von Wissenschaftlern hat gezeigt, dass die Diskussion nicht in eine sachliche Richtung mündet. Umso mehr möchte ich das Ganze vielleicht wieder auf eine sachliche Ebene zurückbringen.

Der Finanzminister hat ein Konzept vorgelegt, aus dem hervorgeht, wie er den Personalbestand des Landes reduzieren will; denn er sagt, wir geben zu viel Geld für Personal aus. Sie hingegen vertreten die Meinung, wir müssten wieder einen öffentlich finanzierten Arbeitssektor schaffen.

Gibt es diesbezüglich einen Widerspruch? Oder geht die Überlegung einfach in die Richtung, Angestellte des Landes zu entlassen und sie dann in dem von Ihnen propagierten Billiglohnsektor wieder einzustellen?

(Zurufe von der CDU - Oh! bei und Zurufe von der SPD)

**Herr Dr. Haseloff, Minister für Wirtschaft und Arbeit:**

Herr Kley, ich bekomme gerade den Hinweis, dass man nicht jede Frage beantworten muss. Ich beantworte Ihre Frage trotzdem, weil Sie sie sachlich gestellt haben und weil ich Sie schätze und weil ich weiß, dass die FDP-Fraktion in Bezug auf dieses Thema zumindest im Bin-nenverhältnis emotional gespalten ist.

Sie wissen, dass dieses Thema nicht mit Dingen vermischt werden darf, die unser marktwirtschaftliches System dem Grunde nach betreffen. Es geht hierbei nicht darum, die Bundesrepublik Deutschland in der Struktur, wie wir sie kennen, infrage zu stellen. Wir haben eine soziale Marktwirtschaft, wir haben ein offenes demokratisches System. Das ist entwicklungsfähig. Das ist gut.

Wir haben uns in der Volkskammer mit dem Beitritt zur Bundesrepublik im Jahr 1990 darauf verständigt, dass wir es haben wollen. Ich glaube, niemand möchte etwas davon zurücknehmen.

Es geht darum, dieses System, wenn es als Sozialstaat aufrechterhalten werden soll, effizient zu halten. Wenn die Kosten zu hoch sind, weil wir das Geld nicht sinnvoll ausgeben, und wenn wir alternativ dazu die Investitionsquote steigern und die Wirtschaftsförderung voranbringen könnten, dann sind das legitime Mechanismen der Weiterentwicklung, die wir zum Einsatz bringen. Das sind legitime Optimierungsprozesse, die unsere Bundesrepublik Deutschland nach vorn bringen sollen.

Trotzdem werden Sie in unserer hochindustriellen und durch Hochlohn geprägten Struktur Deutschlands einfach Personengruppen haben, die - auch in den alten Bundesländern, das zeigen die Nachfragen nach unserem Konzept - nicht integrierbar sind, selbst wenn wir alle Dinge bis hin zur Negativsteuer ausspielen. Es wird Personengruppen geben, die in dem normalen System nicht am Erfolg des gesamten Systems partizipieren können. Aber der Staat ist in seiner sozialen Verantwortung bereit, Geld auszugeben, um ihnen eine passive Alimentation und auch eine Integration zu ermöglichen.

Genau an dieser Stelle setzt das Modell, von dem wir sprechen, an. Wir wollen nicht mehr Geld haben, sondern wir wollen schlicht und einfach das für die passive Alimentation eingesetzte Geld zur Aktivierung von Personen einsetzen, um sie gegebenenfalls sogar für wirtschaftlich bessere Entwicklungszeiten aktivierungs-, integrations- und vermittelungsfähig zu machen. Ich denke, das ist opportun und das unterscheidet sich auch von früheren Ansätzen, die stets von der aktuellen Kassenlage abhängig sind; denn dieses Geld wird ohnehin in jedem Jahr für die Langzeitarbeitslosigkeit ausgegeben.

**Präsident Herr Steinecke:**

Es gibt eine letzte Nachfrage von dem Abgeordneten Herrn Wolpert. Bitte schön.

**Herr Wolpert (FDP):**

Herr Minister Haseloff, ich schätze Sie sehr, insbesondere dafür, wie engagiert Sie hinter Ihrer Politik stehen; das steht einem Politiker gut zu Gesicht.

(Zustimmung von Frau Weiß, CDU)

Aber glauben Sie nicht auch, dass Ihre Bemerkung, dass Herr Paqué bei den Montagsdemonstrationen nirgends zu sehen war, den versteckten Hinweis auf die andere Herkunft enthalten hat und dass diese Bemer-

kung einem Klima der Toleranz nicht zuträglich ist und als eine Werbung für ein weltoffenes Sachsen-Anhalt nicht geeignet ist?

(Starker Beifall bei der FDP)

**Herr Dr. Haseloff, Minister für Wirtschaft und Arbeit:**

Ich denke, die Landesregierung und auch das gesamte Land zeigen sehr stark, wie weltoffen und tolerant Sachsen-Anhalt ist. Hierbei ging es nicht um den Fakt, wer zu welchem Zeitpunkt wo war. Sie wissen genau, dass die deutsche Wiedervereinigung nur deshalb funktioniert hat, weil wir unsere jeweiligen Biografien und Erfahrungshorizonte einbringen konnten,

(Herr Kosmehl, FDP: Ja!)

weil wir eine gute Durchmischung hatten und weil wir Fachkräfte getauscht haben.

(Herr Franke, FDP: So ist es!)

So wie viele ostdeutsche Fachkräfte heute in den alten Ländern arbeiten, arbeiten auch viele westdeutsche Fachkräfte in den neuen Ländern.

Ich habe nach einem Zeitraum von 16 Jahren, in dem eine Sockelarbeitslosigkeit von deutlich mehr als 200 000 Arbeitslosen in Sachsen-Anhalt zu verzeichnen ist, inzwischen einfach ein schlechtes Gewissen, mich damit einverstanden und zufrieden zu erklären, dass wir diesen Leuten, mit denen wir damals losmarschiert sind und die die ganze Zeit keinen Einstieg in dieses von uns gemeinsam gewollte System bekommen haben, nichts anderes sagen als die Stelle, an der sie ihren Leistungsbescheid abzugeben haben.

Nur darum ging es. Nehmen Sie es als Klarstellung. Denn ansonsten schätze ich Herrn Paqué und seine Biografie.

(Beifall bei der CDU - Zustimmung bei der SPD)

**Präsident Herr Steinecke:**

Herzlichen Dank, Herr Minister. Weitere Fragen sehe ich nicht. Sie haben es noch einmal klargestellt; ich glaube, dabei sollten wir es belassen.

Wir kommen jetzt zu den Beiträgen der Fraktionen. Bevor wir mit diesen beginnen, heiße ich Schülerinnen und Schüler des Gymnasiums Wolmirstedt herzlich willkommen.

(Beifall im ganzen Hause)

Als erster Debattenrednerin erteile ich Frau Dirlich von der Linkspartei.PDS das Wort. Bitte schön, Frau Dirlich.

**Frau Dirlich (Linkspartei.PDS):**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Was will die Landesregierung, fragt die FDP. Ich gestehe Herrn Paqué diese Frage zu, weil ich den Eindruck habe, dass er das Modell in der Tat noch immer nicht verstanden hat.

(Zustimmung bei der Linkspartei.PDS)

Haben Sie Ihre Vorschläge zum Niedriglohn wirklich einmal zu Ende gedacht, Herr Paqué? Ist Ihnen dabei aufgefallen, dass auch in diesem Vorschlag die Betroffenen lebenslang alimentiert werden müssen? Ihnen muss doch klar sein, welche Anzahl von Rentenpunkten

man aus solcher Arbeit erlangen kann und dass man somit auf eine Grundsicherung im Alter angewiesen sein dürfte.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Lebenslanges Lernen ist das Stichwort. Wer hätte je gedacht, meine Damen und Herren von der CDU und Herr Minister, dass ich eines Tages an diesem Pult stehen und der CDU dafür danken werde, dass sie die arbeitsmarktpolitischen Vorschläge der Linkspartei zu verstehen beginnt

(Beifall bei der Linkspartei.PDS - Lachen bei der CDU - Frau Weiß, CDU: 40 Jahre!)

und sogar beginnt, sie umzusetzen. Meine Damen und Herren, Herr Minister, ich werde meiner Fraktion vorschlagen, Ihnen den Titel „Aktivist der sozialistischen Bürgerarbeit“ zu geben.

(Heiterkeit bei der Linkspartei.PDS - Zustimmung bei der FDP)

Ganz im Ernst. Ich kann mich noch an Diskussionen erinnern, die vor ungefähr zehn Jahren stattgefunden haben, zu einer Zeit, als Herr Professor Böhmer Vorsitzender des Sozialausschusses war. Damals haben wir für unsere Vorschläge - die nicht so weit von dem entfernt waren, wofür der Herr Minister gerade argumentiert hat - allenfalls ein nachsichtiges Lächeln und ein leicht resigniertes Kopfschütteln geerntet.

(Zuruf von der Regierungsbank: Das waren aber nicht die gleichen!)

Bemerkenswert war damals übrigens, dass es die Kirchenvertreterinnen und Kirchenvertreter waren, die von Anfang an Interesse an der Diskussion hatten, die von Anfang an auch die Potenzen von öffentlich geförderter Beschäftigung und Arbeit erkannt haben.

(Herr Tullner, CDU: Da haben Sie doch regiert! - Frau Weiß, CDU: Da waren Sie doch in der Regierung! - Zuruf von Herrn Kosmehl, FDP)

Wir überschätzen unseren Einfluss nicht. Aber die Diskussion hat zum Glück nie aufgehört. Inzwischen herrscht bei Vertreterinnen der Wohlfahrtsverbände, der Gewerkschaften, der Kirchen und der Betroffenenverbände weitgehend Einigkeit darüber, dass eine öffentlich geförderte Beschäftigung aus vielerlei Gesichtspunkten notwendig und sinnvoll ist und dass es vor allen Dingen das Wirtschaftswachstum allein einfach nicht leisten wird.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Was das in Rede stehende Modellprojekt betrifft, so finden sich diese Vorschläge bereits in unserem Landeswahlprogramm für 2006 und bereits vorher in den arbeitsmarktpolitischen Leitlinien. Das Konzept der Diakonie dazu datiert vom April 2006. - So viel zu einem durchaus wirksamen Wirken aus der Opposition. Aber letztlich ist die Frage, wer es erfunden hat, nicht sonderlich wichtig.

Das Projekt kann positive Nachwirkungen haben; ich möchte nur zwei nennen.

Erstens. Wenn, wie es das Beispiel in Bad Schmiedeberg zeigt, die Arbeitslosenquote tatsächlich auf 3 % gesenkt werden konnte, dann wird das Ausmaß der in der Gesellschaft vorhandenen Arbeit sichtbar, mit dem wir

stets die Notwendigkeit eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors begründet haben.

Zweitens. Das angelaufene Projekt hat deutlich gemacht, dass - entgegen der landläufigen Meinung und vor allem entgegen der Philosophie von Hartz, wonach man Leute in die Arbeit prügeln muss - die Langzeitarbeitslosen sehr wohl bereit sind, jede angebotene Arbeit anzunehmen.

(Zustimmung bei der Linkspartei.PDS)

Ich habe einen Menschen in Magdeburg kennen gelernt, der auf 300 € monatlich verzichtet, nur um arbeiten zu können. Das Projekt macht deutlich, dass die Langzeitarbeitslosen nicht zu einer Arbeit gezwungen werden mussten. Lediglich fünf von 300 Langzeitarbeitslosen waren nicht bereit, eine Arbeit anzunehmen.

Es gibt natürlich Probleme. Beispielsweise kann es durchaus sein, dass die Qualifikation Einzelner für bestimmte Arbeiten nicht ausreicht. Manchmal ist die Qualifikation zu hoch; auch das kann zu einer Demotivierung führen. Oder aber es fehlt die nötige soziale Kompetenz, sodass es aus unserer Sicht erstens der Möglichkeit zur Qualifikation und zweitens auch sozialpädagogischer und sozialpsychologischer Betreuung, Beratung und Begleitung bedarf. Das sind Dinge, die wir zu kritisieren haben; das sind aber nicht unsere Hauptkritikpunkte.

Es wird Sie nicht wundern, wenn wir sagen, dass unser Hauptkritikpunkt die Höhe der Vergütung ist. Wir sagen: Wenn das Projekt derart weiterentwickelt und derart ausgeweitet wird, dann wird es zu einer massiven Ausweitung des Niedriglohnsektors führen.

Ausgehend von der Tatsache, dass die Betroffenen 38,5 Wochenstunden arbeiten, ergibt sich bei einer monatlichen Vergütung in Höhe von 600 € - das ist die Untergrenze - ein Bruttostundenlohn in Höhe von 4 €. Bei einer monatlichen Vergütung von 820 € beträgt der Bruttostundenlohn 4,50 €. Bei einer Vergütung von 875 € im Monat beträgt der Bruttostundenlohn 5,80 €. Selbst bei einer monatlichen Vergütung von 1 000 € - das ist die Obergrenze - ergibt sich ein Bruttostundenlohn von 6,60 €.

Deshalb sagen wir: Wir brauchen Bürgerarbeit mit Mindestlohn und wir unterstützen und bekräftigen damit unsere Forderung nach einem gesetzlich fixierten Mindestlohn.

(Zustimmung bei der Linkspartei.PDS)

Wir stellen damit ein Grundprinzip der Landesregierung infrage. Dieses Grundprinzip heißt: Es darf nicht mehr kosten.

Damit komme ich zu einem wirklich interessanten Punkt: Immer dann, wenn die Zielrichtung darin bestand, die Höhe der Sozialleistungen infrage zu stellen, hieß die Devise: Der, der arbeitet, muss mehr in der Tasche haben als der, der nicht arbeitet.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Hier wird jetzt gesagt: Der, der arbeitet, darf nicht mehr haben als der, der nicht arbeitet. - Wir sagen: Von Arbeit muss man leben können, auch von Bürgerarbeit.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Zurzeit sind die meisten Bürgerarbeiterinnen auf zusätzliche Leistungen, in der Regel auf zusätzliche Mittel für

die Unterkunft, angewiesen. Das heißt, sie bleiben Hartz-IV-Empfängerinnen.

Dafür gibt es noch einen zweiten Grund: Die Sozialversicherungspflicht ist nicht voll gewährleistet. Bürgerarbeiterinnen sind nicht voll arbeitslosenversichert - mit Absicht. Wir sagen: Wir brauchen nicht Arbeit plus Hartz IV, wir brauchen vielmehr Arbeit statt Hartz IV.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Wir brauchen sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse, die die Betroffenen aus Hartz IV herausführen und ihre Hilfsbedürftigkeit beenden.

Wir wollen, dass das Projekt auch in anderen Kommunen durchgeführt werden kann, wenn auch in kleinerer Dimension. Unser Ausgangspunkt ist dabei die gesellschaftliche Notwendigkeit der Arbeit im Bereich der Betreuung von Seniorinnen und Senioren, der Arbeit mit Jugendlichen, der Unterstützung von Kultur und Kunst oder auch des Sports.

Meine Damen und Herren! Stellen Sie sich mit Blick auf Ihren Landkreis, auf Ihre Stadt vor, welchen Effekt ein solches Projekt für die soziale Infrastruktur und für den sozialen Zusammenhalt Ihrer Kommune haben könnte. Das ist ein Effekt, der aus unserer Sicht nicht hoch genug bewertet werden kann.

Deshalb sagen wir: Bürgerarbeit mit Mindestlohn. Deshalb sagen wir: Arbeit anständig bezahlt und voll sozialversichert. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

#### **Präsident Herr Steinecke:**

Vielen Dank, Frau Dirlich. - Als nächsten Debattenredner rufe ich die Abgeordnete Frau Budde von der SPD auf. Bitte schön, Frau Budde, Sie haben das Wort.

#### **Frau Budde (SPD):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Paqué, waren Sie eigentlich einmal in Bad Schmiedeberg und haben sich das persönlich angesehen? Waren Sie dort? - Sie waren nicht dort. Okay.

Sie haben sehr wortstark gesagt, dass Menschen, die länger in ABM sind oder in Arbeitsersatzmaßnahmen, stigmatisiert werden. Ich möchte sagen, sie werden dadurch stigmatisiert, dass man sie als harmloses Experiment bezeichnet. - Das fand ich schon ein bisschen heftig.

Welchen Respekt Sie vor Menschen haben, die für wenig Geld arbeiten, haben wir auch schon bei der Debatte zum Niedriglohn und zu der Friseurin, die wir hier geführt haben, gehört. Dazu habe ich eine völlig andere Auffassung.

Vielleicht noch eines am Anfang: Mit den Volkswirten ist das so wie mit den Volljuristen: Sie finden immer einen, der Ihre Meinung teilt;

(Zurufe von der FDP)

es gibt aber auch Volkswirte, die für solche Modelle durchaus offen sind und die auch in empirischen Untersuchungen nachgewiesen haben, dass es sinnvoll ist, so etwas zu tun.

(Zustimmung bei der SPD und bei der Linkspartei.PDS - Zuruf von Herrn Prof. Dr. Paqué, FDP)

Frau Dirlich, ich wäre fast so eingestiegen wie Sie, nur mit dem Unterschied, dass ich gesagt habe: Wir sind durchaus froh, dass wir einen CDU-Wirtschaftsminister haben, der auch Ideen im Bereich der Arbeitsmarktpolitik verfolgt, die auch sozialdemokratische Wurzeln haben.

(Frau Weiß, CDU: Oh!)

- Frau Weiß, das ist doch okay. Das ist doch gar nicht schlimm, das ist nicht sittenwidrig, gar nicht. Das ist richtig gut.

(Zuruf von Ministerpräsident Herrn Prof. Dr. Böhmer)

- Herr Ministerpräsident! - Ich glaube, es hat vor dem Hintergrund der lang andauernden Arbeitslosigkeit schon bei allen, auch bei der CDU, ein Umdenken im Hinblick darauf gegeben, wie man mit diesem Problem umgeht. Das will ich überhaupt nicht als Vorwurf in den Raum stellen. - Im Gegenteil. Ich würde sogar sagen: Damit gilt für unseren Koalitionspartner nicht der Spruch „Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben“. Wir haben rechtzeitig gemeinsam Modelle gefunden, die es umzusetzen lohnt.

(Zustimmung bei der SPD und bei der CDU)

Ich möchte noch einmal ein paar sozialdemokratische Positionen vortragen. Das wird zeigen, dass die beiden Parteien, die hier zusammen regieren, gar nicht so weit auseinander sind

(Herr Kosmehl, FDP, lacht)

und dass es durchaus sinnvoll ist, auch im Bund bei diesem Thema zusammenzuarbeiten. Da die beiden Parteien dort auch gemeinsam regieren, besteht die Chance, in dieser Legislaturperiode gemeinsam etwas Gutes für die Entlastung des Arbeitsmarktes zu tun; denn das ist das Ziel.

Sie kennen unser Modell der gemeinwohlorientierten Bürgerarbeit, das wir in der letzten Legislaturperiode vorgestellt haben und das wir auch in unser Wahlprogramm aufgenommen haben. Das sagt genau das aus, was unser gemeinsames Ziel ist: Wir müssen langfristige Finanzierungsstrukturen finden.

Wir werden es nicht über Eingliederungshilfe und ESF in riesengroßem Maßstab und langfristig schultern können. Wir müssen auf der Bundesebene einen Paradigmenwechsel erreichen. Wir müssen schauen, wie wir Passivleistungen aus dem SGB II umschalten können in Aktivleistungen, in aktivierende Arbeitsmarktpolitik, und Mittel dafür bereitstellen. Das ist das langfristige Ziel.

Das heißt, es muss gelingen, langfristig einen Beschäftigungssektor im Bereich des sozialen Arbeitsmarktes - wie immer man das auch bezeichnen mag - zu schaffen. Man kann dafür auch gemeinsam ein neues Wort finden. Wichtig ist der Inhalt, den man gemeinsam vorantreibt.

Wir wissen eben - Herr Minister Haseloff hat es gesagt -: Die klassischen Modelle der Arbeitsmarktpolitik, die wir in den letzten 16 Jahren allesamt ausprobiert haben, haben nicht ausgereicht. Unsere Hoffnung, damit eine große Anzahl Arbeitsloser über eine solche Brücke der aktivierenden Arbeitsmarktpolitik in den ersten Arbeitsmarkt zu führen, mussten wir aufgeben. Wir haben es nicht erreicht. Wir haben eine hohe Sockelarbeitslosigkeit. Das heißt, wir müssen uns andere, neue Modelle überlegen.

Wir sind nicht der Auffassung - ich bin Herrn Gürth auch dankbar dafür, dass er das noch einmal deutlich gemacht hat -, dass es ausreichen würde, die Löhne zu senken. Wir glauben nicht, dass dann, wenn man sie immer weiter nach unten öffnen würde, schon genug Jobs entstehen würden und dass sich so das Problem der Arbeitslosigkeit lösen ließe. Dieser Meinung sind wir nicht; das möchte ich noch einmal deutlich sagen. Das wird nicht funktionieren.

(Beifall bei der SPD)

Herr Professor Paqué, Sie haben gesagt, Sie seien froh, dass sich auch die SPD im Bereich der negativen Einkommensteuer auf den Weg mache und Überlegungen anstelle. Ich würde mir wünschen, dass Ihre Partei genauso die Denkschranken aufgibt und sich auch andere Modelle wesentlich offener ansieht und offen dafür ist, das Modell der Bürgerarbeiter unter einem anderen Gesichtspunkt zu sehen. Denn wir werden in der Bundesrepublik Deutschland einen Konsens über alle Parteien hinweg brauchen, wenn wir einen solchen Paradigmenwechsel hinbekommen wollen: Finanzierung von Arbeit statt von Arbeitslosigkeit.

In der Bremer Erklärung der Sozialdemokraten steht deshalb extra: Wir brauchen mehrere Standbeine, um dieses Problem der Arbeitslosigkeit zu überwinden, sowohl marktnahe - dabei ist zum Beispiel Ihr Modell, das Sie präferieren - als auch marktferne Bereiche.

Ich sage nur: Wir geben bestimmte Denkschranken auf, überlegen, in welchen Bereichen es Sinn haben kann, so etwas zu praktizieren. Sie tun das ganz offensichtlich noch nicht. Das ist schade. Ich glaube, das muss auch in die Grundsatzprogramme der großen gestaltenden Kräfte in Deutschland aufgenommen werden.

Die SPD hat sich auf den Weg gemacht, so etwas auch in ihr neues Grundsatzprogramm aufzunehmen. Es wäre schön, wenn das sozusagen Gemeingut werden würde und wenn es gelänge, in den anderen großen Parteien Denkschranken aufzugeben. Ich glaube, dann würden wir in diesem Bereich eine ganze Menge erreichen.

Nun zum Modell Bürgerarbeit in Sachsen-Anhalt. Erstens. Das Projekt ist sinnvoll und notwendig. Es ist auch deshalb notwendig und sinnvoll, weil es Menschen, die ganz objektiv keine Chance auf die Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt haben, eine Perspektive bietet, weil es Betroffenen hilft, Kompetenzen und Arbeitsmotivation zu erhalten und zu entwickeln, weil Arbeit im öffentlichen Interesse erledigt wird und weil Schwarzarbeit eingedämmt wird.

An diesem Punkt möchte ich einen ganz kurzen Moment verweilen. Die Wirklichkeit scheint dem Projekt in Bad Schmiedeberg Recht zu geben; denn nach der Ankündigung, jedem Arbeitslosen ein Angebot zu machen, haben sich 10 % der Betroffenen angemeldet, davon wiederum 80 % in Arbeit.

Das zeigt uns, dass bei sehr zielgenauer Nachfrage durchaus auch klar wird: Es gibt eine Reihe von Unternehmen - denn irgendwo müssen diese Leute ja gearbeitet haben -, die ganz offensichtlich dieses eigentlich nicht als Kombilohnmodell gedachte Arbeitslosengeld II plus „Wir machen einen Arbeitsvertrag für wenige Stunden über so viel Zuverdienst, wie ihr offiziell haben dürft, aber eigentlich arbeitet ihr mehr Stunden für uns“ nutzen. Anders kann ich es mir nicht erklären.

Das heißt, es gibt auf der Arbeitgeberseite eine ganze Reihe von schwarzen Schafen, die man mit dieser zielgerichteten Betreuung ganz offensichtlich aufdeckt. Man kann das nicht unterstellen, man kann das nur vermuten. Aber anders kann ich mir beim besten Willen nicht erklären, dass sich eine so große Anzahl von Leuten sofort in Arbeit abgemeldet hat. Das muss mit Sicherheit dahinter stehen.

Weil uns dieses Projekt so wichtig ist, haben wir auch gesagt, wir müssen die kritischen Fragen stellen. Wir müssen hinterfragen, wo die Problempunkte sind. Dazu haben Sie zu Recht einige genannt, Herr Paqué.

Aber wir stellen diese Fragen nicht, um die Ausweitung des Projektes zu verhindern, sondern wir wollen die Ausweitung des Projektes fördern. Wir wollen für dieses Projekt andere Finanzierungsmöglichkeiten finden. Des Weiteren wollen wir, dass, solange die Sockelarbeitslosigkeit so hoch ist, ein anderes Modell für die Beschäftigung von Arbeitslosen in Form von Bürgerarbeit geschaffen wird.

(Beifall bei der SPD)

Im Übrigen zeigen ja andere Länder, die ähnliche Modelle eingeführt haben, dass das sinnvoll ist. Ein Beispiel dafür ist Dänemark. Dazu habe ich vor Kurzem einen sehr guten Vortrag von der Arbeitgeberseite gehört. Der Arbeitgeberverband präferiert dort übrigens das Modell gemeinsam mit der Arbeitnehmerseite. Die haben fast 90 % Organisationsgrad auf beiden Seiten und kommen damit richtig gut hin. Das ist offensichtlich also auch kein Teufelszeug.

(Herr Tullner, CDU: Aber die haben die Königin!)

- Ja, danach haben sie die Kündigungsschutzklausel aufgehoben und das Kündigungsschutzrecht vereinfacht. Man muss immer erst schauen, was als Erstes gekommen ist.

(Herr Tullner, CDU: Nicht Kündigung, sondern Königin!)

- Immer erst schauen, was als Erstes gekommen ist, Herr Tullner. - Dort wird jeder Arbeitslose sofort in eine öffentliche Beschäftigung gebracht. Das hat nicht dazu geführt, dass ein Wechsel zurück auf den ersten Arbeitsmarkt dann nicht mehr möglich war. Im Gegenteil: Bei großer Nachfrage auf dem ersten Arbeitsmarkt funktioniert das Modell ausgezeichnet.

Natürlich muss man sich Instrumente überlegen. Man muss sich auch einmal die Frage stellen: Was macht man, wenn jemand in der Bürgerarbeit bleiben möchte, obwohl er ein Angebot auf dem ersten Arbeitsmarkt hat?

- Dafür gibt es doch Instrumente. Er fällt aus der Bürgerarbeit heraus, wenn er die Arbeit auf dem ersten Arbeitsmarkt nicht annimmt. Das haben wir doch alles schon tausendmal durchdekliniert. Dafür gibt es Instrumente. Da gibt es Möglichkeiten, das nachzufragen. Das ist also kein Knock-out-Kriterium für dieses Modell.

Deshalb möchte ich noch einmal dafür werben. Wir werden das in der Fläche nur finanzieren können, wenn wir entweder für eine begrenzte Ausweitung auf größere Bereiche Sonderprogramme beim Bund finden oder wenn wir zusätzliche Europamittel dafür einsetzen können. Wir werden es in der Bundesrepublik flächendeckend aber nur realisieren können, wenn wir die Passivleistung tatsächlich in eine Aktivleistung umwandeln, das heißt, wenn wir einen Paradigmenwechsel in der Bundesrepu-

blik Deutschland erreichen; da wissen wir, dass es ein hartes Stück Arbeit ist.

Ich glaube aber: Das kleine Modell in Bad Schmiedeberg und das nächste Modell bei Ihrem Parteifreund in Barleben, Herr Professor Paqué, werden zeigen, dass es sich lohnt, auf diesem Weg weiterzugehen.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

**Präsident Herr Steinecke:**

Herzlichen Dank, Frau Budde. - Als letzter Debattenrednerin erteile ich jetzt der Abgeordneten Frau Take von der Fraktion der CDU das Wort. Bitte schön.

**Frau Take (CDU):**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich, bevor ich zu dem eigentlichen Thema Bürgerarbeit komme, einige allgemeine Bemerkungen zum Arbeitsmarkt voranstellen.

Deutschland befindet sich im Aufschwung und Sachsen-Anhalt ebenso. Erstmals seit über zehn Jahren ist es gelungen, die Arbeitslosenquote bundesweit auf die Viermillionengrenze zu senken. Hierzulande nähern wir uns der Zahl 200 000 Menschen, die von Arbeitslosigkeit betroffen sind, an.

All dies war ohne enorme Kraftanstrengung nicht möglich. Wenn man den führenden Wirtschaftsinstituten Glauben schenken kann, wird der Rückgang der Arbeitslosenquote in den nächsten Monaten anhalten.

Dennoch darf die aktuelle Entwicklung nicht dazu führen, sich in Selbstgefälligkeit zu üben. Jeder Arbeitslose ist einer zu viel und hinter jedem Arbeitslosen steckt eine ganze Familie, stecken mehr Menschen, als die eigentliche Statistik aussagt.

Sachsen-Anhalts Wirtschaft hat zu Beginn der 90er-Jahre einen beispiellosen Umstrukturierungsprozess vollzogen. Betroffen waren vor allem einige 10 000 spezialisierte Arbeitsplätze in den ehemaligen chemischen Kombinaten, im Maschinenbau, in der Landwirtschaft und in den entsprechenden Dienstleistungsbereichen.

So arbeiteten beispielsweise allein am Standort Leuna-Merseburg bis zur Wende 27 000 Menschen. Heute kommen wir in allen Betrieben am Chemiestandort Merseburg zusammengenommen auf 10 000 Arbeitsplätze. Dieses Beispiel verdeutlicht, meine sehr geehrten Damen und Herren, das eigentliche Problem Sachsen-Anhalts.

In kaum einem Bundesland wird derzeit mehr investiert als bei uns. Trotzdem haben wir das Problem, dass die Beschäftigungswirkungen gemessen an den Investitionssummen relativ gering sind.

Das Land Sachsen-Anhalt verfügt inzwischen über eine Industrie, die, um im globalen Wettbewerb bestehen zu können, nach den Kriterien „zukunftssicher“, „effizient“, „flexibel“ und „kostengünstig“ optimiert wird. Alles das, was heute entsteht, wird auch langfristig am Markt Bestand haben.

Die von mir genannten Kriterien verbunden mit neuesten Technologien bieten dennoch zunehmend weniger Möglichkeiten für Beschäftigung. Der Faktor Mensch wird in der globalisierten Wirtschaft zunehmend zum Störfaktor. Er lässt sich nicht abschreiben und er arbeitet nicht rund um die Uhr.

Man kann diese Entwicklung zwar kritisieren, ändern kann man sie aber nicht. Was also kann man mit einem Arbeitsmarkt anfangen, der seine Potenziale langsam freigibt?

Die hiesige Industrie ist aufgrund ihrer Technisierung und Spezialisierung nicht in der Lage, kurzfristig größere Beschäftigungspotenziale zu schaffen. Das Land Sachsen-Anhalt hat 62 000 Unternehmen, von denen über 80 % weniger als zehn Mitarbeiter beschäftigen. Wir bräuchten unter diesen Umständen ca. 25 000 bis 30 000 neue Unternehmen, um der aktuellen Arbeitslosigkeit Herr zu werden. Die haben wir nicht.

Der Mittelstand ist zwar auch hierzulande der größte Beschäftigungsmotor, er kann aber aufgrund historischer und struktureller Probleme nicht jene Wirkung entfalten wie in anderen Bundesländern.

Frau Dirlich, ich möchte einmal daran erinnern, dass wir 40 Jahre DDR hatten. In diesen 40 Jahren DDR, zumindest bis zum 9. Parteitag der SED, wurde jegliche privatwirtschaftliche Neugründung unterbunden.

(Frau Dirlich, Linkspartei.PDS: Was hat das jetzt mit dem Thema der Aktuellen Debatte zu tun?)

- Ich komme gleich darauf, Frau Dirlich. Ich weiß, wovon ich rede. Ich spreche hier auch als ehemaliger Arbeitgeber.

Wenn wir heute zu wenig Unternehmen haben, die Arbeitskräfte auf dem Arbeitsmarkt einstellen, dann müssen wir sehen, wo wir diese Menschen, die in den kleinen und mittleren Unternehmen nicht untergebracht werden können, beschäftigen können.

In der DDR-Zeit hatten wir die Problematik, dass größere Betriebe verstaatlicht wurden und genötigt wurden, Genossenschaften zu bilden, dass staatliche Beteiligungen aufgezwungen wurden. So hat man den Menschen nach und nach den Unternehmergeist abgewöhnt.

(Beifall bei der CDU)

Die Menschen waren es gewöhnt, in staatlicher Beschäftigung zu sein. Jeder hatte seinen Arbeitsplatz. Aber das Unternehmertum wurde ganz konsequent beseitigt.

Das wächst nicht in 16 Jahren unbegrenzt nach. Wir müssen jetzt eine Generation erziehen, die zu mehr Unternehmergeist in der Lage ist und die in der Lage ist, auch wieder neue Betriebe zu gründen.

(Beifall bei der CDU)

Bis dahin brauchen wir ein anderes Instrument, um die Arbeitslosen unterzubringen; denn wir ernähren, wir alimentieren jetzt Menschen fürs Nichtstun. Das ist einfach nicht gesund für die Gesellschaft und das ist nicht gesund für uns oder für die Menschen im Allgemeinen. Sie verlieren ihre Fähigkeiten. Sie sind nicht mehr in der Lage, sich weiterzubilden, sich zu qualifizieren. Sie sind nicht mehr in der Lage, den Anforderungen des ersten Arbeitsmarktes gerecht zu werden.

Ich war vor Kurzem in einem Betrieb der Firma Haritec in Queis. Dort sucht der Unternehmer händeringend Mitarbeiter. Wir haben nach der Wende in Weiterbildungsmaßnahmen en masse ausgebildet. Die sind heute nicht mehr in der Lage, den Anforderungen des ersten Arbeitsmarktes gerecht zu werden. Was macht der Unternehmer? - Er bildet sich seine Mitarbeiter selbst aus. Er hat jetzt eine Kooperation gegründet und bildet mit einer

Beschäftigungsgesellschaft - dieser stellt er die Maschinen zur Verfügung - in einem Kurs, der über mehrere Monate läuft, die Fachkräfte aus, die er jetzt braucht.

(Frau Rogée, Linkspartei.PDS: Das kann man nur unterstützen!)

- Gut. Wir unterstützen das. - Wir haben trotzdem einen „Bodensatz“ an Arbeitslosen von ungefähr 10 %, die nicht in solche Arbeit vermittelt werden können. Für diese Menschen müssen wir etwas tun, für sie und für ihre Familien. Wir müssen langfristig dafür sorgen, dass die Arbeitsfähigkeit und die Motivation erhalten bleiben. Ich denke, damit haben wir bei dem Thema Bürgerarbeit eine ganz gute Ausgangsbasis.

(Zustimmung bei der CDU)

Als ich den Antrag der FDP las, habe ich mich zunächst einmal gewundert. Darin wird zum Thema Bürgerarbeit gefragt, was die Landesregierung eigentlich möchte. Die Antwort ist recht einfach, Herr Professor Paqué. Sie lautet: Menschen möglichst schnell in Beschäftigung bringen, ihnen die Perspektiven vermitteln und den Menschen, die keine Chance auf dem ersten Arbeitsmarkt haben, eine sinnvolle Tätigkeit zukommen lassen.

Sie sprechen in Ihrem Antrag zu Recht vom Modell Bürgerarbeit. Sie wissen, dass ein Modell oft eine verkleinerte Abbildung ist, dass es als Anschauungsobjekt dient, an dem gearbeitet wird und an dem man bestimmte Prozesse, die es noch nicht gibt, ausprobiert. Genau so verhält es sich mit dem Projekt Bürgerarbeit.

Die Hauptziele des Konzepts bestehen darin, im Non-Profit-Bereich Stellen für jene Arbeitslosengruppen zu akquirieren, die auf dem ersten Arbeitsmarkt keine Chance haben. Es geht nicht darum, Herr Professor Paqué, klassische ABM-Beschäftigungsgesellschaften zu installieren, die dann mit Hundertschaften die Wälder Sachsen-Anhalts unsicher machen und so beispielsweise Arbeitsplätze im Garten- und Landschaftsbau gefährden. Es geht um Einzelarbeitsplätze, für deren Teilfinanzierung zu klassischen ABM-Zeiten nicht einmal das Geld da war.

Wenn wir von ABM sprechen, muss ich die FDP auch daran erinnern, dass diese ABM-Maßnahmen

(Herr Kosmehl, FDP: AB-Maßnahmen!)

- natürlich, Herr Kosmehl, vielen Dank für die Korrektur - sehr, sehr gut bezahlt waren, was ich auch recht gut finde, aber dann gezielt Arbeitsplätze vernichtet haben, weil nämlich in den Bereichen, in denen wir AB-Maßnahmen eingesetzt haben, die Tarifverträge wesentlich niedriger abgeschlossen wurden bzw. unter Tarif gearbeitet wurde. Das soll uns mit der Bürgerarbeit nicht passieren. Deswegen ist das Modell so angelegt, dass wir in einem Bereich sind, der - es wurde vorhin schon gesagt - bei etwa 5 € Stundenlohn bei entsprechender Arbeit angesetzt ist.

Das Beispiel Bad Schmiedeberg hat Folgendes deutlich gemacht: Die Leute, die in Bad Schmiedeberg arbeiten, berichten stolz von ihrer Arbeit. Sie haben es sicherlich im Fernsehen gesehen. Die Leute sind froh, wieder arbeiten zu können, und die 81 Leute, die eine Arbeit gefunden haben, sind stolz auf das, was sie tun. Sie arbeiten gemeinnützig, sie werden gebraucht und sie erhalten ihre Fähigkeit, weiter am Arbeitsleben teilnehmen zu können.

(Zustimmung von Herrn Tullner, CDU)

Durch diese Beschäftigung werden die Vermittlungschancen wesentlich größer, der Schwarzarbeit wird vorbeugt und Jugendliche können durch Bürgerarbeit auf den ersten Arbeitsmarkt vorbereitet werden.

All dies, verehrter Herr Paqué, wird nun, wenn Sie so wollen, in einer Art Laborversuch getestet. Als promovierter Akademiker ist Ihnen ja bekannt, dass ein Labor dazu dient, Prozesse zu entwickeln und auszuprobieren. Wenn das Labor dann auch noch verantwortungsvoll und sachkundig geführt wird, ist die Gefahr von Schäden und außergewöhnlichen Vorkommnissen überschaubar.

- Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU - Zustimmung bei der SPD)

**Präsident Herr Steinecke:**

Vielen Dank, Frau Take. Es gibt eine Nachfrage von Herrn Gallert. Möchten Sie diese beantworten?

**Frau Take (CDU):**

Ja. Bitte, Herr Gallert.

**Präsident Herr Steinecke:**

Bitte.

**Herr Gallert (Linkspartei.PDS):**

Es ist nicht so sehr eine Nachfrage, sondern vielmehr eine Zwischenintervention.

Die Debatte hat ziemlich emotional begonnen. Ich will jetzt überhaupt kein Öl ins Feuer gießen, ich würde Sie nur bitten, Frau Take, mit den Begriffen, die wir in diesem Kontext verwenden, etwas vorsichtiger zu sein. Sie haben gesagt: „Dann bleibt noch ein zehnprozentiger Bodensatz übrig.“ Ich unterstelle Ihnen überhaupt nicht, dass Sie das so rüberbringen wollten.

(Zuruf von der CDU: Na!)

- Nein, das unterstelle ich wirklich nicht. Das tue ich nicht. Das ist eine Sache, die einem manchmal passiert. Das passiert nicht nur Ihnen. Laut Zeitungsberichten hat der für Bad Schmiedeberg Verantwortliche einmal erzählt, wir sind ganz stolz darauf, die Arbeitslosen richtig selektiert zu haben. - Das fand die Journalistin auch ganz toll.

Mein Appell ist nur, ein bisschen darauf zu achten, dass wir mit unseren Begrifflichkeiten den Menschen nicht auch noch zu nahe treten. Das wollten Sie überhaupt nicht. So etwas unterstelle ich Ihnen gar nicht. Das passiert auch unseren Leuten.

(Herr Kosmehl, FDP: Ja!)

- Aber, Herr Kosmehl, dann ist es doch gerade richtig, dass man das einmal sagt.

**Präsident Herr Steinecke:**

Vielen Dank. Das war eine Kurzintervention. Sie brauchen darauf nicht zu antworten.

**Frau Take (CDU):**

Ich möchte das aber gern tun. - Das ist richtig. Ich will mich in dieser Richtung nicht flapsig äußern. Ich werde mich in Zukunft mehr befleißigen, das genauer zu definieren. Ich denke aber, unser gemeinsames Anliegen ist

es, Leute in Arbeit zu bringen. Da kann es in der Rage schon einmal passieren, dass man einen Begriff falsch verwendet. Vielen Dank für Ihre Information und Ihre Erinnerung.

(Beifall bei der CDU - Zustimmung bei der SPD)

**Präsident Herr Steinecke:**

Vielen Dank, Frau Abgeordnete Take. - Der Herr Ministerpräsident hat um das Wort gebeten. Er eröffnet damit die Debatte zwar noch einmal neu, aber ich würde herzlich darum bitten, das zu genehmigen. Herr Ministerpräsident, bitte schön.

**Herr Prof. Dr. Böhmer, Ministerpräsident:**

Vielen Dank. - Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Diese Debatte hat mich bewegt, und deswegen bitte ich Sie einfach, es auszuhalten, wenn ich jetzt noch ganz kurz etwas dazu sagen möchte. Ich will es so formulieren, dass sich keine Notwendigkeit ergibt, die ganze Debatte von vorn zu beginnen.

Ich gebe zu, dass wir uns seit 16 Jahren permanent mit dieser Problematik beschäftigen. Seitdem es diesen Landtag gibt, hatten wir kein größeres Problem als die Arbeitslosigkeit bei uns in Sachsen-Anhalt - von der ersten Legislaturperiode an. Dazu haben wir häufig Diskussionen durchgeführt und auch häufig über alternative Möglichkeiten, dieses Problem zu lösen, in diesem Parlament miteinander gerungen. Das ehrt uns. Das sage ich, auch wenn wir nicht immer einer Meinung sind. Das gehört zur Demokratie.

Wenn Sie heute davon gesprochen haben, dass das ein altes Thema ist, gebe ich Ihnen sehr gern öffentlich Recht, Frau Dirlich, dass es die PDS-Fraktion war, die seit der ersten Legislaturperiode immer wieder versucht hat, auch durch alternative Vorschläge Bewegung in den Arbeitsmarkt zu bringen.

Was Sie damals vorgeschlagen haben, lief in etwa darauf hinaus, einen zweiten öffentlichen Dienst einzurichten. Wir waren der Meinung, dass wir das Problem so nicht lösen können. Aber ich habe bis heute nicht vergessen, dass Sie nach Alternativen gesucht haben. Ich gehöre zu denen, die, auch was die Bürgerarbeit betrifft, versucht haben, Lösungen unter Aufnahme all dessen zu suchen, was von den einzelnen Fraktionen in diesem Parlament, aber auch in der öffentlichen Diskussion in der Bundesrepublik dazu gesagt worden ist.

Das Erste, was ich für mich in Anspruch nehme, ist Folgendes: Ich habe gelernt, dass dieses Problem im 21. Jahrhundert nicht gelöst werden kann, wenn wir uns hinstellen und sagen, wir brauchen Wachstum, Wachstum, Wachstum, Wachstum!

(Zustimmung bei der CDU - Lebhafter Beifall bei der Linkspartei.PDS und bei der SPD)

Das habe ich dazu gelernt. Ich bin gern bereit, jeden, der das bis heute nicht glaubt, zur Besichtigung moderner Betriebe mitzunehmen, die heute mehr als das Doppelte als vor 15 oder 16 Jahren produzieren und mit weniger als der Hälfte der damaligen Mitarbeiterzahl auskommen.

Diese technologische Entwicklung wird weitergehen, ob wir uns dagegen wehren oder nicht. Sie hat zur Folge, dass ein Teil des Arbeitsmarktes heute ganz anders aussieht, als das noch vor 20, 30 oder 40 Jahren der

Fall war. Das betrifft insbesondere den Niedriglohnbereich. Früher gab es in der Landwirtschaft, im Gartenbau, in vielen Bereichen Beschäftigung für Leute, die auch von ihrer persönlichen Struktur her nicht in der Lage waren, höher qualifizierte Arbeiten durchzuführen. Dazu gab es ausreichend Angebote. Die gibt es infolge der technologischen Entwicklung so nicht mehr. Deswegen müssen wir nach Alternativen suchen.

Das Zweite ist, dass wir in der Phase der Globalisierung der Wirtschaft zur Kenntnis nehmen müssen, dass mit den alten Regulierungsmechanismen, mit denen eine Volkswirtschaft sozialpflichtig gestaltet werden konnte, diese Probleme nicht mehr lösbar sind.

(Zustimmung bei der CDU)

Auch das ist etwas, was wir alle, so denke ich, in den letzten 16 Jahren gelernt haben. Deshalb ist es ehrenvoll, gemeinsam nach neuen Regelmechanismen, nach neuen Lösungen für die Probleme zu suchen.

Diesbezüglich sind wir bei Weitem noch nicht so weit, dass wir uns hinstellen und sagen können: Wir haben die Lösung für die Zukunft gefunden. - Wir haben die Lösung weder für Sachsen-Anhalt noch für Deutschland noch für den Rest der Welt.

Aber wir als das Bundesland, das mehr als zehn Jahre lang die höchste Arbeitslosigkeit in Deutschland hatte, geben uns Mühe, dieses Schicksal nicht defätistisch hinzunehmen und immer nur Lehrbuchsätze vor uns herzubeten, sondern nach alternativen Lösungen zu suchen. Dabei wird die erste Lösung nicht gleich die beste sein. Aber wir werden neue Erfahrungen gewinnen und sie gemeinsam weiterentwickeln.

Das, was wir jetzt begonnen haben, machen wir doch nicht einfach zur Selbstbefriedigung. Das machen wir gemeinsam mit der Bundesanstalt für Arbeit, das machen wir mit wissenschaftlicher Begleitung auch durch den wissenschaftlichen Apparat der Bundesanstalt für Arbeit. Dabei werden wir versuchen, viele einzubinden.

Ich bin zurzeit dabei, die Spitzen der Arbeitsgeberverbände für dieses Thema zu interessieren, weil wir sie mit in dieses Boot hineinnehmen wollen. Niemand von uns kommt auf den irren Gedanken, etwas zu tun, was der Wirtschaft insgesamt schaden würde. Aber wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass wir andere Rahmenbedingungen haben, sowohl juristisch als auch hinsichtlich der Weltwirtschaft und der technologischen Entwicklung.

Wir müssen auch zur Kenntnis nehmen, dass diejenigen, um die wir uns kümmern, nämlich die Menschen in ihrer Unterschiedlichkeit, auch weiterhin unterschiedlich bleiben werden. Deswegen sage ich ganz deutlich: Auch das Rezept „qualifizieren und weiterbilden“, das wir bis zur letzten Möglichkeit ausnutzen werden, wollen und müssen, wird nicht dazu führen, dass wir in der modernen Welt für alle einen hochtechnologischen Arbeitsplatz finden werden.

Das werden wir auch gar nicht allen anbieten können. Wir werden auch in Zukunft sehr unterschiedlich bleiben, mit unseren unterschiedlichen Fähigkeiten, Talenten usw.

Deswegen bin ich sehr interessiert daran, welche unterschiedlichen Vorschläge die einzelnen Parteien machen. Ich sage auch meiner eigenen Partei mit der gleichen freimütigen Offenheit: In einem Grundsatzprogramm immer nur von der Würde des Menschen zu reden und der

Würde des Menschen nur dadurch gerecht werden zu wollen, dass man sie dauerhaft alimentiert, das ist nicht unsere Zielvorstellung. Unentwegt von der Knete anderer zu leben, ohne selbst eine Leistung erbringen zu können, entspricht nicht der Respektierung der Würde unserer Mitmenschen.

(Beifall bei allen Fraktionen - Zustimmung von der Regierungsbank)

Das bedeutet auch, dass wir sie beschämen. Wir lassen sie nicht verhungern, das macht kein Staat, wenigstens kein moderner Staat mehr. Wir müssen sie aber auch einbinden. Wir müssen ihnen eine Chance geben, für ihr eigenes Leben einen Sinn zu finden.

Deswegen ist das Modell Bürgerarbeit für mich etwas, das nicht nur eine ökonomische Dimension hat. Es geht mir darum, wie wir mit der Unterschiedlichkeit unter uns Menschen umgehen und wie wir es organisieren können, dass wir allen unter uns irgendeine Chance für die eigene Sinnerkennung in ihrem eigenen, ganz privaten Leben anbieten können.

Das ist für mich - damit will ich Schluss machen - kein Problem, bei dem es um volkswirtschaftliche Orthodoxie geht. Ich habe immer gesagt und stehe dazu: Keine Lösung darf volkswirtschaftlich sinnlos oder so sein, dass wir die Wirtschaft kaputt machen.

Ich bin heute der Meinung, nachdem ich 40 Jahre DDR miterlebt habe, der damalige Versuch, den ich miterlebt habe, die Arbeitslosigkeit hinter den Fabriktoren zu organisieren, war für viele Menschen sympathischer, aber volkswirtschaftlich hat er uns geschadet. Deswegen dürfen wir volkswirtschaftliche Gesichtspunkte nicht außer Acht lassen. Dabei sind wir völlig einer Meinung. Aber diese dürfen nicht der einzige Maßstab sein, wenn wir ein Problem lösen wollen, das wir in 16 Jahren mit den bisherigen Instrumenten nicht gelöst haben.

Ich bekenne mich dazu: Wir werden weiter versuchen, jedem unter uns in diesem Land eine Chance zu bieten. Ich hoffe und bin interessiert daran, dass alle Fraktionen bereit sind, diesen Weg trotz unterschiedlicher Standpunkte zu begleiten. Je mehr die Vorschläge kritisiert werden, umso mehr werden wir gezwungen, sie zu verbessern. Das nützt am Ende allen von uns. - Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall bei der CDU, bei der SPD und von der Regierungsbank - Zustimmung bei der Linkspartei.PDS und bei der FDP)

#### **Präsident Herr Steinecke:**

Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. - Herr Professor Paqué hat jetzt noch einmal um das Wort gebeten. Bitte, Herr Professor Paqué.

(Unruhe)

#### **Herr Prof. Dr. Paqué (FDP):**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es gibt überhaupt keinen Grund zur Beunruhigung. Ich wollte mich an dieser Stelle dafür bedanken, dass der Herr Ministerpräsident die Diskussion wieder auf eine vernünftige und gemeinsame Grundlage gestellt hat, wo sie eigentlich von vornherein hingehörte und wo ich sie auch hinhaben wollte.

(Lachen und Unruhe bei der CDU und bei der SPD - Herr Scharf, CDU: Wo sie auch war, Herr Kollege!)

Meine Damen und Herren! Ich möchte ganz deutlich sagen, dass wir alle ein gemeinsames Ziel haben. Das gemeinsame Ziel ist, unter den neuen weltwirtschaftlichen Bedingungen, die wir haben, Menschen, die Schwierigkeiten am Arbeitsmarkt haben, wirklich wieder zu integrieren, wieder in Arbeit zu bringen.

Die Frage, um die es geht - das bitte ich wirklich ernst zu nehmen -, ist, was ist der richtige Weg. Ich habe in meinem Beitrag in aller Deutlichkeit darauf hingewiesen, dass wir vor allem die Reintegration in den privaten Bereich ins Visier nehmen müssen. Deswegen würde ich die Landesregierung nochmals ganz herzlich darum bitten, die verschiedenen Konzepte, die von den Parteien vorgelegt worden sind - ich habe sie vorhin erwähnt -, mit einer Bundesratsinitiative verstärkt in die Diskussion zu bringen, damit wir zeitnah Lösungen bekommen. Das ist völlig unabhängig von der Frage der Bürgerarbeit.

Wir als FDP werden die Bürgerarbeit selbstverständlich kritisch begleiten und werden in der Tat das machen, was der Ministerpräsident angemahnt hat, sehr genau hingucken, ob das Experiment - Frau Take, Sie haben es gesagt -, sollte es ausgeweitet werden, in ordnungspolitisch vernünftiger Weise ausgeweitet wird. Ich sage aber ganz klar: Das wird die Probleme nicht lösen. Wir müssen eine breitere Initiative starten. Wenn das in Zusammenarbeit der Fraktionen in diesem hohen Hause geschieht, dann werden wir als FDP das natürlich positiv begleiten. - Ganz herzlichen Dank.

(Zustimmung von Herrn Kosmehl, FDP)

#### **Präsident Herr Steinecke:**

Herzlichen Dank, Herr Professor Paqué. - Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Ich bin überzeugt davon, dass wir, dem Thema angemessen, eine gute Debatte geführt haben.

Beschlüsse in der Sache werden nach § 46 der Geschäftsordnung nicht gefasst. Das Thema ist damit beendet. Wir können den Tagesordnungspunkt 1 verlassen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

#### **Aussprache zur Großen Anfrage**

#### **Militärische Nutzung des Flughafens Leipzig-Halle GmbH**

**Große Anfrage der Fraktion der Linkspartei.PDS - Drs. 5/201**

**Antwort der Landesregierung - Drs. 5/304**

Gemäß § 43 unserer Geschäftsordnung wird zunächst der Fragesteller das Wort bekommen. Nach der Aussprache steht dem Fragesteller das Recht zu, eine Schlussbemerkung zu machen.

Meine Damen und Herren! Wir haben uns im Ältestenrat darauf verständigt, die Debattenstruktur C mit einer Redezeit von insgesamt 45 Minuten zu wählen. Danach stehen der Fraktion der CDU zwölf Minuten, der Fraktion der FDP fünf Minuten, der Fraktion der SPD acht Minuten und der Fraktion der Linkspartei.PDS ebenfalls acht Minuten Redezeit zur Verfügung. Ich bitte Sie, sich entsprechend einzurichten.

Als Einbringerin erteile ich der Fraktion der Linkspartei.PDS das Wort. Herr Heft, bitte schön.

**Herr Heft (Linkspartei. PDS):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das Thema besitzt aktuelle Brisanz. Gerade weil Fragen und Informationen über die zunehmende militärische Nutzung ziviler Einrichtungen in einer neoliberal geprägten Informationspolitik und Medienlandschaft gezielt ausgeblendet werden, ist eine umfassende Information der Öffentlichkeit dringend geboten.

(Oh! bei der CDU und bei der FDP - Herr Scharf, CDU: Das ist doch eine Unterstellung!)

Von der Geschäftstätigkeit der Flughafengesellschaft veranlasst, beschäftigen wir uns heute nicht nur mit der wirtschaftlichen Entwicklung des Flughafens Leipzig-Halle

(Zuruf von Herrn Gürth, CDU)

- eine Entwicklung, getragen vom politischen Willen, finanziert auch mit den Steuern unserer Bürger, gerichtet auf ein stetiges Anwachsen des Flugbetriebes und daraus zu erzielender Erlöse.

Mit dem Ziel der Schaffung existenzsichernder Arbeitsplätze vermengen sich aber offensichtlich zunehmend diesem Anliegen gegenüber völlig konträre Tendenzen des Handelns der Geschäftsführung des Flughafens.

Meine Damen und Herren! Politisch gewollt ist der Ausbau eines Interkontinentalflughafens. Politisch zu verantworten ist die militärische Nutzung des Flughafens Leipzig-Halle durch die Nato und durch die Europäische Union.

(Herr Kosmehl, FDP: Ist es doch gar nicht!)

Wir sind die Entscheidungsträger, die Verantwortlichen. Wir haben die Pflicht, der Entwicklung des Flughafens Leipzig-Halle zu einem Flughafen zur Führung von Interventionskriegen zu begegnen.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS - Widerspruch bei der CDU und bei der FDP - Zuruf von Herrn Kosmehl, FDP - Herr Gallert, Linkspartei.PDS: Hören Sie mal zu, Herr Kosmehl!)

Aus der medialen Berichterstattung und Recherchen bei Medieninformationsdiensten ergeben sich konkrete und offenkundig belegbare Anhaltspunkte dafür, dass der Flughafen Leipzig-Halle für eine zunehmende militärische Nutzung vorgesehen ist.

(Frau Feußner, CDU: Quatsch!)

Faktisch ist mitten im Leipziger Flughafen eine Militärdrehscheibe mit zivilem Nebenbetrieb entstanden.

(Widerspruch bei der CDU - Herr Tullner, CDU: Wo leben Sie denn? - Zuruf von Frau Feußner, CDU)

Der Flughafen fungiert bereits als Drehkreuz für die Kriege in Afghanistan und im Irak, meine Damen und Herren.

(Oh! bei der CDU und bei der FDP - Zuruf von Herrn Kosmehl, FDP)

- Die Belege werden Sie innerhalb weniger Minuten hören.

Seit dem 23. Mai des vergangenen Jahres lassen die amerikanischen Streitkräfte über den Flughafen Leipzig-Halle Passagierflüge für den regelmäßigen Truppenaus-

tausch in den Irak und nach Afghanistan durchführen. Pro Monat werden bis zu 80 Truppentransporte mit ungefähr 160 GIs pro Tag abgefertigt.

(Herr Kosmehl, FDP: Wo haben Sie die Zahlen her?)

- Die Informationen können Sie im Internet nachlesen, unter anderem unter „german-foreign-policy.com“,

(Herr Kosmehl, FDP: Wo sind die Zahlen her?)

und auch in der „MZ“ im Juni und Juli 2006 wurden sie veröffentlicht.

(Herr Borgwardt, CDU: Das ist nicht die Frage! Wo ist die Zahl her?)

Dies steht in Konflikt mit dem völkerrechtlich verbindlichen Zwei-plus-vier-Vertrag zwischen der Deutschen Demokratischen Republik, der Bundesrepublik Deutschland und den Siegermächten des Zweiten Weltkrieges.

(Lachen bei der CDU und bei der FDP)

Dieser völkerrechtlich verbindliche Vertrag, meine Damen und Herren, schließt die Stationierung von Nato-Flugzeugen und entsprechendem Personal auf dem ehemaligen Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik aus.

(Herr Tullner, CDU: In welcher Welt leben Sie eigentlich?)

Allgemein ist bekannt, dass der Lufttransport über großer Ladungen, zum Beispiel des Kampfpanzers Leopard 2 A6, in die Kriegsregionen Afghanistans oder des Balkans, zum Beispiel in den Kosovo, weder heute noch irgendwann irgendwo auf dieser Welt Frieden schaffen kann. Militärisches Gerät dient immer der Kriegsführung.

(Zustimmung bei der Linkspartei.PDS - Widerspruch bei der CDU und bei der FDP)

Was passiert am Flughafen Leipzig-Halle? - Die militärische Transportbereitschaft wird auf den Flughafen Leipzig ausgeweitet. Die Intensivierung der militärischen Zusammenarbeit mit Moskau sei eine reale Perspektive, heißt es aus deutsch-russischen Wirtschaftskreisen, die der Ruslan Salis GmbH nahe stehen,

(Unruhe bei der CDU - Zuruf von Herrn Gürth, CDU)

nachzulesen in der „Jungen Welt“ vom 24. März 2006.

(Unruhe bei der CDU)

Da Leipzig in der Mitte Europas liegt, wird es als Drehkreuz für den Nachschub bei kommenden Kriegen an Bedeutung gewinnen. Die Nutzung der Leipziger Rollbahn habe für die deutsch-russischen Militärgeschäfte logistische Priorität, nachzulesen unter anderem in einer in diesem Monat erschienenen Ausgabe der „MZ“. In diesem Artikel wird eingestanden, dass die Wartungsbasis der Antonow 124-100M von der Luftwaffenbasis Shannon in Irland nach Leipzig verlegt wird.

(Zuruf von der CDU)

Die Nutzung für militärische Zwecke hat schon im März 2006 begonnen, als Bundesverteidigungsminister Josef Jung dort das Nato-Luftdrehkreuz Salis - Strategic Airlift Interim Solution - eröffnete. Hierbei gehe es um die Schaffung strategischer Lufttransportkapazitäten für die Streitkräfte, so Herr Jung.

Im Rahmen von Salis wird die Flughafen Leipzig-Halle GmbH seit dem 23. März 2006 von der Nato für den schnellen Transport übergroßer Ladungen unter Einsatz von zwei ukrainischen Großraumtransportflugzeugen des Typs Antonow 124-100M genutzt. Seit dem 23. März 2006 stehen der Nato sowie der Europäischen Union im Rahmen des Programms Salis insgesamt sechs dieser Flugzeuge zur Verfügung, um die Lücke bis zur Lieferung des Airbus A 400M-2210 zu schließen.

(Herr Scharf, CDU: Das ist auch gut so!)

Zwei der Transportflugzeuge stehen am Standort Leipzig. Der größte Nutzer ist Deutschland. Vier weitere Maschinen stehen für eine Nutzung bereit. Die Ruslan Salis GmbH baut hierzu auf dem Gelände der Flughafen Leipzig-Halle GmbH ein eigenes Gelände mit Hangars aus. Deren Eröffnung steht in den nächsten Tagen an. Die Großraumtransporter dieses Typs werden vorrangig für militärische Transporte eingesetzt.

Beim militärischen Ausbau des Flughafens Leipzig-Halle spielt das Tochterunternehmen der Deutschen Post DHL eine nicht unwesentliche Rolle. Die Deutsche Post wird für die Bundeswehr künftig weltweit Ausrüstungsgegenstände sowie einige Dokumente transportieren. Die Kooperation ist Teil einer strategischen Partnerschaft zwischen der Bundesregierung und der Wirtschaft, die der Auf- und Ausrüstung der Bundeswehr für Kriegseinsätze dient.

(Herr Tullner, CDU: Ach!)

Eine Beladung vor Ort mit militärischem Gerät wird nicht ausgeschlossen.

(Herr Tullner, CDU: Oh!)

Das Unternehmen DHL intensiviert seit Jahren die Zusammenarbeit mit der Bundeswehr. Diese Zusammenarbeit sei als „geheime Kommandosache“ eingeplant gewesen,

(Oh! bei der CDU - Unruhe)

offenbarte die deutsche Bundeskanzlerin Frau Merkel beim Richtfest auf dem Flughafengelände am 23. Oktober 2006.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS - Herr Tullner, CDU: Alles Kriegstreiber!)

Das zivil-militärische Großprojekt lief bei den zuständigen Landesregierungen und Gesellschaften unter dem Pseudonym „Pegasus“.

(Zuruf von Herrn Tullner, CDU)

Natürlich vergibt das US-Verteidigungsministerium millionenschwere Charteraufträge an ausgesuchte Fluggesellschaften zur sehr schnellen und kostengünstigen Steigerung der Transportkapazitäten der eigenen Luftwaffe bei internationalen Einsätzen. So führt unter anderem das Unternehmen World Cargo Airways mit Flugzeugen des Typs Boeing MD-11 und McDonnell Douglas DC-10 Passagier- und Truppentransportleistungen über die Luftbrücken Atlanta - Leipzig - Bagdad und Washington - Leipzig - Kabul für das US-Militär durch.

(Zuruf von Herrn Tullner, CDU)

Die Abwicklung des Flugverkehrs geschieht dabei unter anderem durch die Flughafen Leipzig-Halle GmbH.

Trotz der zahlreichen detaillierten Informationen wird die militärische Nutzung des Flughafens Leipzig-Halle wei-

terhin vehement bestritten. In dem Antwortschreiben zu einer Petition einer Leipziger Bürgerin wird durch den Petitionsausschuss des Sächsischen Landtags am 9. November 2006 erklärt: Eine militärische Nutzung des Flughafens finde trotz dieser Belege nicht statt.

Eine ähnliche Strategie, nämlich nicht umfassend über die militärische Nutzung des Flughafens Leipzig-Halle zu informieren, fährt die Landesregierung Sachsen-Anhalts, wie aus den Antworten auf unsere Anfrage klar und deutlich ersichtlich ist. Wiederholt erfüllt die Landesregierung ihre Informationspflichten nicht.

(Zurufe von der CDU)

In diesem Zusammenhang ist deutliche Kritik am Verhalten der Landesregierung gegenüber dem Landtag von Sachsen-Anhalt zu üben. Ich führe im Verlauf meiner Rede noch aus, in welchem Umfang die Landesregierung weiterhin Informationen gegenüber diesem Hohen Haus zurückhält, meine Damen und Herren.

(Oh! bei der CDU - Herr Gürth, CDU: Ihre Partei ist die unglaublichste bei diesem Thema überhaupt!)

Meine Damen und Herren! Bereits im Juli 2006 beschäftigte sich dieses Haus mit eklatanten Unzulänglichkeiten im Umfeld des Flughafens Leipzig-Halle, insbesondere mit der Besetzung von Aufsichtsratsposten durch Minister dieser Landes. Genau wie heute wurden wir auch damals von der Landesregierung nicht informiert. Es bedurfte erst massiver Interventionen, bevor die bestehende Missachtung der Landesverfassung des Landes Sachsen-Anhalt geheilt wurde.

Das Handeln oder gegebenenfalls auch das unterlassene Handeln der Landesregierung bzw. von deren Vertretern in der Flughafen Leipzig-Halle GmbH und der Mitteldeutschen Flughafen AG zeugt nicht von der Achtung und Einhaltung der hohen Ansprüche der Landesverfassung Sachsen-Anhalts. Zumindest hinsichtlich des Krieges im Irak, der durch Truppentransporte der amerikanischen Armee über den Flughafen Leipzig-Halle unterstützt wird, besteht weitgehend der Konsens, dass dieser einen Bruch des Völkerrechts darstellt und in einen Bürgerkrieg mündet, welcher die gesamte Region destabilisiert.

Wenn Sie die vorliegende Anfrage zur militärischen Nutzung des Flughafens Leipzig-Halle und die Antworten der Landesregierung darauf unter den genannten Drucksachennummern im Einzelnen betrachten, so werden Sie den Beleg für die eben aufgestellten Behauptungen erkennen.

(Unruhe)

Meine Damen und Herren! Ich möchte vorausschicken, dass die Antworten der Landesregierung auf unsere Anfragen dem Verhalten der Sambikisaru, einem Synonym aus dem asiatischen Sprachraum für die berühmten drei Affen „Nichts sehen, nichts hören, nichts sagen“, entsprechen.

Die Landesregierung beginnt ihre Antwort auf die heute zu behandelnde Große Anfrage der Linkspartei.PDS zur militärischen Nutzung des Flughafens Leipzig-Halle mit einem Bezug auf die Präambel des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland.

(Herr Borgwardt, CDU: Sehr richtig!)

Ähnlich der Präambel der Landesverfassung Sachsen-Anhalts fühlt sich die Landesregierung jedoch nur dem

Grundgesetz verpflichtet. Das ist in der Antwort der Landesregierung nachzulesen.

Hierin dokumentiert die Landesregierung eine eigentümliche Auffassung, und zwar die, dass die Verpflichtung, das Wohl der Menschen zu fördern und dem Frieden zu dienen - das ist in der Präambel der Verfassung des Landes Sachsen-Anhalt nachzulesen -, lediglich der inneren Verfassung des Landes Sachsen-Anhalt gilt. Ist daraus zu schlussfolgern, meine Damen und Herren, dass es der Landesregierung Sachsen-Anhalts gleichgültig ist, ob und welche Kriege in dieser Welt geführt werden?

(Herr Scharf, CDU: So etwas haben wir selten vorgefunden! - Zuruf von Herrn Tullner, CDU - Weitere Zurufe von der CDU)

Wenn die Landesregierung den Standpunkt vertritt, dass militärische Aktivitäten ausländischer Staaten unter Nutzung der Ressourcen des Landes Sachsen-Anhalt nicht in die Kompetenz der Landesregierung fallen, dann frage ich: Weshalb trägt dieses Land in den Jahren 2006 und 2007 mit einem Zuschuss von mehr als 30 Millionen € maßgeblich dazu bei, zivile Ressourcen militärisch zu nutzen?

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Die Landesregierung bemerkt eingangs richtig:

„Die Regierung ist dem Parlament aber nur für ihre Amtsführung im Sinne einer Rechenschafts- und Einstandspflicht für eigenes Handeln verantwortlich.“

(Herr Tullner, CDU: Klar ist das so!)

Meine Damen und Herren! Wenn dies so ist und die Landesregierung auf die in der Großen Anfrage gestellten Fragen nicht oder nur ausweichend antwortet, dann stellt sich unweigerlich die Frage nach dem Sinn des Engagements des Landes Sachsen-Anhalt in der Mitteldeutschen Flughafen AG und der Flughafen Leipzig-Halle GmbH sowie nach der ethischen, moralischen und politischen Verantwortung der Landesregierung.

(Herr Tullner, CDU: Und die bewerten Sie?)

- Herr Tullner, hören Sie ruhig zu, das tut Ihnen nicht gut,

(Lachen bei der CDU)

nicht ungt.

Wenn die Vertreter des Landes Sachsen-Anhalt in den Aufsichtsräten die auf sie übertragenen Aufgaben entsprechend dem GmbH- und dem Aktiengesetz erfüllen, dann frage ich: Auf welcher Grundlage verweigert die Landesregierung einen Großteil der Antworten auf die gestellten Fragen?

Wenn die Vertreter des Landes Sachsen-Anhalt in den vorgenannten Aufsichtsgremien jedoch nicht ihrem Mandat folgend handeln, dann ist seitens der Landesregierung natürlich keine Rechenschaft möglich.

Wenn dies so ist, Herr Ministerpräsident, dann frage ich: Weshalb ist das Land Sachsen-Anhalt mit Mitgliedern Ihres Kabinetts in diesen Aufsichtsgremien vertreten? Weshalb beteiligt sich das Land Sachsen-Anhalt überhaupt an diesen Gesellschaften? Welchen Nutzen entfalten zivile Gesellschaften, die auch der Führung von

Kriegen dienen bzw. dienen können, für die Menschen in diesem Land?

(Herr Kosmehl, FDP: Sie schaffen Arbeitsplätze! - Zuruf von Frau Bull, Linkspartei.PDS - Unruhe)

Kann mir in diesem Haus jemand erklären, wodurch das Territorium und die Integrität der Bundesrepublik Deutschland in Afghanistan oder im Irak bedroht werden?

(Unruhe)

Wenn eine derartige Bedrohung existiert, dann wohl in erster Linie deshalb, weil sich die Bundesrepublik Deutschland seit nunmehr sieben Jahren aktiv an mehreren Kriegen auf diesem Planeten beteiligt. Die Bundesregierung selbst hat im November 2006 in einer Debatte im Deutschen Bundestag eingeschätzt, dass verursacht durch die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland die Bundesrepublik Deutschland mittlerweile selbst das Ziel von terroristischen Anschlägen ist.

(Zurufe von der CDU und von der FDP)

Meine Damen und Herren! Die Landesregierung ist nach unserer Auffassung als einer der sechs Garanten zur Einhaltung der von der Deutschen Demokratischen Republik geschlossenen internationalen Verträge verpflichtet. Dazu gehört auch die Einhaltung des Zwei-plus-vier-Vertrages - lesen Sie in diesem bitte nach - und des Einigungsvertrags, den ich Ihnen ebenfalls zur Lektüre empfehlen kann.

Selbst wenn die Landesregierung anderer Auffassung ist, ändert dies nichts an der Tatsache: Die Landesregierung kommt ihrer Rechenschaftspflicht gegenüber dem Parlament nicht nach.

(Herr Tullner, CDU: Wissen Sie eigentlich, was Sie da erzählen?)

- Das weiß ich sehr wohl, Herr Tullner. - Ich fordere die Landesregierung auf, die Gründe für ihre Weigerung darzustellen und den Landtag von Sachsen-Anhalt umfassend über die militärische Nutzung von Eigentum des Landes Sachsen-Anhalt zu informieren.

Lassen Sie mich noch auf einzelne Fragen und Antworten eingehen. Da ist zum Beispiel die erste Frage nach der gegenwärtigen und der künftigen Nutzung des Flughafens Leipzig-Halle zur Unterstützung militärischer Einsätze in weltweit geführten Kriegen.

Das Land Sachsen-Anhalt engagiert sich wesentlich - wie eingangs dargestellt - an diesem Flughafen. Trotzdem wird diesem Parlament erklärt, wir seien nicht zuständig. Der Erläuterung dieser Logik entzieht sich die Landesregierung.

Selbst die Medien haben schon mehrfach über die so genannten Urlaubsflüge der US-amerikanischen Streitkräfte via Leipzig-Halle berichtet. Trotzdem behauptet die Landesregierung, darüber nichts zu wissen. Dies, meine Damen und Herren, ist nicht nur nicht glaubhaft, sondern es entspricht dem eingangs zitierten Sam-bikisaru.

Darüber hinaus wird die Antwort der Landesregierung insofern ungläubhaft, als die Landesregierung in der Antwort auf die Frage 2 c exakt die Tatsachen zugibt, die ganz einfach nicht zu leugnen sind.

Ich frage die Landesregierung nochmals: In welchem Umfang wird das Land Sachsen-Anhalt seine Pflichten in

seiner Eigenschaft als einer der Garanten des unter gegangenen Vertragspartners Deutsche Demokratische Republik aus dem Zwei-plus-vier-Vertrag erfüllen?

Ebenso wenig glaubhaft wie die vorher gegebenen Antworten sind die Antworten der Landesregierung auf die Fragen 9 und folgende. Aufgrund der Brisanz der Nutzung des Flughafens Leipzig-Halle durch Maschinen des Typs Antonow 124-100M und der öffentlich bekannten Lufttransporte amerikanischer Streitkräfte zur Fortsetzung des Krieges der USA im Irak ist es höchst unvorstellbar, meine Damen und Herren, dass es sich eine Geschäftsführung getraut, die Aufsichtsgremien hierüber nicht zu informieren.

Ich frage die Landesregierung deshalb: Wann ist der Punkt der militärischen Nutzung von Ressourcen des Landes Sachsen-Anhalt erreicht? Welche Maßstäbe und Kriterien setzt die Landesregierung für die Bewertung an, ob eine militärische Nutzung vorliegt oder nicht?

Das Transportieren schwerer Waffen und anderen militärischen Geräts sowie die Verlegung von Streitkräften dritter kriegsführender Staaten zählt laut Antwort der Landesregierung auf Frage 17 nicht dazu. Wir sind ausdrücklich anderer Meinung. Wie anders können die Antworten der Landesregierung auf die Fragen 19 und folgende bewertet werden?

Nach unserer Meinung haben die ca. 1,5 Millionen Menschen, die in der Region Leipzig/Halle leben, ein Recht darauf, über die mehr als zwei Jahre andauernde militärische Nutzung des Flughafens und die dadurch bestehenden Risiken öffentlich informiert zu werden. Genau dies ist bisher nicht geschehen. Lassen wir die Bürger dieses Landes zum Beispiel in Form eines Volksbegehrens darüber entscheiden,

(Lachen bei der CDU - Herr Gürth, CDU: Ich hätte mir vor 1989 viele Volksbegehren gewünscht!)

wie sie zu den möglicherweise bestehenden Risiken und Chancen der Entwicklung des Flughafens stehen.

(Unruhe)

Diesem Votum sollte sich dieses Hohe Haus stellen. - Ich danke für die Aufmerksamkeit, meine Damen und Herren.

(Zustimmung bei der Linkspartei.PDS)

#### **Präsident Herr Steinecke:**

Bevor ich der Landesregierung das Wort erteile, begrüße ich Schülerinnen und Schüler der Sekundarschule Gröbzig. Herzlich willkommen!

(Beifall im ganzen Hause)

Herr Minister Hövelmann, Sie haben jetzt das Wort. Bitte schön.

#### **Herr Hövelmann, Minister des Innern:**

Vielen Dank, Herr Präsident. - Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich hatte gehofft, dass der Redebeitrag der Linkspartei.PDS heute deutlich abweicht von den Redebeiträgen, die im Zusammenhang mit der EU-Problematik in der Aktuellen Debatte gehalten wurden, und von der entsprechenden Erklärung von Herrn Heft im Nachgang zu der Diskussion über die Verantwortlichkeit für den Bürgerkrieg im ehemaligen Jugoslawien.

Ich bin leider enttäuscht worden. Ich muss sagen: Das, was hier vorgetragen worden ist, ist in der Sache diskutierbar, ist in der Sache mit Fragen aufzuklären. Aber die Intention, die Sie damit verbinden, nämlich diese Bundesrepublik Deutschland und das Land Sachsen-Anhalt mit seinen Institutionen und wirtschaftlichen Beteiligungen zu kriminalisieren

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und bei der FDP)

und eine angeblich rechts- und völkerrechtswidrige Kriegsbeteiligung zu konstruieren, halte ich für nicht hinnehmbar und auch nicht für sachgerecht.

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und bei der FDP)

#### **Präsident Herr Steinecke:**

Herr Minister, der Fraktionsvorsitzende Herr Gallert hat eine Frage. Wollen Sie sie gleich oder erst am Schluss Ihrer Rede beantworten?

#### **Herr Hövelmann, Minister des Innern:**

Ich denke, wir haben dem Kollegen Heft sehr aufmerksam zugehört. Ich würde gern am Ende darauf antworten.

#### **Präsident Herr Steinecke:**

Also am Ende, Herr Gallert.

#### **Herr Hövelmann, Minister des Innern:**

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Fragen, die mir soeben bei dem Redebeitrag selbst durch den Kopf geschossen sind, lauten: Wie steht die Linkspartei.PDS zur Bundeswehr?

(Zuruf von Herrn Gürth, CDU)

Wie steht die Linkspartei.PDS zu internationalen Friedenseinsätzen?

(Frau Weiß, CDU: Sie lehnt sie ab!)

Woher nehmen Sie den Vorwurf, die Landesregierung würde gegen Rechtsgrundsätze, sogar gegen den höchsten Rechtsgrundsatz, nämlich gegen die Landesverfassung, verstößen? - Wenn Sie dieser Auffassung sind, dann lassen Sie es gerichtlich feststellen. Diese Landesregierung hat davor keine Angst.

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und bei der FDP - Herr Gürth, CDU: Das wollen sie gar nicht!)

Wenn Sie denn wollen, verehrte Abgeordnete der Linkspartei.PDS, dass sich das Land Sachsen-Anhalt bei seinen wirtschaftlichen Aktivitäten anders verhält, als es das in den letzten Jahren getan hat, dann können Sie in diesem Hohen Hause entsprechende Anträge stellen und dafür um Mehrheiten werben. Sie können beantragen, dass sich das Land Sachsen-Anhalt künftig nicht mehr an der Flughafen Leipzig-Halle AG beteiligen soll. Ich habe meine Zweifel daran, dass das richtig ist. Das wird dann mit Sicherheit im Parlament diskutiert werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich noch zu einigen inhaltlichen Dingen bezüglich der Großen Anfrage kommen. Ich bitte zunächst die fragestellende Fraktion um Verständnis dafür - auch wenn ich

weiß, dass ich das nur bedingt erhalten werde -, dass die Antwort der Landesregierung eher kurz ausgefallen ist.

Der Grund für die Zurückhaltung ist, dass die Landesregierung nur zu Fragen Stellung nehmen kann - das haben Sie selber auch ausgeführt -, deren Beantwortung in ihren eigenen Verantwortungsbereich fällt. Diese Landesregierung fühlt sich im Sinne der Präambel des Grundgesetzes und auch der Präambel der Verfassung des Landes Sachsen-Anhalt dem Auftrag verpflichtet, dem Frieden zu dienen.

Wir engagieren uns im Rahmen unserer Zuständigkeiten und unserer Möglichkeiten. Ich erinnere - das darf ich auch mit einem gewissen Stolz tun - an die Polizeimissionen in Afghanistan und im ehemaligen Jugoslawien, die wohl unstreitig der Friedenssicherung dienen.

Ich verweise auf die Hilfe durch Polizei und hiesige Dienststellen des Technischen Hilfswerkes nach Naturkatastrophen im Ausland. Bestes Beispiel dafür ist die Hilfe nach dem Seebeben im Jahr 2005. Unsere Hilfeleistungen trugen dazu bei, in Südostasien eine teilweise bürgerkriegsgefährdete Region zu stabilisieren.

Ich verweise auch - ich denke, das sollten wir auch akzeptieren und wertschätzen - auf Bemühungen um Völkerverständigung im Hochschul- und im Schulbereich.

Was ihr Engagement für Völkerverständigung und Frieden anbetrifft, hat die fragestellende Fraktion also kein Alleinstellungsmerkmal, auch wenn sie manchmal gern versucht, diesen Eindruck zu erwecken.

(Zustimmung bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ein Großteil der Fragestellungen betrifft verteidigungspolitische und außenpolitische Aspekte, beispielsweise die Bewertung von militärischen Aktivitäten ausländischer Staaten oder Fragen nach strategischen Planungen des Bundesministeriums der Verteidigung. Diese Angelegenheiten liegen allerdings nicht in unserer Verantwortung als Landesregierung von Sachsen-Anhalt, sondern in der des Bundes. Nur von dort kann eine Auskunft zu derartigen Sachverhalten erteilt werden.

Auch nach der Föderalismusreform gilt immer noch: Angelegenheiten der Verteidigung liegen ausschließlich in der Kompetenz des Bundes, wie Artikel 73 Abs. 1 Nr. 1, Artikel 65a, Artikel 87a und Artikel 87b des Grundgesetzes zu entnehmen ist. Das gilt ebenso für die auswärtigen Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland und für die Einordnung in ein System kollektiver Sicherheit wie der NATO.

Artikel 24 Abs. 2 des Grundgesetzes bildet auch die verfassungsrechtliche Grundlage für den Einsatz bewaffneter Streitkräfte im Rahmen der betreffenden Systeme gegenseitiger kollektiver Sicherheit und für die Übernahme der mit der Zugehörigkeit zu einem solchen System typischerweise verbundenen Aufgaben. Verantwortlich für all diese Dinge ist der Bund. Die Landesregierung ist diesem Parlament nur für ihre Amtsführung im Sinne einer Rechenschafts- und Einstandspflicht für eigenes Handeln verantwortlich.

Auch aus der in der Anfrage genannten Verpflichtung zum Frieden, wie es in unserer Landesverfassung zum Ausdruck kommt, lässt sich keine andere Sicht auf die Dinge ableiten. Auf der Grundlage der Gesetzgebungs-

zuständigkeit des Landes ist dies eindeutig dahin gehend zu verstehen, dass staatliches Handeln der Landesregierung den inneren Frieden sichern soll. Eine Vorgabe für verteidigungspolitische Entscheidungen, für die das Land gar nicht zuständig wäre, ist nicht Regelungsgegenstand der Landesverfassung.

Entgegen der Auffassung der Fragesteller ergibt sich auch aus dem Einigungsvertrag nichts anderes. Aus den Artikeln 12 und 40 des Einigungsvertrages ist weder aus ihrem Wortlaut noch aufgrund der Regelungssystematik herauszulesen, dass den neuen Ländern, also auch Sachsen-Anhalt, nach dem Beitritt zur Bundesrepublik Deutschland Rechte und Pflichten zugewiesen sind, die nach der bundesstaatlichen Kompetenzordnung den Ländern nicht zukommen. Das begriff gerade die bereits mehrfach angesprochenen Fragen der Außen- und Verteidigungspolitik.

Ähnliches gilt im Übrigen für Fragen der Sicherheit bzw. nach möglichen Gefährdungen des Flughafens Leipzig-Halle. Deren Beantwortung obliegt den zuständigen Luftaufsichts- und Luftsicherheitsbehörden im Freistaat Sachsen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich will an dieser Stelle nur noch einmal kurz die wesentlichen Inhalte der Antworten der Landesregierung darstellen.

Zusammenfassend kann ich mitteilen, dass der Landesregierung Erkenntnisse über eine angebliche Militarisierung des Flughafens Leipzig-Halle nicht vorliegen. Im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens zum Ausbau des Flughafens sind alle gemäß Planungsrecht relevanten Aspekte zum Gegenstand des Planungsverfahrens gemacht worden. Eine militärische Nutzung war nicht Gegenstand dieses Verfahrens.

Die logistische Unterstützung von Militäreinsätzen von Mitgliedstaaten der Nato war nicht Thema von Aufsichtsratssitzungen. Es wurden und werden keine Haushaltsmittel des Landes eingesetzt, um den Flughafen Leipzig-Halle direkt oder indirekt im Rahmen der Stationierung, der Verlegung oder des Transfers von Truppen in militärische Operationsgebiete zu nutzen. Über eine von den Fragestellern behauptete Militarisierung der Fluglogistik ist der Landesregierung nichts bekannt.

Ich möchte nochmals betonen: Beim Flughafen Leipzig-Halle handelt es sich um einen öffentlichen Verkehrsflughafen gemäß § 38 der Luftverkehrszulassungsordnung, der der Allgemeinheit im Rahmen seiner Betriebszeiten und im Umfang seiner Genehmigung zur Verfügung stehen muss. Die Nutzung des Flughafens erfolgt nach unserer Kenntnis durch international zugelassene zivile Fluggesellschaften, also im Rahmen des für Verkehrsflughäfen Üblichen.

Ich möchte an dieser Stelle im Hinblick auf eine anders lautende Unterstellung in der Anfrage darauf hinweisen, dass der Flughafen Leipzig-Halle über eine dauerhafte 24-Stunden-Betriebsgenehmigung ohne Nachflugverbot verfügt.

Über die Zweckbestimmung von Flugbewegungen und unternehmerische Ziele von Fluggesellschaften sowie über Art und Anzahl der jeweiligen Fluggäste liegen weder der Landesregierung noch dem Flughafen Leipzig-Halle Informationen vor, da diesbezüglich keine Auskunftspflichten der Fluggesellschaften bestehen und solche Informationen üblicherweise auch nicht gegeben werden.

Sehr geehrte Mitglieder des Landtages! Im Hinblick auf die in der Anfrage genannte Aktenvorlage kann ich abschließend lediglich Folgendes anmerken: Wird ein solcher Antrag gestellt, ist darüber auf der Grundlage von Artikel 53 Abs. 3 und 4 der Verfassung des Landes Sachsen-Anhalt zu entscheiden. Dabei wird allerdings im Hinblick auf schutzwürdige Interessen Dritter zu prüfen sein, inwieweit eine Auskunftserteilung über Interna von Unternehmen in privater Rechtsform, an denen das Land Sachsen-Anhalt unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist, rechtlich zulässig ist. - Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Zustimmung bei der SPD und bei der CDU)

**Präsident Herr Steinecke:**

Vielen Dank, Herr Minister. Es gibt jetzt zwei Nachfragen, eine von dem Abgeordneten Herrn Gallert und eine von Herrn Heft. - Bitte schön, Herr Gallert.

**Herr Gallert (Linkspartei.PDS):**

Ich ziehe meine Anfrage zurück. Ich spreche gleich als Fraktionsvorsitzender.

**Präsident Herr Steinecke:**

Herr Heft, bitte.

**Herr Heft (Linkspartei.PDS):**

Danke, Herr Präsident. - Ich habe nur eine Nachfrage. Herr Hövelmann, Sie sprachen davon, dass sich das Land Sachsen-Anhalt finanziell nicht direkt an dem Ausbau der Militärlogistik am Flughafen Leipzig-Halle beteiligt. Das ist wohl so.

Die Zahlen des Haushaltes 2006/2007 sagen jedoch aus, dass das Land Sachsen-Anhalt einschließlich des Kapitaldienstes für die Stadt Halle, welche an der Flughafen Leipzig-Halle GmbH mit 4,7 % beteiligt ist, Mittel in Höhe von 31,7 Millionen € ausgibt. Davon fließen rund 29 Millionen € direkt in den Ausbau des Logistikstandortes, insbesondere der südlichen Start- und Landebahn des Flughafens Leipzig-Halle.

(Herr Tullner, CDU: Das wissen wir doch!)

Stimmen Sie mir darin zu, dass der Ausbau dieser Logistik exzellente Voraussetzungen dafür bietet, genau die Ansprüche der Ruslan Salis GmbH im Interesse der Nato und der Europäischen Union zu erfüllen?

(Herr Kosmehl, FDP: Was für ein Märchen! - Unruhe)

**Herr Hövelmann, Minister des Innern:**

In Ermangelung der Kenntnis darüber, welche besonderen Ansprüche die von Ihnen genannte Firma an eine Start- und Landebahn erhebt, kann ich Ihnen diese Frage nicht beantworten.

Die Aussage ist richtig, dass sich das Land Sachsen-Anhalt entsprechend dem vom Parlament beschlossenen Haushaltsplan am Flughafen Leipzig-Halle in dem Umfang engagiert, der von diesem Hohen Haus beschlossen worden ist.

(Herr Tullner, CDU: Das ist gut so!)

Wir gehen davon aus - uns liegen auch keine anders lautenden Erkenntnisse vor -, dass diese Mittel dem von

mir beschriebenen Unternehmenszweck der Flughafen Leipzig-Halle AG entsprechend verwendet werden.

(Zustimmung bei der SPD und bei der CDU)

**Präsident Herr Steinecke:**

Herzlichen Dank, Herr Minister. - Jetzt erteile ich Herrn Gallert als Fraktionsvorsitzendem das Wort. Bitte schön, Herr Gallert.

**Herr Gallert (Linkspartei.PDS):**

Ich habe mich jetzt nicht aufgrund der vielen Zwischenrufe als Fraktionsvorsitzender gemeldet - auch dazu sage ich gleich etwas, und zwar zu der Qualität eines ganz bestimmten Zwischenrufes -; ich habe mich deswegen gemeldet, weil der Minister soeben behauptet hat, Herr Uwe Heft hätte die Landesregierung kriminalisiert.

(Zustimmung von Herrn Kosmehl, FDP)

Ich sage ausdrücklich: Mein Fraktionskollege Heft ist durchaus dafür bekannt, emotionale Wertungen zu treffen.

(Frau Budde, SPD: Das ist nicht bloß emotional!)

Aber genau die Dinge, die er eben genannt hat, sind die Dinge, die wirklich aufregen. Die einzige Bewertung - ich kenne die Rede in etwa Wort für Wort; das können Sie mir glauben -, die er vorgenommen hat, ist, dass wir der Meinung sind, dass aufgrund der militärischen Nutzung des Flughafens Halle-Leipzig die hohen Ansprüche der Landesverfassung zur Friedenssicherung nicht erfüllt werden. Ich sage Ihnen ganz deutlich: Diese Bewertung teilen ganz andere Leute als wir.

Sie, Herr Kosmehl, können, nachdem ich Ihnen Folgendes vorgelesen habe, Ihre Zwischenrufe gern noch einmal tätigen.

Ich berichte Ihnen jetzt über eine Position einer Bundesinstitution, die von der Linkspartei ganz bestimmt nicht dominiert wird. Ich lese Ihnen diese Dinge sicherheitshalber vor:

„Das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig hat gravierende völkerrechtliche Bedenken gegen die deutsche Unterstützung des Irak-Krieges angemeldet. Die Richter hielten in ihrem Spruch fest, dass gegen den Irak-Krieg erhebliche rechtliche Bedenken bestünden, vor allem im Hinblick auf das in der Charta der Vereinten Nationen festgeschriebene Gewaltverbot.

Zugleich machten die Richter klar, dass es keinerlei Verpflichtungen der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Nato gebe, entgegen der UN-Charta und dem geltenden Völkerrecht völkerrechtswidrige Handlungen von Nato-Partnern zu unterstützen.

Die umfangreiche völkerrechtliche Würdigung des Irak-Krieges und der deutschen Unterstützungsleistungen hielten die Richter in einem Urteil fest, mit dem ein Major der Bundeswehr freigesprochen worden war. Er hatte im April 2003 den Befehl verweigert, an der weiteren Entwicklung eines militärischen Software-Programms mitzuwirken.“

Dabei ging es ausdrücklich um die Frage, inwiefern die Bundesrepublik Deutschland als logistische Drehscheibe

für diesen Irak-Krieg verwendet werden kann. Daran kommen Sie alle nicht vorbei; denn der Flughafen Leipzig-Halle wird dafür verwendet. Er wird für Truppentransporte und für den Transport von militärischem Gerät in den Irak verwendet. Hierzu gab es einen Richterspruch - möglicherweise deswegen, weil sie in Leipzig sehr nah daran sind -, der eine völkerrechtliche Würdigung vorgenommen hat und diese Dinge unterstützt hat. Nichts anderes hat Kollege Heft vorgetragen.

(Zustimmung bei der Linkspartei.PDS)

Außerdem hat er die Frage gestellt, ob eine Gesellschaft, in der wir als Land Gesellschafter sind, solche Dinge machen darf.

(Herr Borgwardt, CDU: Das bestreitet gar keiner!)

Zuletzt noch eines: Das können Sie ja alles klasse finden. Sie können sagen: Wir sind ausdrücklich dafür. Sie können sagen: Das schafft Arbeitsplätze, Herr Kosmehl, wie Sie es vorhin gemacht haben. Sie können sagen: Jawohl, weil es Arbeitsplätze schafft, ist das in Ordnung.

(Zuruf)

Wir haben diesbezüglich eine andere Bewertung. Aber wissen Sie, weder Ihre noch unsere Bewertung ist letztlich entscheidend.

(Herr Tullner, CDU: Gott sei Dank!)

Entscheidend ist die Bewertung der zwei Millionen Menschen, die in dem Großraum Halle/Leipzig leben. Sie haben zumindest das Recht, über das, was auf dem Flughafen Leipzig-Halle passiert, informiert zu werden. Dann haben sie die Möglichkeit zu entscheiden.

Es kann sein, dass sie sagen: Ihr von der Linkspartei kommt alle aus der DDR; ihr seid ohnehin unglaublich. - Dann ist es eben so. Es kann aber auch sein, dass sie sagen: Jawohl, die militärische Nutzung des Flughafens finden wir richtig klasse. - Das kann durchaus möglich sein.

Aber es ist unsere Aufgabe, ihnen die Chance zu geben, die Fakten kennen zu lernen und selbst darüber zu urteilen. Deswegen haben wir das hier gemacht und deswegen verteidige ich die Rede des Kollegen Herrn Heft ausdrücklich. - Danke.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

#### Präsident Herr Steinecke:

Es gibt eine Nachfrage von Herrn Schröder. Wollen Sie sie beantworten?

#### Herr Gallert (Linkspartei.PDS):

Ja.

#### Herr Schröder (CDU):

Sehr geehrter Herr Gallert, ich habe keine Nachfrage zu Ihrer zugegebenermaßen eigenwilligen Interpretation der Friedenssicherungspflicht dieses Bundeslandes, sondern eine Nachfrage zu dem doch unzweifelhaft sehr wichtigen mitteldeutschen Verkehrsflughafen Halle-Leipzig.

Sie verteidigen die Rede des Abgeordneten Heft ausdrücklich. So haben Sie geschlossen.

(Herr Gallert, Linkspartei.PDS: Ja!)

Schließen Sie sich der Wertung an, das heißt, ist es auch die Position der Landtagsfraktion der Linkspartei, dass sie die finanziellen Zuwendungen aus dem Landeshaushalt wegen ihrer Interpretation der Friedenssicherungspflicht nach der Landesverfassung entweder streichen oder von einer Volksbefragung abhängig machen will? Ist das die Meinung Ihrer Fraktion zu diesem Flughafen?

#### Herr Gallert (Linkspartei.PDS):

Wir haben das Engagement des Landes in der Mitteldeutschen Flughafen AG insgesamt sowie im Flughafen Leipzig-Halle nie kritisiert. Wir haben in den Haushaltseratungen - zunächst in unseren eigenen Reihen, muss man dazu sagen - sogar ausdrücklich dafür geworben, sich entsprechend zu positionieren. Es gab allerdings - auch das sage ich Ihnen ganz deutlich - differenzierte Positionen bezüglich des Ausbaus der zweiten Startbahn.

Wir sind ausdrücklich für dieses Engagement. Wissen Sie warum? - Unter anderem deswegen, weil wir dadurch als Träger der öffentlichen Belange und als Gesellschafter der Flughafen GmbH die Möglichkeit haben, Einfluss auf die Entscheidungen über die Nutzung zu nehmen.

Nicht die Beteiligung des Landes ist das Problem für uns. Die Beteiligung ist überhaupt kein Problem; sie ist sogar die erste Voraussetzung dafür, über eine militärische Nutzung dieser Einrichtungen zu reden. Nein, unser Problem ist die militärische Nutzung dieser Einrichtungen, nicht der Umstand, dass wir daran beteiligt sind.

Noch ein Wort zum Volksbegehren. Natürlich könnten wir uns auch vorstellen, solche Dinge zu realisieren; aber Volksbegehren werden vom Volk begehrt. Wir werden abwarten, ob es eine solche Bewegung gibt oder nicht. Diese wird dann völlig unabhängig davon entscheiden, ob wir diese Dinge realisieren. Ein Volksbegehren könnte ich mir vorstellen. Wir werden aber nicht diejenigen sein, die diese Dinge initiieren, denn dann wäre es kein Volksbegehren mehr.

(Zuruf von Herrn Borgwardt, CDU)

Wir brauchen hierzu die Information der Menschen. Diese können dann entscheiden, was sie möchten.

#### Präsident Herr Steinecke:

Weitere Fragen gibt es offenbar nicht. Daher fahren wir in der Debatte fort. Für die Fraktion der CDU erhält der Abgeordnete Herr Borgwardt das Wort. Bitte schön.

#### Herr Borgwardt (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nachdem wir eine sehr emotionale - man könnte vielleicht sagen: ideologisch motivierte - Rede von Herrn Heft gehört haben, haben wir jetzt von Herrn Gallert den Versuch der Relativierung erfahren, hier mit demagogischen Möglichkeiten zu spielen. Es hat niemand eine andere Position zu der Definition des Wortes „Krieg“ vertreten. In der Debatte ging es aber um die Möglichkeiten des Flughafens Leipzig-Halle gemäß Ihrer Anfrage.

Eines möchte ich Ihnen, Herr Gallert, sagen. Es könnte schwierig werden, wenn Sie jedes Mal nach einem Re-

debeitrag Ihres Kollegen hier vorn etwas relativieren müssen.

(Beifall bei der CDU - Zuruf von der Linkspartei.PDS)

Dann wäre es vielleicht günstiger, gleich selbst zu reden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Man könnte glauben, dass wir uns hier im Bundestag befinden; denn die Große Anfrage der Linkspartei.PDS, die wir heute hier zu behandeln haben, wäre dort richtig angesiedelt.

(Zustimmung bei der CDU)

Eine Landtagsdebatte zu Fragen der Landesverteidigung sowie zu außenpolitischen Fragen, die in die ausschließliche Kompetenz des Bundes fallen, sollte nicht Schule machen. Ich frage: Wem nützt eine Große Anfrage, die selbst bei größtem Willen zur Beantwortung, den ich der Landesregierung ausdrücklich unterstelle, nicht beantwortet werden kann?

Bereits ein Blick in das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland bzw. in die Verfassung des Landes Sachsen-Anhalt wäre für die Fragesteller ausreichend gewesen, um zu erkennen, dass aus verfassungsrechtlichen Gründen die vermeintliche Große Anfrage im Grunde genommen nur eine Kleine Anfrage an unsere Landesregierung enthält, die lautet: Ist der Landesregierung eine militärische Nutzung des Flughafens Leipzig-Halle GmbH bekannt?

Ich bedanke mich trotzdem nachdrücklich bei den Fragestellern der Linkspartei.PDS dafür, dass sie aus einer Kleinen Anfrage eine 22 Fragen umfassende Große Anfrage gemacht haben. Umso deutlicher war die Antwort der Landesregierung. Sie ist vorhin teilweise schon dargestellt worden. Ich möchte trotzdem, um das Ganze zu unterstreichen, daraus zitieren:

Unsere Landesregierung verfügt über keine Erkenntnisse, die auf die Planung einer militärischen Nutzung bzw. die militärische Nutzung des Flughafens Leipzig-Halle GmbH schließen lassen. Es wurden und werden keine Haushaltssmittel des Landes eingesetzt, um den Flughafen Leipzig-Halle direkt oder indirekt im Rahmen der Stationierung, der Verlegung, des Transfers oder weiterer Dinge von Truppen oder Truppenkontingenten in militärische Operationsgebiete zu nutzen.

Eine militärische Nutzung war auch nicht Gegenstand des Planfeststellungsverfahrens zum Ausbau des Flughafens. In den Aufsichtsräten der Mitteldeutschen Flughafen AG und der Flughafen Leipzig-Halle GmbH wurden keine Beschlüsse zur logistischen Unterstützung von Militäreinsätzen von Mitgliedstaaten der Nato getroffen.

Meine Damen und Herren! Was ist also dran an den medialen Berichterstattungen und Recherchen der Medieninformationsdienste, die die Fragesteller der Linkspartei.PDS zu der Großen Anfrage bewogen haben?

Ich möchte mich nicht weiter zu diesen Militarisierungsvermutungen äußern; denn nachprüfbare Realität ist, dass sich der Flughafen Leipzig-Halle zu einer Erfolgsstory für die Region und für ganz Mitteldeutschland entwickelt hat.

(Zustimmung von Minister Herrn Dr. Daehre)

An diesen Fakten kommen auch Sie, meine Damen und Herren von der Linkspartei.PDS, nicht vorbei.

Eine Landtagsdebatte zu dem Thema Entwicklung, Leistungsfähigkeit und Zukunftschancen des Flughafens Leipzig-Halle wäre daher aus meiner Sicht zielführender gewesen, zumal dann die Auskunft der Landesregierung aufgrund ihrer Zuständigkeit umfassender ausgefallen wäre.

Ich erlaube mir, hierzu aus der medialen Berichterstattung des vergangenen Jahres zwei Überschriften zu zitieren:

„Der Flughafen Leipzig-Halle - Entwicklungsmotor für die ganze Region - Mit Leipzig-Halle vor der Haustür das Tor zur Welt“

und

„Leipzig-Halle - das größte zivile Luftdrehkreuz Mitteldeutschlands“.

Seit der deutschen Wiedervereinigung vollzog sich am Flughafen Leipzig-Halle eine rasante Verkehrsentwicklung. Wurden im Jahr 1990 noch knapp 275 000 Fluggäste gezählt, erhöhte sich die Zahl im Jahr 2006 auf ca. 2,3 Millionen - mit stetig steigender Tendenz. Wöchentlich werden mit bis zu 445 Verbindungen 66 Ziele in der Welt angeflogen. Weitere Zielorte kommen hinzu.

Der Flughafen Leipzig-Halle ist der vierte Airport in der Bundesrepublik Deutschland, der direkt an das Fernnetz der Deutschen Bahn AG angebunden ist. Täglich halten rund 100 Züge des Nah- und Fernverkehrs am mitteldeutschen Airport.

Der Flughafen gewinnt enorm an internationaler Bedeutung als Frachtdrehkreuz. In der Region haben sich bereits namhafte Unternehmen wie DHL, BMW, Porsche, Quelle, Amazon, Dow Chemical und Dell angesiedelt.

Die Deutsche Post World Net wird Leipzig-Halle ab 2008 als europäisches DHL-Drehkreuz nutzen - neben Wilmington in den USA und Hongkong in Asien. Sie plant, rund 300 Millionen € in ihren neuen Standort zu investieren und bis zum Jahr 2012 rund 3 500 neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Erfahrungsgemäß könnten weitere 7 000 Arbeitsplätze im Umfeld eines solchen dynamischen, global tätigen Wirtschaftsunternehmens hinzukommen. Das sind ermutigende Perspektiven für die gesamte Region Mitteldeutschland.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Angesichts dieser Erfolge des Flughafens Leipzig-Halle fällt es mir persönlich schwer, dem düsteren Militärszenario Glauben zu schenken, das vorhin vor uns ausgebreitet wurde. Trotzdem danke ich den Fragestellern, da sie es uns ermöglicht haben, die Erfolgsstory des Flughafens Leipzig-Halle GmbH im Rahmen unserer Landtagsdebatte vorzustellen.

(Beifall bei der CDU)

#### Präsident Herr Steinecke:

Vielen Dank, Herr Borgwardt. Es gibt eine Nachfrage von Herrn Heft. Möchten Sie diese beantworten?

#### Herr Borgwardt (CDU):

Nein.

(Frau Budde, SPD: Das ist richtig!)

**Präsident Herr Steinecke:**

Nein. - Herr Köck möchte ebenfalls eine Frage stellen. Möchten Sie diese beantworten? - Nein.

Ich stelle fest, dass es keine weiteren Fragen gibt. Dann rufe ich jetzt Herrn Kosmehl für die FDP-Fraktion auf. Herr Kosmehl, Sie haben das Wort.

**Herr Kosmehl (FDP):**

Herr Präsident, vielleicht haben Sie etwas Nachsicht mit mir. Der Einbringer hat seine Redezeit überschritten; somit steht auch den nachfolgenden Rednern etwas mehr Zeit zur Verfügung.

(Zurufe von der Linkspartei.PDS)

**Präsident Herr Steinecke:**

Ich werde darauf achten.

**Herr Kosmehl (FDP):**

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich kann mich eigentlich dem anschließen, was der Minister des Innern gesagt hat. Herr Heft, ich hätte ebenfalls erwartet, dass Sie nach Ihrer verbalen Entgleisung gestern - dies sage ich bewusst so - heute etwas gemäßigter auftreten.

Das, was Sie heute getan haben - ich werde es gleich zu Beginn an einem Punkt festmachen -, sollten Sie wirklich überdenken.

Herr Gallert, wenn Sie sich dem vorbehaltlos anschließen, bin ich auch von Ihnen tief enttäuscht.

Es geht um die Frage des Kosovo-Einsatzes. Auch das ist ein Einsatz gewesen, an dem deutsche Soldaten beteiligt worden sind. Herr Heft, Sie haben damit angefangen. Wer die humanitäre Katastrophe, die wir im Kosovo erlebt haben, hinnimmt und sagt, wir hätten dort nicht einschreiten sollen, wir hätten dem nicht Einhalt gebieten sollen, der hätte dem Genozid an Kosovo-Albanern Vorschub geleistet,

(Beifall bei der FDP - Zustimmung bei der CDU)

der hätte Kriegsverbrecher geschützt und hätte nicht daran mitgewirkt, dort tatsächlich Frieden zu stiften. Dass das bis heute notwendig ist, sehen Sie daran, dass wir dort immer noch Truppen stationiert haben.

Herr Heft, Sie sollten Ihre Meinung zumindest in diesem Punkt überdenken.

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

(Frau Dr. Klein, Linkspartei.PDS: Es geht um die Nutzung des Flughafens!)

- Ja. Frau Dr. Klein, auf das Thema der Nutzung des Flughafens komme ich sofort zu sprechen.

Lassen Sie mich noch eine Vorbemerkung machen, die auch mit der Rede von Herrn Heft zusammenhängt. Ich bin beinahe geneigt, mich dem Zwischenruf meines verehrten und geschätzten Kollegen Stahlknecht anzuschließen, dass man angesichts der Rhetorik des Redners fast zu der Auffassung kommen könnte, der Redner sei im Jahr 1989 eingefroren und vor kurzem wieder aufgetaut worden.

Herr Heft, ich frage Sie ernsthaft: Stehen Sie noch mit beiden Beinen auf dem Boden unserer Verfassung?

- Ich habe daran meine Zweifel; dass muss ich Ihnen ehrlich sagen.

(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU - Zurufe von Herrn Heft, Linkspartei.PDS, und von Frau Dr. Klein, Linkspartei.PDS)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich werde mich jetzt bemühen, zur Sachlichkeit beizutragen.

(Unruhe)

**Präsident Herr Steinecke:**

Wir hören allen zu. Bisher haben Sie allen diszipliniert zugehört. Ich bitte darum, dass man auch dem Kollegen Kosmehl zuhört, ob es einem passt oder nicht. Ich bitte Sie, sich daran zu halten.

(Zustimmung bei der CDU)

**Herr Kosmehl (FDP):**

Herr Präsident, vielen Dank. - Ich bin darum bemüht, im Folgenden zur Sachlichkeit zurückzukommen, um vielleicht auch die Fragestellung der Fraktion der Linkspartei.PDS ein Stück weit zu entkräften und vielleicht dabei mitzuholen, Missverständnisse aufzuklären.

Meine sehr geehrten Damen und Herren von der Fraktion der Linkspartei.PDS, Ihre Anfrage ist nicht neu. Sie ist zusammengetragen worden

(Herr Felke, SPD: Sachsen!)

aus den Anfragen der Linksfraktion im Sächsischen Landtag und der PDS-Fraktion im Kreistag von Delitzsch. Das merkt man daran, dass Ihnen zum Beispiel bei der Frage Nr. 2 c derselbe Rechtschreib- bzw. Inhaltsfehler unterlaufen ist wie den Kollegen im Kreistag von Delitzsch. Sie haben nämlich das US-Flugzeug als MT-11 bezeichnet, obwohl man wissen müsste, dass das eine McDonnell Douglas, also eine MD-11 ist.

(Herr Borgwardt, CDU: Zufall!)

Gut, wenn man nun einmal nur „copy past“ macht, dann passiert es eben, dass man auch die Fehler übernimmt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sie hätten aber merken müssen, dass die Fluggesellschaften, die Sie kritisieren und die Sie, Herr Heft, immer wieder als amerikanisch darzustellen versuchen, zivile Luftfahrtgesellschaften mit ordnungsgemäßen Genehmigungen sind. Wir können also nicht davon ausgehen, dass dort die amerikanische Armee operiert, sondern es sind zivile Luftfahrtgesellschaften, die an dieser Stelle operieren. Das ist zum einen World Airways und zum anderen Ruslan Salis.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Damit wird zugleich der Verdacht entkräftet, dass Truppenstationierungen auf dem Gebiet der ehemaligen DDR passieren. Die sind dort nicht stationiert. Nehmen Sie zur Kenntnis, dass Sie im Rahmen von friedenssichernden Maßnahmen Nato-Partnern beispielsweise den Überflug und zum Auftanken durchaus auch eine Landung gestatten müssen.

Ein letzter Punkt, der auch im Zusammenhang mit der Frage des Flughafens zu sehen ist. Herr Gallert, Sie haben gesagt - ich habe mir das notiert -, Ihre Fraktion wäre mehrheitlich für den Neubau der Startbahn gewesen - wenn ich Sie richtig verstanden habe. Das kann ich nicht nachvollziehen, weil Ihre Fraktion im Ausschuss für

Finanzen beantragt hat, genau diese Mittel für den Neubau der Startbahn zu streichen, weil diese - so das Argument - dazu dienen würde, Antonows die Landung zu ermöglichen, was ohne die neue Startbahn nicht möglich wäre.

Das geht aber sehr wohl. Wer im Internet ein bisschen googelt oder was auch immer nutzt, der wird sehr schnell feststellen, dass eine Antonow eigentlich gar keine befestigte Piste braucht.

(Herr Borgwardt, CDU: So ist das!)

Genau das ist nämlich eine Eigenschaft, die dieses Flugzeug so interessant macht.

(Zuruf von Herrn Heft, Linkspartei.PDS)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die neue Startbahn am Flughafen Leipzig-Halle brauchen wir, um zwei voneinander unabhängige Start- und Landebahnen zu haben, um den Luftverkehr, der sich hoffentlich weiterentwickelt

(Zustimmung von Minister Herrn Dr. Daehre)

und der sich insbesondere im Frachtbereich weiterentwickelt, abwickeln zu können. Das hat kausal weder etwas mit der Ruslan Salis noch mit der World Airways zu tun. Es geht lediglich darum, dass man zwei voneinander unabhängige Start- und Landebahnen hat. Das ist gut für die Entwicklung unseres Flughafens.

(Beifall bei der FDP - Zustimmung von Herrn Stahlknecht, CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit dieser Bemerkung würde ich gerne schließen.

Man kann bei der Frage von Krieg und Frieden und bei der Frage der militärischen Einsätze unterschiedlicher Meinung sein. Aber ich halte es für schwierig, wenn in einer Debatte die Argumentation, die Sie führen, die offensichtlich falsch ist - ich nehme den Begriff, den Sie neuerdings für den Flughafen Leipzig-Halle verwenden, nicht in den Mund -, dazu führt, dass das Renommee dieses Flughafens, unseres Flughafens und das Renommee Mitteldeutschlands und damit auch des Landes Sachsen-Anhalt und seiner Verfassung beschädigt werden und geschränkt werden.

(Zustimmung von Minister Herrn Dr. Daehre)

Davor sollten wir alle uns hüten. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP - Zustimmung bei der CDU und bei der SPD)

#### Präsident Herr Steinecke:

Vielen Dank für Ihren Beitrag, Herr Kosmehl. Es gibt eine Nachfrage von Frau Dr. Klein. Wollen Sie diese beantworten?

#### Herr Kosmehl (FDP):

Natürlich, Herr Präsident.

#### Präsident Herr Steinecke:

Natürlich. Das glaube ich Ihnen aufs Wort.

#### Herr Kosmehl (FDP):

Ich mache es kurz, Herr Präsident.

#### Frau Dr. Klein (Linkspartei.PDS):

Ich mache es ebenfalls ganz kurz, Herr Kosmehl. Wenn das Ansehen unseres Flughafens Leipzig-Halle also von allen hoch geachtet werden soll, warum soll dann die Bevölkerung nicht darüber informiert werden, was dort passiert? Das gehört doch dazu. Es geht doch nur um die Information darüber.

(Zurufe von der CDU)

Daraus erwächst doch auch das Ansehen. Darüber muss man doch nur informieren.

#### Präsident Herr Steinecke:

Kurze Frage, kurze Antwort. Bitte schön, Herr Kosmehl.

#### Herr Kosmehl (FDP):

Die Bevölkerung hat natürlich ein Interesse daran zu erfahren, was auf dem Flughafen Leipzig-Halle passiert. Das sind Flugbewegungen, nämlich Starts und Landungen von Maschinen unterschiedlichen Typs.

(Herr Borgwardt, CDU: Genau so ist das!)

Sie können gern nach dem Flugplan fragen und Sie können sich gern darüber informieren, wie viele Personen dort mitfliegen, sofern Ihnen das unter Wahrung des Datenschutzes gesagt wird. Auch wenn Sie von Leipzig nach Düsseldorf fliegen, erfahren Sie aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht, wie viele Personen an Bord sind. Dann ist es doch gut.

Wichtig ist für mich doch nur - auch das möchte ich Ihnen sagen -, dass sich der Flughafen Leipzig-Halle an Recht und Gesetz hält. Er tut dies, indem er zugelassenen privaten Luftfahrtgesellschaften, die im Übrigen auch die Lärmschutzregelungen, die es im Planfeststellungsbeschluss gibt, einhalten, die Start- und Landeerlaubnis erteilt und damit Recht und Gesetz vollzieht. Somit gibt es keinen Grund zur Kritik an unserem Flughafen Leipzig-Halle, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP - Zustimmung bei der CDU und bei der SPD)

#### Präsident Herr Steinecke:

Vielen Dank, Herr Kosmehl. - Herr Köck hat auch eine Frage.

#### Herr Kosmehl (FDP):

Ich würde auch diese gern beantworten.

#### Präsident Herr Steinecke:

Das weiß ich. Das ist doch klar. - Bitte sehr, Herr Köck.

#### Herr Dr. Köck (Linkspartei.PDS):

Sie haben die Normalität des Flugverkehrs in Leipzig betont. Halten Sie es für normal, dass an einem Märztag des vergangenen Jahres der Nato-Generalsekretär und der Bundesverteidigungsminister in Leipzig auf der Rollbahn ein großes Treffen mit einem riesigen Tross von Journalisten veranstalten, nur um eine zivile Fluggesellschaft mit Sitz in der Ukraine auf dem Leipziger Flughafen zu begrüßen?

(Herr Tullner, CDU: Ja, das ist normal!)

**Präsident Herr Steinecke:**

Bitte schön, beantworten Sie die Frage. Das ist sicherlich sehr zügig zu machen.

**Herr Kosmehl (FDP):**

Ja. - Herr Köck, das ist meine persönliche Meinung: Einen solchen Rummel auf dem Flughafen muss ich nicht jeden Tag haben; aber ich finde es auch nicht verwerflich, wenn bei dem Beginn der Zusammenarbeit der Ruslan Salis mit verschiedenen Ländern, die der Nato angehören, auch Vertreter dieser Länder dabei sind.

(Herr Dr. Köck, Linkspartei.PDS: Warum waren Sie nicht da?)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Jetzt kommen wir zu der ursprünglichen Frage: Wollen Sie, dass es die Nato überhaupt gibt, dass sie aktiv ist, dass sie friedenssichernd eingreift?

(Frau Dr. Klein, Linkspartei.PDS, schüttelt den Kopf)

- Frau Dr. Klein schüttelt den Kopf. Sie soll also nicht friedenssichernd eingreifen. Ich finde schon, dass sie friedenssichernd eingreifen sollte. Deshalb halte ich es auch nicht für verwerflich und auch nicht für kritikwürdig, dass an einem solchen Tag auch Repräsentanten vor Ort sind. Das passiert in unserer Republik, in Deutschland und in der Welt sehr häufig. Ich glaube, dass sollten wir nicht als ein besonderes Merkmal hervorheben.

**Präsident Herr Steinecke:**

Vielen Dank, Herr Kosmehl. Weitere Wortmeldungen zu Zwischenfragen sehe ich nicht.

Jetzt erteile ich Herrn Rothe von der SPD-Fraktion das Wort. Bitte schön. Dann erhält Herr Heft die Möglichkeit zu einem Schlusswort.

**Herr Rothe (SPD):**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich löse mich einmal von dem eher technokratischen Beitrag, den ich vorbereitet hatte.

Herr Dr. Köck, Sie haben eben erwähnt, dass Nato-Militärs in Uniform bei der Eröffnung des Betriebs für die Firma Ruslan Salis in Leipzig auf dem Flughafen waren. Vorausgegangen ist eine Ausschreibung, in der die Nato für die Lufttransportkapazität, die sie angesichts der neuen sicherheitspolitischen Anforderungen braucht, nach großen Flugzeugen Ausschau gehalten hat.

Wir haben bisher die Systeme Transall und Herkules, die nicht geeignet sind, übergröße und überschwere Lasten zu transportieren. Man braucht eine solche Luftverlegekapazität für Afghanistan und andere Orte in der Welt, wo unter Umständen auch schnell eingegriffen werden muss.

Die Nato hat einen Auftrag ausgelöst für eine militärische Version des Airbus A 400, den Airbus A 400 M. Diese Flugzeuge stehen frühestens ab dem Jahr 2010 zur Verfügung. Sie werden dann stationiert auf westdeutschen Luftwaffenstützpunkten, nämlich in Wunstorf und Hohn. Das heißt, es geht um eine Übergangslösung.

Nach der erfolgten Ausschreibung hat diese zivile Gesellschaft, die Tochter eines anderen, eines russischen Unternehmens mit Kooperationsbeziehungen zu Antonow, diesen Auftrag erhalten.

Die Einsätze zu Nato-Zwecken sind doch nicht verwerflich. Der Einsatz in Afghanistan ist völkerrechtskonform. Wenn Sie die Diskussion beschränkt hätten auf die Frage, ob denn unter Umständen auch Logistik- oder Mannschaftstransporte nach Irak über Leipzig stattfinden - solche Erkenntnisse liegen mir nicht vor -, dann hätte ich für diese Diskussion Verständnis. Sie aber finden das Ganze schlimm, weil es die Nato ist. Das ist der Grundton, das ist der Subtext in Ihren Ausführungen. Das ist das, was ich wirklich enttäuschen finde.

Wir haben im Frühjahr 1999 hier im Landtag die Diskussion über den Kosovo-Konflikt und das damalige militärische Eingreifen der Nato gehabt. Herr Kosmehl hat schon daran erinnert. Es war richtig, dass die Nato damals eingegriffen hat, um das Morden zu beenden.

Wir haben uns als Sozialdemokraten in den Jahren nach der Gründung der Bundesrepublik schwer getan mit der Wiederbewaffnung und auch mit der Nato-Integration. Im Jahr 1960 hat Herbert Wehner im Deutschen Bundestag dann ein Bekenntnis zur Nato abgelegt. Damit ist die Nato auch von uns sozusagen begriffen worden als das, was sie ist, als ein Bündnis freier Völker zur Sicherung des Friedens, das an und für sich gut ist.

Das heißt, es ist nicht der Regelfall, dass es schlecht ist und im Ausnahmefall gut, wie es Ihnen erscheint, sondern es ist so, dass es im Regelfall richtig ist und dass man darüber reden muss, ob im Einzelfall etwas schief läuft. Ich füge aber auch hinzu: Der Irak-Krieg ist kein Nato-Einsatz. Und was in Afghanistan geschieht, ist - ich sage es noch einmal - völlig völkerrechtskonform.

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und bei der FDP)

Dazu sage ich auch Folgendes. Sie haben mehrfach die Deutsche Demokratische Republik zitiert. Ich erinnere mich, wie diese sich damals verhalten hat, als die Sowjetunion im Dezember 1979 völkerrechtswidrig in Afghanistan einmarschiert ist.

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und bei der FDP)

Ich hatte wenige Monate später, anlässlich einer Reise in die DDR, die ich als Westdeutscher unternommen habe, ein Gespräch mit einer FDJ-Bezirkssekretärin für Agitation und Propaganda.

(Zuruf von Herrn Tullner, CDU)

Sie hat mir dann am Ende dieses persönlichen Gespräches zugebilligt, dass es wohl einen Verstoß gegen das Völkerrecht gebe, dass aber dieser Krieg in Afghanistan, den die Sowjetunion führe, gleichwohl legitimiert sei, weil es darum gehe, den Rückfall in eine Feudalgesellschaft zu verhindern, und weil das Verhindern eines solchen Rückfalls und das Sichern der Entwicklung hin zum Sozialismus letztlich dem Weltfrieden diene.

(Herr Tullner, CDU: Das hat auch in der „Jungen Welt“ gestanden!)

Und dann habe ich auch hier vor Ort Plakate gesehen, auf denen stand: „Je stärker der Sozialismus, desto sicherer der Frieden!“ Das war im Jahr 1980. Das war

eben damals die Überlagerung des Völkerrechts durch eine ideologische Sicht, die die weltweite Verbreitung des Sozialismus als friedensschaffend verstand.

(Zustimmung von Minister Herrn Dr. Daehre und von Herrn Tullner, CDU - Zuruf von Herrn Gallert, Linkspartei.PDS)

Ich erwarte von Ihnen, dass Sie bei diesem Thema eine gewisse Sensibilität an den Tag legen. Ich frage mich, warum Sie das ohne Not hier im Landtag auf die Tagesordnung setzen. Sie haben - anders als die SPD - Ihr außenpolitisches Godesberg noch vor sich. Ich wünsche Ihnen durchaus, dass Sie eines Tages auch auf Bундesebene koalitionsfähig sein werden. Derzeit sind Sie es definitiv nicht.

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und bei der FDP - Herr Tullner, CDU: Es möge dauernd so bleiben! - Herr Stahlknecht, CDU: Es wird nicht anders werden!)

#### **Präsident Herr Steinecke:**

Vielen Dank für Ihren Beitrag, Herr Rothe. Es gibt eine Nachfrage von Frau Dr. Klein. - Frau Dr. Klein, bitte sehr.

#### **Frau Dr. Klein (Linkspartei.PDS):**

Herr Präsident, es ist keine Frage, es ist eine Kurzintervention.

#### **Präsident Herr Steinecke:**

Sie intervenieren, bitte schön.

#### **Frau Dr. Klein (Linkspartei.PDS):**

Herr Rothe, ich gebe Ihnen völlig Recht. Das Verhalten der DDR im Jahr 1979 ist bei uns aufgearbeitet worden. Ich muss sagen, wir vertreten heute aus diesem Grunde, eben weil es damals ein grundlegender Fehler war, diesen Weg zu gehen, eine andere Position und sagen: Es muss reiflich überlegt werden, wo und wann solche Einsätze passieren. Ich gebe Ihnen darin völlig Recht.

Aber: Herr Heft bezog sich auf den Zwei-plus-vier-Vertrag. Er hat nicht über die historische Sicht auf die DDR gesprochen. Er sprach über den Zwei-plus-vier-Vertrag, den die damalige DDR-Regierung unter de Maizière mit der Bundesregierung und den vier Nachfolgestaaten geschlossen hat. Nur in diesem Zusammenhang hat er überhaupt darauf Bezug genommen. Das wollte ich richtig stellen zu Ihrer Einschätzung.

#### **Präsident Herr Steinecke:**

Vielen Dank für Ihre Intervention. - Herr Rothe, Sie müssen darauf nicht antworten.

#### **Herr Rothe (SPD):**

Ich würde gern kurz etwas zum Zwei-plus-vier-Vertrag anmerken, Herr Präsident.

#### **Präsident Herr Steinecke:**

Bitte schön.

#### **Herr Rothe (SPD):**

Dieser hat die dauerhafte Stationierung

(Zustimmung von Herrn Kosmehl, FDP)

von ausländischen Streitkräften oder Atomwaffen in der ehemaligen DDR zum Gegenstand. Eine solche Art der Stationierung findet hier nicht statt, sondern es handelt sich um Dienstleistungen, die durch einen zivilen Auftragnehmer mit zivil zugelassenen Luftfahrzeugen erbracht werden. - Danke.

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und bei der FDP)

#### **Präsident Herr Steinecke:**

Vielen Dank, Herr Rothe. - Jetzt hat noch einmal Herr Heft von der Linkspartei.PDS das Schlusswort. - Herr Heft verzichtet darauf.

Meine Damen und Herren! Damit sind wir am Ende der Aussprache zur Großen Anfrage. Gemäß § 43 Abs. 6 der Geschäftsordnung werden Beschlüsse zur Sache nicht gefasst. Damit ist der Tagesordnungspunkt 2 abgeschlossen. - Vielen Dank.

Bevor ich an meinen Kollegen Dr. Fikentscher übergebe, möchte ich noch Schülerinnen und Schüler der Berufsbildenden Schulen Quedlinburg begrüßen. Herzlich willkommen!

(Beifall im ganzen Hause)

#### **Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:**

Meine Damen und Herren! Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 15** auf:

Beratung

**Einbeziehung der Denkschrift des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland zur Armut in Deutschland „Gerechte Teilhabe - Befähigung zur Eigenverantwortung und Solidarität“ in die parlamentarische Debatte zur Zukunft Sachsen-Anhalts**

Antrag der Fraktion der Linkspartei.PDS - **Drs. 5/477**

Alternativantrag der Fraktionen der CDU und der SPD - **Drs. 5/500**

Ich bitte nun Frau Bull von der Linkspartei.PDS, diesen Antrag einzubringen. Bitte schön.

#### **Frau Bull (Linkspartei.PDS):**

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich kann mir gut vorstellen, dass der Ihnen vorliegende Antrag sehr unterschiedliche Gefühle und Reaktionen ausgelöst hat. Damit meine ich nicht zuerst die parteipolitischen Befindlichkeiten, sondern ich meine die Gefühle von Christinnen und Christen in diesem Parlament. Ich denke, deshalb bedarf der Antrag einer Vorbemerkung.

Meine Damen und Herren! Die politische Klasse der DDR empfand gelebte und lebendige Demokratie nicht als Grundlage eines modernen menschlichen Zusammenlebens, nicht als Quelle gesellschaftlicher und individueller Entwicklungen und auch nicht als eines der Grundrechte von Bürgerinnen und Bürgern. Sie empfand

sie als Bedrohung. Sie hielt ihre Weltanschauung für die allein selig machende und empfand alle anderen Sichten auf die Welt und auf das Dasein als Teufelszeug und feindliche Absicht.

Meine Damen und Herren! Schon allein das ist nicht unbedingt ein politisches Erbe, mit dem es sich heutzutage leicht und unbekümmert leben, diskutieren und in die Diskussionen einbringen lässt.

Ein Guteil meiner Kolleginnen und Kollegen und ich selbst auch trugen damals Verantwortung, mehr oder weniger. Das eigentliche Problem war aber nicht so sehr die Denkweise; denn in einer funktionierenden Demokratie hätte das nur zur Marginalisierung einer solchen Partei beigetragen.

Die Abwesenheit demokratischer Institutionen, demokratischer Rechte hatte dagegen für viele Andersdenkende, die die Konsequenz und den Mut besaßen, sich auch laut und unmissverständlich zu widersetzen, fatale Folgen. Diese waren politischer Druck, die Behinderung von individuellen beruflichen Karrieren und Ausgrenzung bis hin zu politischer Verfolgung durch das Strafrecht der DDR.

Diese Konsequenz, meine Damen und Herren, und diesen Mut besaßen bei Weitem nicht alle, die das heute für sich manchmal recht unbekümmert in Anspruch nehmen. Genau genommen ist es ein weiteres Armutzeugnis; denn in Anwesenheit demokratischer Grundrechte wären es mehr gewesen.

Man kann heutzutage nicht ehrlich demokratische Prozesse, demokratische Defizite kritisieren, wenn man nicht auch in dieser Form kritisch zu seiner eigenen Verantwortung stehen kann. Demokratie ist nun einmal kein Paradies, sondern schwere Arbeit.

Ich möchte Ihnen aber auch ganz klar sagen: Sie werden sich durch die berechtigte Kritik, durch den berechtigten Verweis auf unsere Vergangenheit nicht ein ganzes politisches Leben lang einer rationalen Diskussion darüber entziehen können,

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

was Demokratie heute ist und wo heute die Schwierigkeiten und Spannungsfelder von Demokratie sind, meine Damen und Herren.

Es mag deshalb gewöhnungsbedürftig sein, dass ausgerechnet meine Fraktion darum bemüht ist, den Rat der Evangelischen Kirche hier in die Debatte zur Zukunft Sachsen-Anhalts einzubringen. Ich möchte Ihnen gegenüber auch gern zugeben, dass uns dabei durchaus Skrupel umgetrieben haben.

Wir haben uns dennoch für diesen Antrag entschieden, weil es eine Chance ist, auf der Grundlage eines sachlichen politischen Austausches mit Christinnen und Christen ins Gespräch zu kommen, jeweils andere Positionen kennen zu lernen, Beweggründe kennen zu lernen, auch Berührungsängste abzubauen und dies mit Respekt gegenüber dem jeweils anderen zu tun. Nehmen Sie es als ein Angebot derjenigen, die unter Umständen auch dazugelernt haben können.

Meine Damen und Herren! Die Armut hat ein schlechtes Image. Das ist ein recht vieldeutiger Satz: zum einen, weil er oft genug einen entscheidenden Verzicht auf mögliche Lebensqualität, auf Lebensperspektiven, auf Autonomie und auf Selbstbestimmung bedeutet. Auch Eigenverantwortung bleibt oft genug eine Illusion, weil

schlichtweg nichts mehr eigenständig zu verantworten ist. Armut bedeutet oft genug auch, sich als randständig zu fühlen.

Zum anderen hat Armut aus der Perspektive der Gesellschaft den Nachteil, dass der soziale Zusammenhalt dadurch gefährdet ist und dass die Gefahr extremer Polarisierungen besteht; das geht immer mit Intoleranz, Gewalt und Verlust an Demokratie und Zivilgesellschaft einher.

Meine Damen und Herren! Es ist so. Es gibt einen Zusammenhang zwischen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewaltbereitschaft einerseits und prekären Lebenslagen von Menschen andererseits. Das ist sehr wohl kein platter Automatismus. Er lässt noch sehr viele Fragen offen. Das möchte ich auch gern zugeben.

Die Bekämpfung von Armut ist aber ein Gewinn für alle; denn eine Gesellschaft mit zunehmender Polarisation und mit wachsendem sozialen Sprengstoff ist allemal der ideale Nährboden für autoritäre Wünsche und Gedankenspiele, die bekanntlich nicht nur am Stammtisch ihre Väter haben und die auch noch nie Motor wirklicher moderner Entwicklung waren.

(Herr Tullner, CDU: Aber manchmal auch Mütter!)

Einer der bedeutenden zivilgesellschaftlichen Akteure hat sich im Sommer des letzten Jahres zu Wort gemeldet. Die Evangelische Kirche in Deutschland hat ihre Denkschrift „Gerechte Teilhabe - Befähigung zu Eigenverantwortung und Solidarität“ vorgelegt. Sie präsentiert sich dabei nicht als moralisierende Institution und auch nicht als Missionarin in eigener Sache, sondern sie diskutiert ihre Sicht auf die Dinge und vor allem: Sie unterbreitet konkrete Vorschläge, äußert sich zu schwierigen Spannungsfeldern und stellt schwierige Fragen.

All das ist es allemal wert, auch bzw. gerade von der Politik diskutiert zu werden. Jede Partei, jede Fraktion wird da allemal Konsens- und Dissenspunkte finden. Wir teilen beispielsweise die große Skepsis, ob die Grundsicherung in Deutschland tatsächlich eine armtsfeste ist, darunter beispielsweise auch die Kritik an der Methodik zur Berechnung des Regelsatzes im Sozialrecht.

Wir teilen die Kritik daran, dass es vor allem Leistungsträgern in der Gesellschaft in den letzten Jahren ermöglicht worden ist, sich aus der Verantwortung für die Finanzierung des Sozialstaates zu stehlen, wenngleich das nicht alle für sich wahrnehmen. Wir teilen die Diagnose, dass das Bildungssystem nicht nur die soziale Herkunft zum Maß der Dinge im Bildungserfolg macht; mit anderen Worten: Unsere Schule korrigiert nicht nur nicht soziale Benachteiligungen, sondern sie reproduziert sie auch noch.

Auseinandersetzungen, meine Damen und Herren, münden selbstverständlich nicht immer nur in Übereinkunft oder Gemeinsamkeit. Es gibt natürlich auch Dissenspunkte. Ich möchte nur einen herausgreifen. Es ist die Frage nach den Formen des familiären Zusammenlebens.

Nach Überzeugung der evangelischen Kirche ist es die Ehe, die die am besten geeignete Form des Zusammenlebens von Frauen und Männern ist. Das ist nicht meine Überzeugung.

Wenn man überhaupt eine Wertehierarchie zwischen den Formen des Zusammenlebens herstellen möchte

- das gibt es meinetwegen nicht, weil ich finde, das sollte jeder für sich selbst entscheiden -, dann müssen zunächst gleiche Ausgangspositionen hergestellt werden, damit eine wie auch immer geartete Vergleichbarkeit überhaupt Sinn macht.

Meine Position ist dennoch eine andere. Ich spreche mich ausdrücklich für die Gleichwertigkeit aller Lebensformen aus, die darauf gerichtet sind, Verantwortung füreinander zu übernehmen, unabhängig davon, ob das Alleinerziehende sind, schwule und lesbische Paare, Patchwork-Familien, Regenbogen-Familien, was auch immer.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Eine andere Frage ist, welche Lebensformen besonders geschützt werden sollen. Da sage ich: das Zusammenleben mit Kindern - in welcher Form auch immer.

Meine Damen und Herren! Die Denkschrift der EKD enthält relativ konkrete Angebote an die Politik. Ich kann diese hier natürlich nur stichwortartig darstellen. Es sind die Rolle der frühkindlichen Bildung gerade für Kinder in prekären Lebenslagen, die Überwindung der frühkindlichen Selektion in der Schule, die Stärkung von Elternkompetenz, Vereinbarkeit von Beruf und Familie, das Für und Wider von Niedriglohnsektoren und Kombimodellen, eine stärkere Steuerfinanzierung der sozialen Sicherungssysteme.

Die große Stärke der Denkschrift ist nach meinem Dafürhalten, dass sie die Bekämpfung von Armut bei Weitem nicht nur als eine Frage von Barmherzigkeit empfindet, um einmal in den Worten der Einbringerin der Denkschrift zu sprechen. Vielmehr fragt sie nach dem Funktionieren der Gesellschaft insgesamt in all ihrer Verflechtenheit, in all ihrer Komplexität. Sie berührt genau genommen die Frage: In welcher Gesellschaft leben wir und in welcher Gesellschaft wollen wir leben? Sie wartet nicht mit einfachen Lösungen auf, sondern zeigt Spannungsfelder auf.

Meine Damen und Herren! Ich hatte am Anfang darüber gesprochen: Nur in einer Demokratie können sich zivilgesellschaftliche Strukturen entwickeln, können diese Akteure wiederum einen Beitrag leisten, um eine öffentliche Diskussion in Gang zu bringen, den Meinungsaustausch zu fördern. Dazu bedarf es gesellschaftlicher Plattformen - das ist keine Frage -, und zwar solcher Plattformen, die politische Signale für die Auseinandersetzungen senden, die Anregungen geben. Nicht zuletzt werden politische Vorschläge auf diese Art und Weise aufgewertet und transportiert. Die, die sie erarbeiten und abgeben, werden gestärkt.

Alles in allem bedeutet es: Stärkung der Zivilgesellschaft, Stärkung von lebendiger Demokratie auch nach unserer Auffassung. Wir denken auch, das Parlament, also wir, haben dabei eine ganz große Verantwortung, weil nun einmal das Parlament die Plattform ist, auf der sich Parteien auf halbwegs sachlicher Basis begegnen.

(Zustimmung bei der Linkspartei.PDS)

Das passiert natürlich nicht in politisch homogenen Landesverbänden - also es fragt sich, ob wir politisch homogen sind -,

(Heiterkeit bei der Linkspartei.PDS)

aber generell.

Es ist eine Plattform, die sehr nahe an politischen Prozessen ist, mehr als Landesverbände, und die natürlich - das liegt in der Natur der Sache - eine hohe Gestaltungsmacht besitzt, die von deutlich höherem medialen Interesse ist als andere Institutionen.

Nun mag es vielleicht nicht üblich sein, meine Damen und Herren, dass wir uns auf diese Papiere beschränken; aber die Frage der Üblichkeit beantwortet uns noch nicht die Frage, ob das nun unbedingt zu unseren Stärken oder zu unseren Schwächen gehört.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

In diesem Sinne werbe ich dafür, unser Angebot anzunehmen, in den Ausschüssen darüber zu diskutieren.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

**Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:**

Vielen Dank, Frau Bull. - Nun erteile ich Frau Ministerin Dr. Kuppe das Wort. Bitte schön.

**Frau Dr. Kuppe, Ministerin für Gesundheit und Soziales:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Herren und Damen Abgeordneten! Der Antrag der Linkspartei.PDS könnte, was die Aufforderung an die Landesregierung in Punkt 2 des Antrages anbetrifft, glatt mit einem Satz von mir beantwortet werden: Natürlich, selbstverständlich wird die Landesregierung dieser bemerkenswerten und sehr inhaltsreichen Denkschrift des Rates der EKD die notwendige Beachtung und die Aufmerksamkeit schenken, die sie verdient, und sie wird die Empfehlungen dieser Denkschrift in die Vorbereitung von Weichenstellungen für politische Entscheidungen der Landesregierung einfließen lassen.

Das ist klar, und ich glaube, davon werden auch Sie ausgehen, Frau Bull. Zumindest vermute ich das aufgrund der Kenntnis, die Sie von unserer Handlungsweise haben.

Ich kann Ihnen auch versichern, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter meines Hauses diese Denkschrift schon vor Monaten nicht nur zur Kenntnis genommen, sondern auch gelesen haben.

(Zustimmung von Herrn Tullner, CDU)

Die Denkschrift ist auch Grundlage von Entscheidungsvorbereitungen, die derzeit in unserem Haus getroffen werden.

Es stellt sich aber für mich und auch für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter meines Hauses die Frage, warum die Positionierung zu Thesen eines einzelnen Akteurs zum Thema Armut, auch wenn es sich zweifellos um eine ganz fundierte Grundlage handelt, eine derart prominente und herausgehobene Behandlung durch zwei Verfassungsorgane rechtfertigt. Sowohl der Landtag als auch die Landesregierung sollen sich herausgehoben mit dieser Denkschrift befassen.

Neben der EKD äußern sich aber die Mitgliedsverbände der Liga der Freien Wohlfahrtspflege vor allem über die von ihnen gebildete Armutskonferenz, der Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge, die Deutsche Bischofskonferenz, die Gewerkschaften, viele andere Verbände und vor allem die Wissenschaft in Form einer Vielzahl von Gremien und Experten ebenso qualifiziert

und auch kontinuierlich, wenn auch mit unterschiedlichen Akzentuierungen, zum Thema Armut und zum Thema Weiterentwicklung des Sozialstaates.

Auch diese Publikationen und Stellungnahmen erfahren natürlich unsere Würdigung und unsere Beachtung und fließen auch in die Vorbereitung von politischen Weichenstellungen der Landesregierung ein. Deswegen verwundert mich schon die Vorgehensweise der Linkspartei.PDS.

Mich verwundert auch die in Ihrem Antrag beschriebene Vorgehensweise, dass sich nämlich die Landesregierung nur zu dieser Denkschrift explizit positionieren soll. Wir werden andersherum verfahren, Frau Bull. Das will ich dem Landtag auch noch einmal deutlich sagen. Wir werden all diese Stellungnahmen und Vorschläge, die uns zum Thema Armutsprävention und Weiterentwicklung des Sozialstaates vorliegen, in die Diskussionen zur Weiterentwicklung des sozialpolitischen Programms für Sachsen-Anhalt „Sachsen-Anhalt sozial 2020“ einfließen lassen. Die Grundlagen für diese Weiterentwicklung des Programms werden derzeit erarbeitet.

Wir werden dann alle zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteure im Land Sachsen-Anhalt in die Debatte zu den Vorschlägen für ein Programm „Sachsen-Anhalt sozial 2020“ einbeziehen, natürlich auch die Vertreterinnen und Vertreter der Kirche und insbesondere der evangelischen Kirche - Sie, Herr Steinhäuser, hören das vermutlich mit Wohlgefallen -, aber eben auch alle anderen zivilgesellschaftlichen Kräfte in unserem Land. Ich will eine breite Debatte. Ich will die Vielfalt in unserer demokratischen Ordnung für die Weiterentwicklung des Sozialstaates nutzen.

Deswegen: Ja, die Denkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland ist eine gute Grundlage, aber sie gehört als Baustein in den Kontext anderer Studien, Stellungnahmen und Denkschriften, die uns vorliegen. Sie wird den ihr gebührenden Platz einnehmen. Deswegen bitte ich um Annahme des Alternativantrages der Koalitionsfraktionen.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

#### **Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:**

Vielen Dank, Frau Ministerin Kuppe. - Nun spricht für die SPD-Fraktion Frau Grimm-Benne. Bitte schön.

#### **Frau Grimm-Benne (SPD):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren Kollegen! „Armut in einem reichen Land ist mehr als nur eine Herausforderung, sie ist ein Skandal.“

(Zustimmung bei der Linkspartei.PDS)

Dieser Satz von Bischof Huber im Zuge der Veröffentlichung der ersten Denkschrift des Rates der Evangelischen Kirche zur Armut in Deutschland hat im letzten Sommer, im Juni 2006, starke Beachtung gefunden. Aber auch die Armutsstudien des paritätischen Wohlfahrtsverbandes, des Deutschen Roten Kreuzes, der Arbeiterwohlfahrt haben immer wieder darauf aufmerksam gemacht, dass in diesem reichen Deutschland immer mehr Kinder und Jugendliche arm sind.

Daraufhin hat unsere Fraktion im August vergangenen Jahres im Wege des Antrags auf Selbstbefassung insbesondere den Fokus auf Kinder und Armut auch gerade in Sachsen-Anhalt gesetzt. Wir haben am 13. Okto-

ber 2006 im Sozialausschuss eine umfangreiche Anhörung durchgeführt. Im Ergebnis - das hat die Ministerin schon ausgeführt - wird das nicht nur in einem Armuts- und Reichtumsbericht bzw. in einem so genannten Lebenslagenbericht fortgeführt werden, sondern wir haben auch die Verbände aufgefordert, Handlungsempfehlungen und sozialpolitische Konzeptionen zu entwickeln, wie man Kinder- und Jugendarmut bekämpfen kann.

In der Denkschrift der EKD wird festgestellt, dass es nicht genügt, das Handeln an den Bedürfnissen von heute oder auf eine einzige Legislaturperiode auszurichten, auch nicht allein an den Bedürfnissen der gegenwärtigen Generation. Kurzfristiges Krisenmanagement ist manchmal keine Alternative, das politische Handeln darf sich nicht darin erschöpfen.

Na, Gott sei Dank! Wir haben uns nicht nur mit unseren Schriften zu verschiedenen Themen „2020“ schon aufgemacht, sondern auch im Zusammenhang mit dem Grundsatzprogramm der SPD debattieren wir darüber, wie sich über langfristige Zeiträume der Sozialstaat entwickeln soll.

Als Mitglied der evangelischen Kirche sei mir der Hinweis erlaubt, dass ich im vergangenen Sommer gedacht habe: Endlich, endlich mischen sich auch die Kirchen in den gesellschaftlichen Diskurs ein. Dieser Aufgabe haben sie sich mit dem Sozialwort der Kirchen bereits im Jahr 1997 gestellt. Daher ist es gut, dass die Denkschrift seit dem letzten Sommer vorliegt.

Ich freue mich, dass an diesem Wochenende in Wittenberg der Zukunftskongress der evangelischen Kirche stattfindet. Dort redet man einmal nicht über Strukturen, sondern über die Zukunftsziele für die Kirche im 21. Jahrhundert.

Ich freue mich, dass die Kirchen jetzt endlich eine eindeutige Positionierung in der gesamtgesellschaftlichen Debatte um Chancengleichheit und Teilhabe vornehmen. Das haben wir immer eingefordert, und wir sind froh, dass die Denkschrift eine sorgfältige Differenzierung der Armutssproblematik vornimmt, dass sie klare und stringente Überlegungen zur Verbesserung von Teilhabemöglichkeiten beinhaltet und dass sie dazu aufruft, die Details der Umsteuerung im demokratischen Diskurs zu erarbeiten. Das machen wir gern.

Wir teilen die Auffassung, dass vor allem Bildungs-gerechtigkeit der Schlüssel zur gesellschaftlichen Teilhabe ist und zur Eigenverantwortung befähigen kann. Es ist heute schon ein paar Mal angesprochen worden: Wir erarbeiten in diesem Jahr das sozialpolitische Gesamtkonzept „Sachsen-Anhalt sozial 2020“. Die Liga der Freien Wohlfahrtspflege hat uns bereits zu einem Dialog im Wege eines Sozialforums am 13. Februar 2007 aufgefordert. Sie will mit uns darüber diskutieren, wie nach ihrer Auffassung die sozialpolitische Gesamtkonzeption in diesem Land aussehen kann.

Ich freue mich - so verstehe ich auch unseren Alternativantrag -, dass wir die Denkschrift zur Kenntnis nehmen

(Herr Höhn, Linkspartei.PDS: Das lässt sich nicht vermeiden! Sie steht ja in der Zeitung! - Heiterkeit bei der Linkspartei.PDS)

und die Kirchen gleichzeitig auffordern, mit uns in den Dialog zu treten. Wir nehmen gern auch die Anregungen der Kirchen auf, die wir selbstverständlich in diese Kon-

zeption einfließen lassen werden. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Zustimmung bei der SPD und bei der CDU)

**Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:**

Vielen Dank, Frau Grimm-Benne. - Nun erteile ich Frau Dr. Hüskens das Wort.

**Frau Dr. Hüskens (FDP):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich muss gestehen, ich habe mit dem Antrag Schwierigkeiten gehabt. Als ich ihn auf den Schreibtisch bekommen habe, habe ich zunächst gedacht, die CDU hätte ihn gestellt und wollte noch einmal ihre christliche Position - sage ich einmal - bestätigen. Dann habe ich aber gesehen, dass es die PDS war.

Ich habe überlegt, warum der Antrag jetzt kommt; denn wir haben unsere Positionen im Zusammenhang mit der Armutsdiskussion, die wir hier im Landtag geführt haben, eigentlich inhaltlich ausgetauscht und dargestellt. Ich glaube, wir haben die Debatte alle als wichtig und fruchtbringend betrachtet. Im Endeffekt haben wir heute von Frau Grimm-Benne, von Frau Bull, aber auch von Frau Kuppe noch einmal in Kurzfassung das gehört, was wir uns damals gesagt haben.

Zu den Anträgen selbst: Der Alternativantrag sieht vor, dass wir das zur Kenntnis nehmen. Das haben wir ja jetzt getan. Es bleibt uns auch nichts anderes übrig. Wir haben es zur Kenntnis genommen. Der Antrag der PDS sagt, dass wir die Problemsichten zur Sicherung der Chancengleichheit thematisieren sollen. Auch das haben wir heute im Endeffekt bereits erledigt und gemacht.

Im Umkehrschluss frage ich einmal, ob wir als Parlament in einem christlich geprägten Land - das sind wir nach wie vor - christliche Positionen, seien sie von der evangelischen oder von der katholischen Kirche, überhaupt ignorieren können. - Das können wir gar nicht, weil alle von uns aus einer christlichen Gesellschaft kommen. Man kann sagen, man zahlt Kirchensteuer oder man zahlt sie nicht. Man kann sagen, man glaubt oder man glaubt nicht. Wir sind aber alle christlich sozialisiert und können meiner Meinung nach die Problemsichten, die die evangelische Kirche in ihrer Denkschrift aufgezeigt hat, gar nicht ignorieren oder zurückstellen.

Die Lösungsansätze, die in der entsprechenden Studie stehen, decken sich demzufolge auch sehr stark mit den Überlegungen, die wir im Landtag angestellt haben. Sie decken sich allerdings auch mit den Polen, die wir im Landtag haben.

Auch wenn ich in die christliche Lehre sehe, finde ich nicht nur eine Sicht auf die Dinge, sondern sehr unterschiedliche Ansätze. Wenn man einmal in die Bibel schaut - das lohnt sich immer, auch wenn man nicht glaubt -, dann finde ich im Matthäus-Evangelium den Satz:

„Schaut auf die Vögel des Himmels. Sie säen nicht und euer himmlischer Vater ernährt sie doch.“

Ich finde aber im zweiten Brief an die Thessalonicher auch:

„Wer nicht arbeiten will, soll auch nicht essen.“

Die christliche Kirche hat also eine enorme Spannbreite in der Herangehensweise, und demzufolge finden Sie in der Studie natürlich auch die ganz klare Aussage, dass wir um die Positionen ringen müssen. Wir finden aber keine eindeutigen Lösungsansätze.

Deshalb halte ich den Vorschlag von Frau Dr. Kuppe unter dem Strich für richtig. Wir sollten diesen Ansatz, aber natürlich auch die vielen anderen Lösungsansätze, die wir von den Gewerkschaften oder von den Arbeitgeberverbänden bekommen, in den Diskussionen berücksichtigen, die wir hier künftig führen müssen. Wir sollten versuchen, sie in unsere Diskussion einzubringen, was wir - das müssen wir der Ehrlichkeit halber auch sagen - schon die ganze Zeit tun. Wir sollten versuchen, möglichst innovative Ansätze für die Problemlösung zu finden. Ich glaube, dass wir uns in diesem Punkt einig sind.

Die FDP-Fraktion wird den Antrag der PDS-Fraktion ablehnen und den Alternativantrag der Regierungskoalition mittragen, wobei ich noch einmal sage, den hätten wir dann mit dem heutigen Tag bereits erledigt. - Ich danke Ihnen.

(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU)

**Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:**

Vielen Dank, Frau Dr. Hüskens. - Für die CDU-Fraktion spricht nun der Herr Fraktionsvorsitzende Scharf.

**Herr Scharf (CDU):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Auch mir ging es so, dass ich beim Lesen des Antrages noch einmal genau hingucken musste, von wem er denn eigentlich kommt.

(Herr Gallert, Linkspartei.PDS: Das haben Ihnen die eigenen Leute nicht verraten, haben Sie erst gedacht, was?)

Ich habe mich gefragt, wie die PDS eigentlich auf die Idee kommt, diesen Antrag im Landtag zu stellen. Vorhin habe ich mir dann überlegt, wer von der PDS sprechen wird. Ich weiß gar nicht, ob das eine schwierige Entscheidung unter Ihnen gewesen ist.

(Herr Gallert, Linkspartei.PDS: Bei uns sind bestimmte Dinge einfach, Herr Scharf! - Herr Tullner, CDU: Es wollte keiner! - Herr Gallert, Linkspartei.PDS: Doch, doch!)

- Das war nicht schwierig, okay. - Jetzt muss ich meinen Einstieg, den ich mir für die Rede gewählt hatte, doch noch einmal verändern.

(Herr Dr. Köck, Linkspartei.PDS: Wen hätten Sie denn erwartet?)

Also wenn zum Beispiel - das vermute ich einmal - Herr Krause, der heute nicht da ist - doch, ist er ja -, gesprochen hätte, dann hätte ich anders reagiert, als ich jetzt reagiere - Entschuldigung: reagiere -,

(Frau Bull, Linkspartei.PDS: Ein kleiner Unterschied!)

- ja, aber in der Koalition ist das schon so -

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

als Frau Abgeordnete Bull einen Einstieg wählte, indem sie ganz deutlich sagte, die PDS verhalte sich heute

ganz anders zu diesen Denkschriften, als es ihre Vorgängerorganisation zu DDR-Zeiten gemacht habe.

(Frau Weiß, CDU: Das ist doch wohl auch klar!)

- Das ist nicht immer so klar, Frau Abgeordnete Weiß. Wir haben hier im Landtag von Sachsen-Anhalt auch schon andere Reden gehört. Daran will ich auch erinnern. Ich will auch daran erinnern, dass eine dezidiert sehr kritische Haltung zu den Staatskirchenverträgen vorgelegen hat

(Frau Bull, Linkspartei.PDS: Das ist legitim!)

- das war schon hart an der Grenze -, dass wir in der Frage der Legitimität der Erteilung des Religionsunterrichtes hier schon harte Gefechte geführt haben

(Frau Bull, Linkspartei.PDS: Auch das ist legitim!)

- Frau Dr. Hein hat schon andere Reden gehalten; die waren sehr nahe an der Grenze des für uns Erträglichen - oder dass aus Ihren Reihen immer wieder auch rechtlich infrage gestellt wird, ob der Staat berechtigt sei, im Rahmen einer Dienstleistung Kirchensteuern einzuziehen.

(Unruhe bei der Linkspartei. PDS)

Sie haben hier wirklich schon ganz andere Redenszenarien vorgeführt, die mich doch zweifeln lassen, welches Gesicht die PDS denn nun hat, aus welchem Grund sich die PDS mit diesen Denkschriften beschäftigt und aus welchem Grund sich die PDS nun insbesondere mit dieser Denkschrift beschäftigt. Man hätte auch die anderen Denkschriften zitieren können.

Ich selbst bin auch evangelisch. Deswegen habe ich mir die Denkschrift schon sehr früh durchgelesen. Ich weiß nicht, ob Sie auch auf die Idee gekommen wären, heute einmal Enzykliken zur Vorstellung zu bringen.

(Frau Bull, Linkspartei.PDS: Die darf man ja nicht diskutieren!)

- Darüber haben Sie noch nicht diskutiert?

(Frau Bull, Linkspartei.PDS: Nein, darüber darf man nicht diskutieren!)

- Na ja, Sie sind doch aber frei genug, um über Enzykliken zu diskutieren.

(Beifall bei der CDU - Zuruf von Herrn Gallert, Linkspartei.PDS)

Sie werden in den Enzykliken zum Beispiel auch sehr schöne Sätze über den sozialistischen Irrweg finden, der seit vielen Jahren immer wieder beschritten wird. Das wird in meinen Augen sehr schön und fundamental untermauert.

(Beifall bei der CDU)

Wie dem auch sei, es ist schon richtig, dass auch die PDS das Recht hat, dieses Thema zu behandeln. Lassen Sie mich dazu aus dem ersten Brief an die Thessalonicher Kapitel 5 Vers 21 zitieren:

„Prüfen also und behaltet das Beste!“

Das gilt nicht nur für Gemeindemitglieder. Das gilt natürlich auch für die PDS. Deshalb kann es, wenn man so eine Schrift liest oder lesen lässt, etwas zur eigenen Meinungsbildung beitragen. Das erkennen wir letztlich auch an. Aber die sehr selektive Beurteilung von kirch-

lichen Denkschriften will ich an dieser Seite schon noch einmal ganz deutlich beanstanden.

(Zuruf von Frau Dr. Klein, Linkspartei.PDS)

Es ist in meinen Augen aber selbstverständlich - darin kann ich mich meinen Vorfahren anschließen -, dass sich die Kirchen aus ihrem Selbstverständnis, aus ihrem sozial-diakonischen Auftrag heraus in die gesellschaftlichen Belange einmischen und ihre Stimme mit Denkschriften in dem gesamtgesellschaftlichen Dialog zum Tragen bringen.

Auch die letzte Denkschrift „Gerechte Teilhabe“ hat uns allen etwas zu sagen. Ich will an dieser Stelle auch sagen: Als CDU-Mitglied ist es auch für mich ein Skandal, dass wir in Deutschland -

Ende der Redezeit. Das kann ja nicht sein! Der Computer verwirrt einen ein bisschen.

(Heiterkeit bei der Linkspartei. PDS)

Es ist auch in meinen Augen ein Skandal, dass wir es in Deutschland nicht schaffen, allen Menschen eine Teilhabe an den Gütern und Möglichkeiten dieser Welt zu gewährleisten. Auch in unserem modernen Sozialstaat drohen die Teilhabemöglichkeiten seiner Mitglieder in einem nicht hinzunehmenden Maße auseinander zu klapfen. Wir haben hierüber im Landtag immer wieder gesprochen.

Es ist notwendig, durch die Verbesserung der Teilhabe-gerechtigkeit eine dauerhafte Sicherung vor Armut im Sinne der Sicherung vor Ausgrenzung zu gewährleisten. Wir in der CDU nennen das die Sicherung von Teilhabe-gerechtigkeit unter den Bedingungen einer Leistungs-gesellschaft. Aber es gibt hierbei eben keinen einfachen Weg.

Wenn in der EKD-Denkschrift steht, dass das deutsche System der elementaren Schulbildung nicht inzureichendem Maße davor schützt, dass selektive Strukturen im Bildungssystem den Schulerfolg in vergleichsweise sehr hohem Maße von der sozialen Herkunft abhängig machen, dann muss uns das zu denken geben.

Wenn jedoch der Studie von Seitz und Ragnitz zu entnehmen ist, dass in Sachsen-Anhalt überdurchschnittlich viel für die Bildung ausgegeben wird, ohne dass überdurchschnittlich große Erfolge zu verzeichnen sind, dann weist das darauf hin, dass die Ursache-Wirkung-Zusammenhänge offensichtlich nicht so einfach sind.

Wir werden uns mit Sicherheit im Bildungskonvent über diese Frage noch ausführlich unterhalten und unterhalten müssen.

(Zuruf von Herrn Gallert, Linkspartei.PDS)

So gesehen sind die EKD-Denkschriften und Gutachten nützliche Hinweise bei der Meinungsbildung in diesen Fragen.

Die SPD führte im Sommer 2006 den Begriff „abgehängtes Prekarat“ in die Diskussion ein. In der EKD-Denkschrift ist die Rede davon, dass es problematisch ist, wenn sich in den unteren Bereichen der Gesellschaft ein Milieu herausbildet und stabilisiert, in dem Erfahrungen der gerechten Teilhabe überhaupt nicht mehr gemacht werden können. Und wenn es Menschen gibt, die trotz aller gesellschaftlichen Bemühungen von materieller Armut betroffen sind, dann ergibt sich daraus eine Handlungsnotwendigkeit, der wir uns im Landtag von Sachsen-Anhalt stellen müssen.

Die Aktuelle Debatte heute Morgen zu der Frage, wie wir es schaffen, mehr Menschen in Arbeit zu bringen, war ein konkreter Ausdruck dieses Bemühens. Das möchte ich einmal ganz deutlich sagen, meine Damen und Herren.

Wir nehmen diese Denkschrift zur Kenntnis. Ich will aber ganz deutlich sagen, dass es unüblich ist - ich denke, zu Recht -, dass der Landtag und die Landesregierung aufgefordert werden, zu Enzykliken oder kirchlichen Denkschriften Stellung zu nehmen. Wo kommen wir denn dahin?

Das wird letztlich auch gar nicht erwartet. Aber es wird erwartet, dass wir diese Denkschriften ordentlich lesen und dass sich jeder in seinem Verantwortungsbereich überlegt, was er davon übernehmen kann und wo er Gedanken findet, die er vorher vielleicht noch nicht hatte. Ich glaube, es ist keine Diskriminierung, sondern auch eine Würdigung dieser Denkschrift, wenn wir sagen: Wir nehmen sie im Landtag von Sachsen-Anhalt zur Kenntnis, aber geben keine Stellungnahme dazu ab, ob wir sie richtig finden. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:**

Vielen Dank, Herr Scharf. - Zum Schluss der Debatte hören wir noch einmal Frau Bull.

**Frau Bull (Linkspartei.PDS):**

Eines, meine Damen und Herren, muss ich klarstellen: Ich bin kein trojanisches Pferd meiner Fraktion.

(Unruhe)

Die Aussagen zur DDR-Vergangenheit sind in meiner Fraktion Konsens.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Das hat nichts damit zu tun, dass ich eine kritische oder eine differenzierte Haltung hinsichtlich des Religionsunterrichts, hinsichtlich der Staat-Kirchen-Verträge usw. habe. Das kann ich natürlich nicht ohne den Blick auf die DDR-Vergangenheit beurteilen. Das tue ich auch nicht. Aber trotzdem bleiben es zwei verschiedene Baustellen. Ich behalte es mir vor - das ist auch legitim -, daran trotz dieser Sicht auf die Vergangenheit ein Stück weit Kritik zu üben. - Das wollte ich klarstellen.

Zum Antrag selbst. Zur Kenntnis genommen - das ging auch nicht anders, das stand in der Zeitung. Meine Damen und Herren! Dazu kann ich nur sagen: Das ist albern.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Ich kann dabei auch nicht unbedingt eine Wertschätzung erkennen. Das finde ich schon schade.

Es ist gefragt worden, warum wir auf die Idee gekommen sind. Das kann ich Ihnen sagen: In Wittenberg hat es dazu eine Konferenz, einen Workshop gegeben, bei dem sich die evangelische Kirche zu diesem Papier verständigt hat. Sie hat sich im Übrigen dort noch sehr viel kritischer als in dem Papier zu den gesellschaftlichen Problemen geäußert. Dort wurde auch die nach meiner Auffassung berechtigte Kritik geäußert, dass sich die Politik nicht darum schert und sich nicht angesprochen fühlt.

(Herr Scharf, CDU: Das ist ein Quatsch!)

Obwohl sie nicht in der Bibliothek vorhanden war, hat es seit dem Vorliegen des Antrags offensichtlich Nachbestellungen der Denkschrift gegeben. Ich will Ihnen nicht unterstellen, dass Sie die Denkschrift nicht gelesen haben.

Es stellt sich die Frage, wie wir uns als Institution damit auseinander setzen wollen. Dazu kann ich nur sagen: Was brechen wir uns ab, wenn wir an der Stelle tatsächlich einmal miteinander den Versuch unternehmen - so, Herr Scharf, wie Sie gerade angefangen haben -, in den einzelnen Fachausschüssen mit den Vertretern der evangelischen Kirche darüber zu diskutieren? Warum denn nicht? Mit den anderen haben wir es doch auch getan.

Man kann sagen: Alle zivilgesellschaftlichen Akteure sollten sich abstimmen, damit sie halbwegs zur gleichen Zeit ihre Denkschriften oder was auch immer herausgeben. Das wird aber nicht zu machen sein.

Was brechen wir uns ab, wenn wir diese Denkschrift in ihrer Komplexität aufwerten und sie - das beantrage ich - den Ausschüssen für Wirtschaft und Arbeit, für Bildung, für Gesundheit und Soziales sowie für Finanzen - es ist wichtig, dass sich auch dieser Ausschuss damit befasst - als Beratungsgrundlage zuleiten, um einmal zu überlegen, welche Positionen wir zu den Spannungsfeldern und zu den Vorschlägen einnehmen?

Meine Damen und Herren! Wir würden damit ein positives Signal in die Öffentlichkeit senden, nicht mehr und nicht weniger.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

**Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:**

Vielen Dank, Frau Bull. - Damit ist die Debatte beendet. Wir stimmen zunächst über den Antrag der Fraktion der Linkspartei.PDS in der Drs. 5/477 ab. Wer stimmt zu? - Die Antragsteller. Wer ist dagegen? - Das sind alle anderen Fraktionen. Damit ist er abgelehnt worden.

Nun stimmen wir über den Alternativantrag der Fraktionen der CDU und der SPD in der Drs. 5/500 ab. Wer stimmt zu? - Die Antragsteller und die FDP-Fraktion. Wer stimmt dagegen? - Die Fraktion der Linkspartei.PDS. Damit ist der Alternativantrag angenommen worden. Der Tagesordnungspunkt 15 ist beendet.

Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 16** auf:

Beratung

**Gutachten zur Wirtschaftlichkeit von Einheitsgemeinden und Verwaltungsgemeinschaften**

Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 5/478

Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der SPD - Drs. 5/501

Änderungsantrag der Fraktion der Linkspartei.PDS - Drs. 5/502

Ich bitte Herrn Wolpert, für die einbringende Fraktion das Wort zu nehmen. Bitte schön.

**Herr Wolpert (FDP):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! „Herr, vergib Ihnen; denn sie wissen nicht, was

sie tun.“ Diesen Satz könnte man gut verwenden, wenn man die Entwicklung der Diskussion über den Zwang zur flächendeckenden Einführung der Einheitsgemeinden verfolgt. Nach dem Hickhack in der vergangenen Woche wäre es noch passender zu sagen, dass zumindest ein Teil der Koalition nicht wissen will, warum sie etwas tut.

Wie anders wäre es sonst zu erklären, dass die SPD das Anliegen der CDU, über die Effektivität von Einheitsgemeinden und Verwaltungsgemeinschaften Gewissheit zu erlangen, zunächst rundum abgelehnt hat, ohne selbst aber einen einzigen Nachweis vorlegen zu lassen, dass ihre Auffassung gerechtfertigt ist?

Aber der Reihe nach. Als die CDU und die SPD im Koalitionsvertrag vereinbart haben, dass die Einheitsgemeinde in Sachsen-Anhalt flächendeckend eingeführt werden soll, kam schon die Frage auf, worin der Nutzen für das Land liegen soll. Noch brennender stellt sich die Frage aber, wenn man die Einheitsgemeinde per Zwang einführen will.

Die erste Frage könnte man noch damit beantworten, dass man theoretisch davon ausgehen kann, dass Einheitsgemeinden grundsätzlich die effektivere Form der Verwaltung auf kommunaler Ebene seien.

(Herr Dr. Brachmann, SPD: So ist es! - Herr Gürth, CDU: Sind Sie ganz sicher?)

Zu diesem Schluss kann man kommen, wenn man berücksichtigt, dass innerhalb einer Einheitsgemeinde lediglich ein Satzungsrecht gilt und damit der Verwaltungsaufwand geringer sein muss. Wir alle haben das berühmte Beispiel des Kämmerers im Munde geführt, der in einer Verwaltungsgemeinschaft von einer Mitgliedsgemeinde zur anderen fährt, um den jährlichen Haushalt zu erläutern, als wir über das Gesetz zur Fortentwicklung der Verwaltungsgemeinschaften und Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung gesprochen haben. Einem solchen armen Verwaltungsangestellten sei angesichts dieser Arbeitsbelastung eine Heirat wegen des Scheidungsrisikos gar nicht mehr zu empfehlen.

(Herr Tullner, CDU: Wer sagt denn so etwas?)

Die Folge könnte nur sein, dass die Last der Verwaltung mehrerer Satzungen auf mehrere Schultern verteilt werden müsse, was zu höheren Kosten führen würde. - So weit die Theorie.

Ich sage sehr deutlich, dass die FDP diesen Ansatz auch weiterhin für richtig hält. Gleichwohl haben wir in der letzten Legislaturperiode neben Einheitsgemeinden auch Verwaltungsgemeinschaften zugelassen.

Meine Damen und Herren! Im Zusammenhang mit der Frage, warum das richtig ist, gibt es viele Aspekte, von denen ich einige herausstellen will.

Erstens. Der Dichter sagt: Grau ist alle Theorie. Es gibt tatsächlich Verwaltungsgemeinschaften, die den Nachweis erbringen, dass ihre Verwaltungskosten geringer sind als in den Einheitsgemeinden. Es gibt Verwaltungsgemeinschaften in unserem Land, die die bekannte Richtgröße von drei Verwaltungsangestellten pro 1 000 Einwohner locker unterschreiten.

Viele Mitgliedsgemeinden, die dem Trägermodell einer Einheitsgemeinde in der Verwaltungsgemeinschaft zugeordnet wurden, führen Klage darüber, dass die Umfrage zur Finanzierung der Verwaltungsarbeit weit höher ist als die in anderen Verwaltungsgemeinschaften und dass sie teilweise auch höher ist als zu dem Zeitpunkt,

als die Gemeinde noch ein eigenes Amt hatte. Es gibt also durchaus Anlass zu fragen, ob der theoretische Ansatz der Wirklichkeit tatsächlich standhält.

Zweitens. Zu beachten ist weiterhin, dass Zwang als Mittel zur Bildung einer Einheitsgemeinde die zu erwartenden Synergieeffekte zunichte macht, weil die widerstreitenden Identitäten innerhalb einer zwangsweise geschmiedeten Einheit eben keine Einheit bilden, sondern erhebliche Reibungsverluste mit sich bringen. Dies gut-achterlich zu bewerten ist ein spannendes Thema.

Drittens. Die Personalkosten und die Kosten für die Räte einer Einheitsgemeinde minimieren sich nicht automatisch, weil der bisherige Verwaltungsdirektor der Verwaltungsgemeinschaft durch einen hauptamtlichen Bürgermeister ersetzt wird und an die Stelle des Gemeinschaftsausschusses der Gemeinderat tritt. Anstatt der bisherigen Gemeinderäte wird es Ortschaftsräte geben. Die Bürgermeister werden durch Oberbürgermeister, nein durch Ortschaftsbürgermeister ersetzt.

(Heiterkeit bei der SPD)

Oberbürgermeister wäre natürlich für die Betreffenden günstig. Ich glaube, dann hätten Sie weniger Schwierigkeiten bei der Einführung.

(Minister Herr Bullerjahn: Dann würden alle zu stimmen!)

- Das könnte wohl sein.

Viertens. Eine Sachkostenersparnis wird sich kaum nachweisen lassen, weil zum Beispiel die Kosten für die Gebäudenutzung, für den IT-Bereich und Ähnliches bei Einheitsgemeinden und bei Verwaltungsgemeinschaften kaum unterschiedlich sein dürften.

Fünftens. Ein weiterer Aspekt ergibt sich hinsichtlich der Größe aus der beabsichtigten Ausnahme für Gemeinden mit besonderer geografischer Lage.

Derzeit gibt es 60 Verwaltungsgemeinschaften mit eigenem Amt und 38 Einheitsgemeinden. Das ergibt theoretisch 98 hauptamtliche Bürgermeister, wenn alle Verwaltungsgemeinschaften im Verhältnis 1 : 1 in Einheitsgemeinden umgewandelt werden.

Für die Bildung der bisherigen Strukturen gab es eine Ausnahmeregelung, die ein Kriterium festlegte, wann von der vorgegebenen Größe abgewichen werden durfte, nämlich die geringe Einwohnerdichte. Käme nun ein weiterer Ausnahmetatbestand hinzu, ist die logische Folge, dass es weitere Ausnahmen geben wird. Andernfalls brauchte man eine solche Regelung nicht. Kommt es aber zu weiteren Ausnahmen, werden es bestimmt mehr als 98 hauptamtliche Bürgermeister sein, die bezahlt werden müssen; also ist es ein Mehraufwand im Vergleich zu vorher. Auch das bedarf der Prüfung und der Verifizierung auf breiter Ebene.

Meine Damen und Herren! Neben diesen Aspekten gibt es einen weiteren zu betrachten, die vielzitierte Bürger Nähe. Bei jeder Strukturveränderung stellt sich die Frage: Was soll damit erreicht werden? - Dabei ist die Erhöhung der Effizienz sicherlich ein Ziel, das seine Begründung hat. Für uns Liberale ist es allerdings nicht das einzige. Wir halten an dem Ziel fest, ein lebenswertes und liebenwertes Sachsen-Anhalt zu gestalten. Das gelingt nur, wenn man es mit und für die Bürger gestaltet.

(Zustimmung bei der FDP)

Bürgernähe ist dabei keine Einbahnstraße. Es geht nicht allein darum, den Bürgern eine öffentliche Dienstleistung möglichst in der Nähe ihres Wohnorts anzubieten; nein, es geht auch darum, den Bürgern die Chance zu lassen, sich an der kommunalen Verwaltung zu beteiligen und ihr kommunales Schicksal selbst in die Hand zu nehmen.

Meine Damen und Herren! Die kommunale Selbstverwaltung beruht in der Hauptsache auf dem ehrenamtlichen Engagement. Das ist von der Verfassung gewollt und das ist auch gut so. Demokratie lebt vom Mitmachen und nicht von der staatlich gezüchteten Erwartungshaltung, dem Abwarten, ob „die da oben“ vielleicht doch noch etwas tun.

Die Menschen identifizieren sich mit ihrem Umfeld, mit den örtlichen Gegebenheiten, die im wahrsten Sinne des Wortes überschaubar sind. Für dieses Gebiet, das in einem erkennbaren Siedlungszusammenhang steht, entwickeln die Bürger ein Heimatgefühl und damit auch ein Verantwortungsgefühl für ihre Heimat. Aus dieser Verantwortung heraus entsteht das ehrenamtliche Engagement, das von allen Parteien zu Recht als unbezahlt angesehen wird.

Meine Damen und Herren von der Koalition, wenn es Ihnen tatsächlich gelingen sollte, aus 60 Verwaltungsgemeinschaften mit eigenem Amt und denen mit Trägergemeinden im Verhältnis 1 : 1 Einheitsgemeinden zu machen, dann nehmen Sie 1 000 Bürgermeistern und 1 000 Gemeinderäten, also ca. 10 000 ehrenamtlich tätigen Menschen ihren Gestaltungsspielraum weg. Sie vernichten die in Sachsen-Anhalt gerade zaghafte gewachsene Verankerung der Demokratie, weil Sie eigenes Erleben der demokratischen Gestaltung bis zur Unkenntlichkeit reduzieren.

Die Begründung dafür liegt in dem behaupteten Effizienzgewinn. Die spannende Frage, ob es wirklich effizienter ist, ist bis heute unbeantwortet. Sie stellt sich aber aufgrund der tatsächlichen Entwicklung mit allem Ernst immer drängender.

Da ist es schon ein verheerender Eindruck, den die SPD bei den Bürgern aufkommen lässt, wenn die Fraktionsvorsitzende der SPD das berechtigte Ansinnen der CDU, nämlich die Einholung eines Gutachtens, mit der Begründung ablehnt, es sei bereits politisch entschieden. Der Bürger muss glauben, die SPD fragt nicht mehr nach dem Sinn oder Unsinn einer Maßnahme, wenn es politisch entschieden ist.

(Minister Herr Hövelmann: Wir machen uns vorher Gedanken!)

Auf gut Deutsch: Wir müssen den Nachweis der Richtigkeit und der Notwendigkeit des Handelns nicht führen, weil wir eine Mehrheit haben.

(Frau Budde, SPD: Das waren Sie in der letzten Legislaturperiode!)

Die Einheitsgemeinde wird eingeführt, weil die Einheitsgemeinde eingeführt wird. Und Sie wundern sich über Politikverdrossenheit.

(Zustimmung bei der FDP)

Herr Stahlknecht hat Recht mit seiner Presseerklärung. Die Arroganz der Macht wird Ihnen spätestens vor dem Verfassungsgericht um die Ohren geschlagen. Der Zwang, die kommunale Selbstverwaltung aufzugeben, ist ein Eingriff in ein verfassungsrechtlich geschütztes

Gut. Das bedarf einer guten Rechtfertigung. Diese fehlt Ihnen in Bezug auf die Bürgernähe und insbesondere hinsichtlich der Effizienzsteigerung. Sie brauchen den Nachweis, um die Notwendigkeit Ihres Handelns zu begründen. Dabei hilft ein Gutachten von unabhängiger Stelle.

Meine Damen und Herren! Nach meiner Auffassung sollte das Gutachten aber nicht durch den Rechnungshof erstellt werden. Der Rechnungshof ist zwar unabhängig. Er sollte aber nicht als Sachverständiger bei der Schaffung von Grundlagen für politische Entscheidungen herangezogen werden. Seine Aufgabe liegt insbesondere in der Kontrolle. Niemand käme auf die Idee, den Bilanzprüfer eines Unternehmens mit der Erstellung der mittelfristigen Unternehmensplanung zu beauftragen, die er dann hinsichtlich der Risikovorsorge selbst prüfen soll.

(Frau Budde, SPD: Dann sind wir uns doch einig!)

Der Landesrechnungshof sollte nicht in die politische Entscheidungsfindung einbezogen werden, weil das die Gefahr birgt, dass er selbst zum Gegenstand der politischen Auseinandersetzung wird, was zum Verlust seiner Unabhängigkeit führen könnte.

Meine Damen und Herren! Wenn man ein objektives Gutachten haben will, dann darf es auch nicht durch die weisungsgebundenen Referate des Innenministeriums erstellt werden.

(Zustimmung bei der FDP)

Es gibt Fachleute, die dazu in der Lage sind. Die Kosten dafür sind im Vergleich zu dem Vorhaben verschwindend gering.

Der Änderungsantrag, den die Koalitionsfraktionen vorgelegt haben, weicht von den Prämissen der CDU ab und trägt deutlich die Handschrift der Scheu der SPD vor einer objektiven Beurteilung durch Außenstehende. Wenn der Auftrag für ein Gutachten darin besteht, die Vorteile der Einheitsgemeinde nachzuweisen, ist das Ergebnis vorgezeichnet. Das ist kein ergebnisoffener Auftrag.

(Zustimmung bei der FDP und bei der Linkspartei.PDS)

Daran krankt auch der Änderungsantrag der Fraktion der Linkspartei.PDS. Der Auftrag muss doch auf einen Vergleich hinauslaufen und nicht auf den Nachweis der Besserstellung. Dabei kann es auch nicht um grundsätzliche Vorteile gehen, sondern es geht um die tatsächlichen Gegebenheiten. Die sind doch nachprüfbar.

(Minister Herr Hövelmann: Das ist doch Quatsch!)

Es stellt sich allenfalls die Frage, ob noch ein Jahr gewartet werden muss, bis sich die neu geschaffenen Strukturen eingerichtet haben und der Änderungsaufwand herausgerechnet werden kann. Wer einen solchen Auftrag auslöst, mag zwar einen unabhängigen Gutachter finden, er wird aber kein objektives Ergebnis erhalten.

Es ist auch nicht auszuschließen, dass die jeweils andere Verwaltungsform abhängig von den Rahmenbedingungen vor Ort die günstigere ist. Es scheint so, als ob die SPD ein objektives Ergebnis fürchtet.

Meine Damen und Herren! Wenn die SPD aber keine Angst vor dem Ergebnis eines Gutachtens hat, gibt es für das Verhalten vielleicht eine andere Erklärung. Es

könnte sein, dass es der SPD bei der zwangsweisen Schaffung von Einheitsgemeinden nicht um eine Effizienzsteigerung geht, sondern um den grundlegenden Umbau unserer Gesellschaft weg vom mündigen Bürger hin zum dirigistischen Verwaltungsstaat.

(Zustimmung bei der FDP - Frau Budde, SPD, lacht)

Mit 100 Gemeinden und fünf Landkreisen wird sichergestellt, dass die meisten Bürger in der Gestaltung des Landes auf ihr Wahlrecht beschränkt sind. Eigeninitiative ist auf ein Mindestmaß beschränkt und den Rest erledigt eine weisungsgebundene Bürokratie.

Wenn das so ist, sollten Sie, meine Damen und Herren von der SPD, das auch ehrlich zugeben. Wenn das so ist, meine Damen und Herren von der CDU, würde ich Ihnen empfehlen, Ihren Rechtsarbeitskreis das Institut des Wegfalls der Geschäftsgrundlage in Bezug auf den Koalitionsvertrag prüfen zu lassen.

Meine Damen und Herren! Ich fordere Sie auf: Kommen Sie zur Vernunft! Zeigen Sie den Bürgern, dass dieser Landtag Gesetze macht, die Hand und Fuß haben und nicht der bloßen Demonstration der Macht dienen. Stimmen Sie dem Antrag der FDP-Fraktion zu. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Zustimmung bei der FDP)

#### **Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:**

Vielen Dank, Herr Wolpert. - Nun hören Sie die Beiträge der Fraktionen. Für die SPD-Fraktion spricht Frau Schindler. Bitte schön.

#### **Frau Schindler (SPD):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Wolpert, wir kennen uns aus meiner kommunalpolitischen Zeit. Ich habe Sie zur Einheitsgemeinde auch schon ganz anders reden hören.

(Herr Wolpert, FDP: Nein!)

Ihr Wandel in diese Richtung wundert mich schon.

(Zustimmung bei der SPD und bei der Linkspartei.PDS)

Die im Koalitionsvertrag vereinbarte flächendeckende Einführung von Einheitsgemeinden soll eben nicht nur eine Reform um der Reform willen sein. Dieser Vereinbarung gingen insbesondere in der SPD - dabei muss ich uns in die Pflicht nehmen - umfangreiche Untersuchungen und Überlegungen voran. Allen bisher beratenen, beabsichtigten und auch durchgeföhrten Kommunalreformen gingen umfangreiche Strukturuntersuchungen voran. An diesen bis dahin festgestellten Ergebnissen hat sich nichts wesentlich verändert.

Da den Informationen aus dem eigenen Land meist nicht so viel geglaubt wird, möchte ich ein paar Beispiele aus anderen Bundesländern anführen. Der Innenminister des Landes Thüringen Herr Dr. Gasser stellte in seiner Rede im thüringischen Landtag am 23. November 2006 fest - ich zitiere -:

„Es ist auch kein Geheimnis, dass in Thüringen die Bildung von größeren Einheitsgemeinden, der nach Ansicht der meisten Fachleute effektivsten Gemeindestruktur, besondere Priorität zukommt.“

(Zustimmung bei der SPD)

Der Innenminister des Landes Brandenburg Herr Schönböhm kam in einem Argumentationspapier aus dem Jahr 2000 für eine Gemeindereform in Brandenburg zu der Aussage - ich zitiere -:

„Zwar ändern sich in größeren Gemeinden Fläche und Siedlungsstruktur nicht, aber es gibt Einsparpotenziale, weil alle Gemeinden des Amtes durch jeweils gleiche Verwaltungsabläufe zusammen hohe Kosten verursachen.“

Dafür werden verschiedene Berechnungen angeführt.

Auch in dem für Sachsen-Anhalt zuletzt angefertigten Gutachten zur Ermittlung haushaltrechtlicher Kennziffern vom Institut für Wirtschaftsforschung in Halle ist zu lesen:

„Die sachsen-anhaltinischen Kommunen weisen Ausgabenüberhänge gegenüber den finanzschwachen Westflächenländern in nahezu allen großen Aufgabenbereichen auf.“

Ein Stück weiter ist zu lesen:

„In der allgemeinen Verwaltung liegen die Ausgaben um mehr als ein Fünftel über dem Niveau der finanzschwachen Westflächenländer. Grund für die hohen Ausgaben in diesem Bereich sind primär die Personalausgaben, die zugleich den größten Ausgabenblock in diesem Aufgabenbereich darstellen. Dies hat zum Teil mit der vergleichsweise hohen Zahl eigenständiger Gemeinden in Sachsen-Anhalt zu tun, spiegelt aber wohl auch einen Überbesatz an Personal wider.“

Selbst in der jetzigen Regelung unserer Gemeindeordnung wird in Bezug auf die Leistungsfähigkeit kommunaler Verwaltungsformen davon ausgegangen, dass diese bei Einheitsgemeinden mit 8 000 Einwohnern und bei Verwaltungsgemeinschaften mit 10 000 Einwohnern regelmäßig gegeben ist. Ich frage Sie: Warum diese Unterscheidung zwischen Einheitsgemeinden und Verwaltungsgemeinschaften, wenn diesbezüglich nicht ein Effektivitätsunterschied besteht?

Ich möchte aber nicht nur über die finanziellen Einsparungen sprechen. In dem vorliegenden Antrag geht es bewusst um Effizienzvorteile. Die SPD sieht Effizienzvorteile in Einheitsgemeinden vor allen Dingen durch die Bündelung von Verwaltungsaufgaben. Sie sprachen die Vielzahl von Haushaltsbearbeitungen, die Vielzahl der Ratssitzungen an.

Infolge der Verringerung des Verwaltungsaufwandes kann gespart werden. Dies gilt ebenfalls etwa mit Blick auf die Vielzahl von Umlageverfahren innerhalb der Verwaltungsgemeinschaften, auf die Gastschulbeiträge, auf die Berechnung der Erstattung von Kindergartenkosten. Weiterhin kann die Effizienz - Sie sprachen es an - durch eine Vereinfachung des Satzungsrechts erhöht werden.

Außerdem sind Einsparungen infolge des Wegfalls von internem Schriftverkehr zwischen Gemeinden und Gemeinschaftsverwaltung sowie eines effizienten Personaleinsatzes denkbar. So kann das Personal zum Beispiel in Kindergärten bedarfsgerecht eingesetzt werden, ohne dass zwischen unterschiedlichen Arbeitgebern, nämlich den Gemeinden, und den Arbeitnehmern Vereinbarungen geschlossen werden müssen. Dann kann auch auf Personalengpässe bei Urlaub und Krankheit besser reagiert werden.

Zudem können durch eine Konzentration der verfügbaren finanziellen Mittel Einsparungen erreicht werden. Durch die Konzentration von Investitionsmitteln können auch in kleineren Gemeinden größere Vorhaben umgesetzt werden. Fördermittel können ebenso besser genutzt werden. In größeren Einheiten ist eine vereinfachte Anwendung des Haushaltsrechts, zum Beispiel in Bezug auf die Deckungsfähigkeit oder auf über- und außerplanmäßige Ausgaben, möglich.

Da dies aber bisher nicht von allen so gesehen wird, soll die Landesregierung beauftragt werden, diese Effizienzvorteile nachzuweisen. Die SPD-Fraktion hätte dieses Gutachten nicht gebraucht. Wenn dies aber ein Weg ist, die Skeptiker zu überzeugen, so ist es sinnvoll investiertes Geld.

Daher bitte ich um die Zustimmung zu dem Änderungsantrag der CDU und der SPD.

(Zustimmung bei der SPD)

**Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:**

Vielen Dank, Frau Schindler. - Herr Kosmehl hat eine Frage.

**Herr Kosmehl (FDP):**

Frau Kollegin Schindler, habe ich Sie dahin gehend richtig verstanden, dass die SPD-Fraktion mit dem Gutachten nur die Effizienz von Einheitsgemeinden nachweisen und nicht die Effizienzvorteile der Verwaltungsgemeinschaften aufzeigen lassen möchte?

**Frau Schindler (SPD):**

Wenn Sie unseren Antrag richtig gelesen haben, dann werden Sie feststellen, dass es um eine vergleichende Darstellung der Effizienzvorteile der Einheitsgemeinde gegenüber der Verwaltungsgemeinschaft geht.

**Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:**

Vielen Dank. - Meine Damen und Herren! Für die Linkspartei.PDS spricht jetzt Herr Grünert.

**Herr Grünert (Linkspartei.PDS):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Linkspartei.PDS unterstützt ausdrücklich den vorliegenden Antrag der FDP-Fraktion; denn die beabsichtigte flächendeckende und insbesondere zwangsweise Einführung der Einheitsgemeinden ist ein erheblicher Eingriff in die kommunale Selbstverwaltung. In dieses Recht sind nach Artikel 90 Satz 1 der Landesverfassung Eingriffe nur aus Gründen des Gemeinwohls, die sachlich zu begründen sind, zulässig.

Wie die Anhörung der betroffenen Kommunen und der Einwohner - so steht es in der Landesverfassung - durchgeführt wird, werden wir intensiv begleiten; denn es ist nicht damit getan, dass man nur die Vertreter der Gebietskörperschaften hört, sondern hierbei sind auch die Einwohner gefragt.

(Zustimmung bei der Linkspartei.PDS)

Im Eckpunktepapier des Innenministeriums wird unterstellt, dass die flächendeckende Einführung der Einheitsgemeinden zu einer verbesserten Effizienz auf der kommunalen Ebene führt. Darüber hinaus finden sich Ausführungen zu der finanziellen Situation der Gemein-

den, dem Verschuldungsgrad sowie den aufgenommenen Kassenkrediten. Aber einen tatsächlichen Nachweis darüber, dass sich die Situation durch die Zwangseinheitsgemeinden nachhaltig verbessert, bleibt die Landesregierung dem Gesetzgeber schuldig. Mit einem „Bastal“ oder einer Proklamation ist es an dieser Stelle nicht getan.

Aus der Sicht der Linkspartei.PDS sind beide derzeitigen Modelle, die Einheitsgemeinde und auch die Verwaltungsgemeinschaft, geeignet, effektiv und effizient die Aufgaben der Gemeinden im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung zu erfüllen.

(Zustimmung bei der Linkspartei.PDS)

Wir stützen unsere Position unter anderem auf die fundierten wissenschaftlichen Untersuchungen des Kommunalwissenschaftlichen Instituts der Universität Potsdam aus dem Jahr 1999 ebenso wie auf die jüngeren Erhebungen des Landes Schleswig-Holstein vom 28. November 2006 und auf die Nachbetrachtungen zur Gemeindegebietsreform in Nordrhein-Westfalen von Henke und Tiedemann.

Die in den Eckpunkten dargestellte Organisation der Einheitsgemeinde mit eingeführtem Ortschaftsverfassungsrecht unterscheidet sich vom Verwaltungsaufwand her nicht wesentlich von einer Verwaltungsgemeinschaft. Nach wie vor muss der Sitzungsdienst sichergestellt werden, ist der Haushaltsvollzug zu gewährleisten und ist der Aufgabenbestand gleich.

Was als Vorteil unterstellt wird, ist eine höhere Wirtschaftlichkeit, eine bessere Steuerungs- und Entscheidungsfähigkeit der Politik und zum Teil eine bessere Leistungsfähigkeit der Verwaltung. Das wird erst einmal unterstellt. Die möglichen Nachweise werden hingegen leichtfertig vernachlässigt.

Dies sehen wir in einer zunehmenden Dominanz der Verwaltungsebene zulasten der demokratischen Partizipation, des bürgerschaftlichen Engagements, der Identifikation und der ortsnahen Entscheidungsfindung. Insbesondere die Ortsnähe fördert den Kerngedanken der kommunalen Selbstverwaltung, weil dadurch die Kommunen in die Lage versetzt werden, flexibel zu reagieren und über kürzere Kommunikations-, Beteiligungs- und Entscheidungswege effektive und effiziente Lösungen für die jeweilige Gemeinde zu finden und umzusetzen.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Seit der Einführung des Finanzausgleichs im Jahr 1995 hat jede Regierung die kommunalen Zuweisungen reduziert. Von 2002 bis 2006 waren es rund 750 Millionen €, sowohl allgemeine als auch zweckgebundene Einnahmen.

Wenn Sie sich die Tabelle in dem Eckpunktepapier ansehen, können Sie feststellen, dass mittlerweile fast zu einem Drittel Kassenkredite aufgenommen worden sind. Diese sind ab dem Jahr 2003 drastisch gestiegen.

Sich jetzt hinzustellen und zu sagen, dass sich die Situation allein durch den Wechsel eines Verwaltungsmodells plötzlich von Minus auf Plus umstellt, das ist ein starkes Stück und rechnerisch sicherlich nicht zu begründen.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Deshalb ist es notwendig - hierbei verweise ich auf den Änderungsantrag der Linkspartei.PDS und den Bezug auf § 123 -, die Vor- und Nachteile sowohl der Einheits-

gemeinde als auch des Trägergemeindemodells sowie der Verwaltungsgemeinschaft darzustellen, und zwar in ihrer Komplexität und nicht allein hinsichtlich ihrer Effizienz. Dabei sind die Fragen des bürgerschaftlichen Engagements und der Identität selbstverständlich zu berücksichtigen.

Wir werben für unseren Änderungsantrag, weil er ein Verfahren und die Bedingungen für die Erstellung des externen Gutachtens festlegt.

Ich bin sehr gespannt und hoffe, dass es auch in Zukunft für unser Land Sachsen-Anhalt eine Möglichkeit gibt, dass die Politik vor Ort entscheidet, wie sie sich organisiert, um Effizienz und Effektivität zu erreichen. - Ich danke.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

**Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:**

Vielen Dank, Herr Grünert. - Für die CDU-Fraktion spricht Herr Harms. Bitte, Herr Harms.

**Herr Harms (CDU):**

Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich bin beeindruckt von der Sachlichkeit, mit der meine Vorredner dieses Thema behandelt haben. Herr Wolpert, Frau Schindler, Herr Grünert, herzlichen Dank!

Bevor ich mit meiner Rede beginne, möchte ich deshalb ganz kurz darauf eingehen. Ich habe die erwähnten Gutachten nicht nur gelesen, sondern ich habe mich ausführlicher damit befasst.

Frau Kollegin Schindler, das Gutachten, das Sie bezüglich der Ermittlung haushaltsrelevanter Kennzahlen genannt haben, ist mir bekannt. Ich habe es extra mit nach vorn gebracht. Der Satz auf der Seite 173, den Sie zitiert haben, ist auch mir nicht entgangen.

Da ich aber nicht leichtgläubig die Sätze aufnehme, sondern auch zur nächsten Seite umblättere, ist mir auf der Seite 174 die Tabelle ins Auge gesprungen. Diese möchte ich den Anwesenden auch zur Lektüre empfehlen; denn dort werden diese Ausgaben gegenübergestellt.

Auf der Seite 174 geht es in der dritten Zeile um die Finanzverwaltung. Dort kann man eigenartigerweise feststellen, dass Thüringen den geringsten Wert hat - ich möchte die Zahl jetzt nicht erwähnen, obwohl sie interessant ist -, obgleich dort die Gemeindestruktur ähnlich kleinteilig wie in Sachsen-Anhalt ist.

Nachprüfen kann man das in dem SPD-Papier, das Ihnen bekannt ist. Dort stehen die Zahlen dazu, wie viele Gemeinden und wie viele Einwohner im Land vorhanden sind.

Des Weiteren kann man feststellen, dass der größte Wert gerade in Brandenburg zu finden ist, und zwar deutlich größer, obwohl Brandenburg nicht gerade eine kleinteilige Struktur, sondern eine deutlich größer gegliederte Struktur - noch keine unvernünftig große, aber eine deutlich größer gegliederte Struktur - aufweist.

In Sachsen wiederum liegen die Werte ziemlich genau im Durchschnitt; in Mecklenburg ebenfalls, obwohl Mecklenburg im Vergleich zu Sachsen die umgekehrte Struktur aufweist.

Nun frage ich mich: Hat der Gutachter diesen Satz geschrieben, bevor er auf der Seite 174 die Zahlen zusammengestellt hat?

(Herr Kosmehl, FDP, lacht)

Diesen Satz, der ja schon auf der Seite 173 steht, hätte er nach der Zusammenstellung der Zahlen auf Seite 174 wohl nicht mehr so geschrieben.

(Beifall bei der FDP)

Solche Dinge möchte ich in einem Gutachten vermieden haben. Wir brauchen Gründlichkeit. Deshalb vielen herzlichen Dank für die sachliche Einführung in dieses Thema.

Für mich stellt sich die Frage: Darf man die Effizienz der Verwaltung hinterfragen?

(Zuruf von der CDU: Na klar!)

Das war nicht immer üblich; denn es handelt sich hierbei um hoheitliches Handeln. Wenn ich an meine Zeit in anderen Herrschaftssystemen zurückdenke, stelle ich fest, dass ich damit durchaus unterschiedliche Erfahrungen gemacht habe.

(Heiterkeit bei der CDU)

Wir stellen fest: Man darf, zumindest heute. Es war auch in anderen Epochen Deutschlands durchaus möglich und es gab diesbezüglich auch Bemühungen.

Wir dürfen aber noch mehr. Wir dürfen mit Sicherheit die Leistungen derjenigen anerkennen, die uns seit Jahren verwalten. Die Verwaltung wird heutzutage als Dienstleistung organisiert, seit 16 Jahren aber auch als Ab- und Umbauprozess. Obwohl die Mitarbeiterzahl kontinuierlich sinkt, werden wir präzise, schnell, rechtssicher und mit steigender Qualität verwaltet. Unsere Bürger haben Einspruchsmöglichkeiten und nutzen diese auch. Das ist die Realität.

Der auf der kommunalen Ebene realisierte Personalabbau kann sich durchaus mit dem in der Landesverwaltung messen.

Es geht bei diesen Effizienzbetrachtungen um mehrere Tausend Arbeitsplätze in der Kernverwaltung. Es geht nicht um Kindergärtnerinnen, Straßenarbeiter und Polizisten, deren Stellen heute schon so knapp bemessen sind, dass mancherorts die Qualität gefährdet scheint.

Es geht auch um die Leistungsträger der Kernverwaltung, die sich direkt vor Ort der Probleme annehmen. Es geht auch um die Struktur der Entscheidungsprozesse und um die Struktur der entsprechenden Arbeitgeber. Dabei geht es um die Frage, wie viel Personal durch eine kommunale Gebietsreform eingespart werden kann, sollte oder muss.

Warum sollte man die Wirtschaftlichkeit vergleichen? - Ganz einfach deshalb, weil das Gespräch vor Ort schon in vollem Gang ist. Es wurde von den Beteiligten dieses Hauses sinnvollerweise begonnen.

Bei all diesen Veranstaltungen wurde deutlich gemacht, dass es vor allem die Finanzlage des Landes ist, die die Bereitschaft aller zur Veränderung erforderlich macht. Die Bereitschaft der Beteiligten, notwendige Veränderungen mitzutragen, ist spürbar vorhanden.

Daher fordern die Bürgerinnen und Bürger im Land mit Recht den Nachweis, dass der eingeschlagene Weg

richtig und maßvoll ist. Eingeschlagen wurde dieser Weg mit dem Landtagsbeschluss in der Drs. 5/355 vom 17. November 2006 - Sie erinnern sich. Diesen gilt es nun gemeinsam auszufüllen.

Kann man aber die Verwaltungsstrukturen wirtschaftlich vergleichen und bewerten? - Die bekannte Studie des Landesrechnungshofes aus dem Jahr 2003 ist schon erwähnt worden. Sie hat es geschafft, für Klarheit zu sorgen - nach etwa 30-jähriger hitziger Debatte. Damit konnte diese Studie ihren Beitrag erfüllen; denn sie ermöglichte eine Reform, indem sie eine sachliche Grundlage schuf.

Die Studie hat im Übrigen anerkannt, dass viele Tätigkeiten im ländlichen Raum von ehrenamtlichen Bürgermeistern und Sonstigen übernommen werden, die bei größeren Strukturen vom hauptamtlichen Personal erledigt werden müssen. Wir sind gespannt, wie sich die Lage in Sachsen-Anhalt darstellt.

Nun stellt sich die Frage: Muss man, wenn man kann, darf und sollte, die Wirtschaftlichkeit der vorhandenen Verwaltungsstrukturen untersuchen, wenn man zwangsläufig und flächendeckend gesetzlich eingreifen möchte?

Unabhängig davon, wie diese Veränderung politisch ausgestaltet wird, muss jede Kommunalreform, um Bestand zu haben, in erster Linie verfassungsgemäß sein. Dabei sind folgende Aspekte zu berücksichtigen:

- a) muss die Reform dem Gemeinwohl entsprechen,
- b) muss sie die Verwaltungs- und Kosteneffizienz beachten und abgewogen werden sein und
- c) muss sie - das ist ebenfalls wichtig - akzeptiert werden; dadurch werden die Rechtssicherheit, die Klagerechtsicherheit und der Erfolg der Reform wesentlich mitbestimmt.

Die besondere Situation in Sachsen-Anhalt stellt sich so dar, dass seit dem 1. Januar 2005 neue, größere Einheiten der gemeindlichen Verwaltung existieren. Ein Neuzuschnitt auch dieser Einheiten aus raumordnerischen Gründen wäre ein wesentlicher Eingriff in die kommunale Selbstverwaltung.

Nun darf manches, was man soll, kann oder und auch müsste, hinterfragt werden. Wir haben das gestern erlebt. Einige von uns haben Probleme damit, das Rauhen einzustellen. Dies war gestern ein umfängliches Thema.

In der jetzt in Rede stehenden Frage brauchen wir nun wirklich dringend eine politische Entscheidung, und zwar die Entscheidung darüber, ob wir eine solche Bestandsaufnahme im Lande wollen. Dazu sage ich ganz klar: Wir, die Abgeordneten der CDU-Fraktion, wollen diese Bestandsaufnahme und begrüßen die gewachsene Einsicht anderer. Anfangs fühlten wir uns mit dieser Forderung etwas allein gelassen.

(Herr Miesterfeldt, SPD: Das ist aber traurig!)

Der Kommentar von Herrn Bock in der „Volksstimme“ hat diesen Erkenntnisprozess deutlich mit vorangetrieben. Vielen Dank dafür!

(Zuruf von Herrn Wolpert, FDP)

Wenn man ein solches Gutachten möchte, Herr Wolpert, dann sollte es ein Gutachten unabhängiger Dritter sein.

In einer Zeit, in der durch eine Volksinitiative bereits einige Tausend Unterschriften gesammelt worden sind,

(Herr Felke, SPD: Wer hat die angeschoben?)

brauchen wir überzeugende Argumente, die die Menschen mitnehmen.

Der Landesrechnungshof könnte meiner Ansicht nach diese sinnvolle Aufgabe wahrnehmen, wie er es in Sachsen und Schleswig-Holstein auch mit großem Erfolg tut.

Mein persönlicher Eindruck nach der Lektüre mehrerer Gutachten in den vergangenen Monaten ist der, dass die Qualität und die Aussagekraft der beratenden Äußerungen der Landesrechnungshöfe deutlich größer ist als die der Gutachten verschiedener Wirtschaftsforschungsinstitute.

Einige Fragen werden wir beantworten müssen, da eine solche Bestandsaufnahme, wie wir sie wünschen, dies nicht leisten kann. Wie effektiv ist das Modell der CDU-Fraktion für die erwähnten Ausnahmen, nämlich Einheitsgemeinden mit einer Ortsgemeindeverfassung und gewissen Mindestgrößen?

**Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:**

Herr Harms, ich muss Ihnen sagen, dass wir sehr großzügig sind, aber Ihre Redezeit ist bereits um das Doppelte überzogen.

**Herr Harms (CDU):**

Herr Präsident, ich bitte um Entschuldigung. Gestatten Sie mir einen abschließenden Satz? - Unser gemeinsamer Antrag ist bemüht, die Anträge der anderen Fraktionen aufzunehmen und in einem wesentlichen Punkt zu erweitern. In diesem Zusammenhang verweise ich auf die Beschlusslage vom 17. November 2006 und auf unser gemeinsam formuliertes Ziel, jenen Beschluss umzusetzen. - Danke.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:**

Vielen Dank. - Nun erhält noch einmal Herr Wolpert das Wort. Herr Wolpert, wenn Sie noch einmal sprechen möchten, hätten Sie jetzt die Gelegenheit dazu.

(Herr Wolpert, FDP: Ich verzichte!)

Offenbar gibt es eine Frage an Herrn Harms. Herr Harms, möchten Sie noch eine Frage beantworten? Herr Köck möchte eine Frage stellen.

(Herr Kosmehl, FDP: Ja, Sie können zu Ende reden! - Heiterkeit bei allen Fraktionen - Herr Gallo, Linkspartei.PDS: Wir helfen gern!)

**Herr Dr. Köck (Linkspartei.PDS):**

Man kann ja mehrere Gutachten erstellen. Aber wäre es in diesem Fall nicht günstiger, dann auch zu sagen, dass man sich dem Ergebnis des Gutachtens unterwerfen will?

Wir hatten in Aschersleben im Rahmen der Kreisgebietsreform das mehrheitliche Votum der Bürger, die zum Landkreis Harz wechseln wollten. Dem hat die Politik nicht stattgegeben.

(Herr Scharf, CDU: Das muss abgewogen werden!)

**Herr Harms (CDU):**

Herr Köck, vielen Dank für diese Frage. An dieser Stelle kann ich nahtlos anknüpfen.

(Heiterkeit bei allen Fraktionen)

**Herr Dr. Köck (Linkspartei.PDS):**

Dann hätte ich eine andere stellen sollen.

**Herr Harms (CDU):**

Herr Köck, am Ende werden wir eine Bewertung vornehmen müssen - ich betone: wir. Diese Bewertung kann man durch kein Gutachten ersetzen und diese Bewertung geht möglicherweise über jedes Gutachten hinaus. Dabei werden uns die Erfahrungen aus den Wahlkreisen helfen.

(Heiterkeit bei allen Fraktionen - Zustimmung bei der CDU und bei der FDP)

Zu Recht erwarten die Bürger eine verständliche Politik und eine klare Aussage zum Nutzen einer Reform und zu deren Effizienz. - Danke.

(Heiterkeit bei allen Fraktionen - Zustimmung bei der FDP)

**Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:**

Herr Harms, erst hatte ich Sie gewähren lassen, weil Sie Aufmerksamkeit erzeugt haben, und jetzt, weil Sie Heiterkeit erzeugt haben.

(Heiterkeit bei allen Fraktionen - Frau Weiß, CDU: Gute Mischung!)

Nun hat Herr Minister Hövelmann um das Wort gebeten. Bitte schön

**Herr Hövelmann, Minister des Innern:**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Kollege Harms, ich hoffe, Sie machen nicht immer das, was Herr Kosmehl Ihnen sagt.

(Herr Kosmehl, FDP: Das ist nichts Falsches!)

- Darüber kann man streiten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst bin ich froh darüber, dass es das Parlament vollbracht hat, zu dieser doch sehr kritischen Problematik eine Diskussion zu führen, die sachorientiert ist. Wir haben auch schon Situationen erlebt, in denen sich die Dinge hochgeschaukelt haben. Für diese sachorientierte Diskussion bin ich dankbar; das möchte ich deutlich sagen.

Mit den Gutachten ist das so eine Sache - das möchte ich einschränkend sagen -, weil es immer darauf ankommt, welches Gutachten man für seine Argumentation heranzieht. So wie Kollege Harms eben eine Berechnungsunterlage zu Hilfe genommen hat, so hat Frau Schindler eine andere genommen.

(Herr Kosmehl, FDP: Die andere Seite!)

- Eine andere Seite des gleichen Gutachtens. Ich habe noch ein Gutachten dabei.

(Herr Kosmehl, FDP: Seite 3!)

Dieses Gutachten ist an dieser Stelle bereits zur Sprache gekommen, nämlich das „Gutachten über die Effek-

te verschiedener Gestaltung der Organisation von amtsangehörigen Gemeinden im Land Brandenburg“. Dieses ist im März 1999 vom Kommunalwissenschaftlichen Institut der Universität Potsdam erstellt worden.

Ich möchte daraus einen Satz zitieren. Jetzt werden Sie wieder sagen, dass das der falsche Satz sein wird. Vielleicht finden Sie an einer anderen Stelle einen Satz, der das Gegenteil besagt. Aber ich möchte einen Satz, den ich für wesentlich halte, zitieren, weil er mehr aussagt als die Bewertung von Zahlen. Der Satz lautet wie folgt:

„Im Sinne einer Nutzwertanalyse und einer Plausibilitätsklärung ist davon auszugehen, dass amtsfreie Gemeinden“

- so heißen die Einheitsgemeinden im Land Brandenburg -

„im Landesdurchschnitt gegenüber den Ämtern“

- das entspricht den Verwaltungsgemeinschaften in Sachsen-Anhalt -

„Vorteile im Bereich der Wirtschaftlichkeit, der Steuerungs- und Entscheidungsfähigkeit der Politik und zum Teil der Leistungsfähigkeit der Verwaltung haben.“

Weshalb ich gerade diesen Satz zitiert habe, möchte ich mit zwei Dingen begründen. Zum einen geht es um mehr als die reine mathematische Effektivität einer Verwaltungsleistung. Es geht um mehr. Die Frage, ob das eine 3,50 € mehr oder 4,50 € weniger kostet, ist wichtig; das ist aber nicht das ausschließliche Kriterium für die Frage, wie effektiv Strukturen sind.

Der zweite Grund, weshalb ich diesen Satz zitiere, ist, dass der Nachweis, der gegebenenfalls durch ein Gutachten erbracht werden kann, nicht auf jeden Einzelfall zutreffen muss. Die Erwartungshaltung, dass die Landesregierung mit einem Gutachten, von welchem Gutachterpapst dieses auch erstellt wird, nachweisen kann, dass in der Gemeinde X im Landkreis Y genau dieses Ergebnis eintreten wird und dass das 7,50 € weniger als heute kostet, ist irrational. Ein solcher Nachweis kann nicht erbracht werden. Das muss uns allen klar sein.

(Zustimmung bei der SPD)

Wer mit der Erwartungshaltung herangeht, dass ein Gutachten dies leisten könne, der geht mit einer verkehrten Erwartungshaltung heran.

**Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:**

Herr Minister, möchten Sie eine Frage von Herrn Gallert beantworten?

**Herr Hövelmann, Minister des Innern:**

Darf ich das am Ende tun, Herr Gallert?

(Herr Gallert, Linkspartei.PDS: Ja!)

- Danke. - Es ist mehr als die bloße Aneinanderreihung von Zahlenkolonnen und es ist mehr als der individuelle Nachweis einer einzelnen Gemeindesituation.

Eines möchte ich dennoch zum Ausdruck bringen - das ist eine Behauptung, die ich Ihnen im Moment noch nicht durch ein Gutachten belegen kann, weil ich ein solches noch nicht habe -: Wir haben in Sachsen-Anhalt die folgende Situation:

Erstens. Wir sind das am höchsten verschuldete Flächenland der Bundesrepublik Deutschland. Wir haben am Ende vergangenen Jahres, Land und Kommunen gemeinsam, Schulden in Höhe von insgesamt mehr als 22,5 Milliarden € aufgenommen.

Zweitens. Wir sind eines der am kleinteiligsten organisierten Flächenländer der Bundesrepublik Deutschland. Es ist zumindest naheliegend, dass zwischen diesen beiden Extremen, die wir deutschlandweit für uns in Anspruch nehmen, ein Zusammenhang besteht.

(Unruhe bei der FDP)

- Das sind Extreme. Sie werden es nicht bestreiten können, dass dies Extreme sind.

(Zuruf von Herrn Prof. Dr. Paqué, FDP)

- Dazu komme ich gerade, Herr Kollege Paqué.

Diese Situation, die zusammenhängend zu betrachten ist, ist auf kommunaler Ebene noch schwieriger, als sie es auf Landesebene ist, weil das Land durch Entscheidungen des Gesetzgebers und durch die Arbeit der Landesregierung daran arbeiten kann, die eigene Situation in den Griff zu bekommen.

Die Kommunen können zumindest zu einem hohen Prozentsatz diese Aufgabe allein nicht mehr schultern. Warum? - Wir haben in Sachsen-Anhalt 1 043 Kommunen; die Landkreise sind auch Kommunen, die sind jetzt nicht mitgezählt. Es gibt also 1 043 Städte und Gemeinden im Land Sachsen-Anhalt.

Aktuell liegen beim Innenministerium 300 Anträge - täglich kommen noch ein paar hinzu - auf Bedarfszuweisungen und Liquiditätshilfen aus der Ausgleichsumlage des Landes vor. Das heißt, betriebswirtschaftlich betrachtet ist fast jede dritte Stadt oder Gemeinde in unserem Land insolvent oder kurz davor.

(Zuruf von Herrn Kley, FDP)

- Das hat auch wieder etwas mit Strukturen in diesem Lande zu tun. Wir können an anderer Stelle gern darüber diskutieren, ob wir die richtigen Strukturen haben.

Diese Situation, die wir da haben, führt dazu, dass die einzelne Gemeinde - wenn sie zu den 300 gehört - gar nicht mehr in der Lage ist, selbst bei größter Anstrengung nicht, die eigenen, auch durch das Recht der kommunalen Selbstverwaltung garantierten, verfassungsrechtlich garantierten Entscheidungen herbeizuführen, weil sie gar nichts mehr zu entscheiden hat.

Wir müssen - das sehe ich als die Aufgabe der Landespolitik und auch des Landtages an - dafür Sorge tragen, dass alle Gemeinden in unserem Land eine Entwicklungsmöglichkeit haben und nicht nur die, denen es finanziell gut geht.

Dafür gibt es viele Ideen. Die sind in den letzten Jahren zum Teil auch in Angriff genommen worden; ich denke etwa an die Finanzausgleichsumlage der besonders gewerbesteuerstarken Gemeinden. Es ist also etwas Konkretes in Gang gesetzt worden. Aber es löst das Grundproblem in Sachsen-Anhalt nicht.

Deshalb bin ich davon überzeugt - so haben es die Koalitionsparteien zumindest zu der Zeit, als sie miteinander diese Regierung zu bilden begonnen haben, und auch an verschiedenen Tagen danach gesehen,

(Herr Prof. Dr. Paqué, FDP: Einzelne Tage! Sonntage!)

auch bei Entscheidungen hier im Landtag -, dass dies weiterhin so sein wird.

Ich darf darauf hinweisen: Wenn wir über ein Gutachten reden, dann dürfen wir nicht eine bloße taggenaue Analyse des Istzustands vornehmen. Das macht keinen Sinn.

(Herr Kosmehl, FDP, lacht)

- Ja, Herr Kosmehl, Sie lachen schon. Ich hoffe, Sie verstehen, worauf ich hinaus will.

(Herr Prof. Dr. Paqué, FDP: Deswegen lacht er!)

- Ja, ja, deswegen lacht er, weil er nicht weiß, was ich sagen will. - Wenn wir eine bloße Tag-Istzustands-Analyse machen, dann stellen wir fest: Die Verwaltungsgemeinschaft X kostet uns so viel, die Einheitsgemeinde Y kostet uns so viel.

Wir würden, wenn wir so herangehen würden, nicht betrachten, wie die demografische Entwicklung in diesem Lande in den nächsten Jahren sein wird. Wir werden - das Statistische Landesamt hat die Zahlen veröffentlicht; Sie kennen sie - nach dem Jahr 2020 unter die 2-Millionen-Marke abrutschen. Das heißt, die Problematik wird noch zunehmen.

Wir würden bei einer Tagbetrachtung nicht berücksichtigen, wie sich die finanzielle Situation des Landes und damit auch die finanzielle Situation der gemeindlichen Ebene in diesem Land entwickeln wird.

Wenn wir eine gutachterliche Betrachtung vornehmen, dann muss diese gutachterliche Betrachtung nicht in die Vergangenheit, sondern in die Zukunft gerichtet sein. Darauf möchte ich ausdrücklich hinweisen. Ich werbe dafür, dass wir es genau so tun werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Gestatten Sie mir abschließend noch eine persönliche Bemerkung - ich habe noch 42 Sekunden -: Alle Verwaltungsebenen im Land Sachsen-Anhalt sind in der Vergangenheit in der nie grundsätzlich infrage gestellten Grundannahme reformiert worden, dass der Weg der Vergrößerung der Strukturen zu mehr Effizienz und zu Kosteneinsparungen führt.

Wir haben die drei Regierungspräsidien zu einem Landesverwaltungsauftrag zusammengelegt. Wir sind von ursprünglich 37 Landkreisen auf jetzt elf gekommen. Wir haben die Verwaltungsgemeinschaften vergrößert. Wir - das ist natürlich dieses Land, das sind wir alle.

Im Grunde genommen liegt die Beweispflicht, meine sehr verehrten Damen und Herren, dass größere Strukturen keinen Fortschritt bringen, auch bei denen, die diesen Fortschritt permanent bestreiten. - Vielen Dank.

(Zustimmung bei der SPD und bei der CDU)

#### **Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:**

Vielen Dank, Herr Minister Hövelmann. - Nun bitte die Fragen. Zunächst Herr Gallert und danach Herr Grünert.

#### **Herr Gallert (Linkspartei.PDS):**

Herr Hövelmann, ich habe mich gemeldet, als Sie dieses Brandenburger Gutachten zitiert haben. Das hebt - so haben Sie es zumindest interpretiert - ausdrücklich darauf ab, dass man sich nicht auf eine reine Kostenanalyse beschränken darf. Darin gehen wir d'accord.

Wenn Sie diese Position einnehmen, dann müssten Sie doch jetzt der Koalition empfehlen, unserem Änderungsantrag zuzustimmen, der genau das beinhaltet: Neben den reinen Kostenaspekten nehmen wir personalwirtschaftliche, mitbestimmungsrechtliche, wirtschaftliche Aspekte und den Gesichtspunkt der demokratischen Partizipation mit.

Demgegenüber geht der Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen lediglich von der Wirtschaftseffizienz unter der Voraussetzung der demografischen Entwicklung und der Entwicklung der öffentlichen Finanzen aus und blendet die ganzen Fragen der Qualität der Verlaufsprozesse aus, die hochinteressant sind: Wo sind politische Entscheidungen effizienter bzw. im Inhalt demokratischer?

Ihr Plädoyer in Bezug auf das Brandenburger Gutachten heißt doch jetzt eigentlich, dass die Koalition unserem Änderungsantrag zustimmen müsste. Oder nicht?

(Heiterkeit)

**Herr Hövelmann, Minister des Innern:**

Schade, Herr Kollege Gallert, dass Sie mich genau so verstanden haben. So wollte ich gerade nicht verstanden werden.

(Herr Gallert, Linkspartei.PDS: So ein Pech aber auch!)

- Das ist ein Pech.

Der Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen spricht ausdrücklich von der Effizienz. Und Effizienz ist mehr als betriebswirtschaftliche Kenngrößen und betriebswirtschaftliche Effektivität. Effizienz hat auch etwas mit Entscheidungsprozessen zu tun, hat auch etwas mit Partizipationsmöglichkeiten zu tun, hat etwas mit einem größeren Regelungsbereich vom Volumen und von der Masse her zu tun.

Daher darf ich meine Überzeugung zum Ausdruck bringen, dass ich den Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen für genau zielführend halte.

(Zustimmung bei der SPD - Herr Gallert, Linkspartei.PDS: Na ja!)

**Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:**

Nun Herr Grünert, bitte.

**Herr Grünert (Linkspartei.PDS):**

Herr Minister, Sie haben in den letzten Sätzen Ihres Statements ausgeführt, das Strukturen immer größer und zugleich immer besser wurden.

**Herr Hövelmann, Minister des Innern:**

Das habe ich nicht gesagt.

**Herr Grünert (Linkspartei.PDS):**

Zumindest haben Sie gesagt, dass die Entwicklung hin zu größeren Strukturen ging und dass der Landtag den Weg dazu auch geebnet hat. Sie hatten Verwaltungsgemeinschaften und Einheitsgemeinden aufgeführt.

Ich habe eine Frage dazu. Wir haben jetzt die Situation, dass die Einheitsgemeinden - davon gehen Sie in Ihrem

Eckpunktpapier aus - zu unterschiedlichen Zeitpunkten genehmigungsfähig waren. Wir haben Einheitsgemeinden mit 5 000, 7 000, 8 000 und zukünftig mit 10 000 Einwohnern.

Das Gutachten von Schleswig-Holstein sagt, dass, je größer die Einheitsgemeinde wird, auch die finanzielle Belastung - das heißt der Unterschied zwischen der Verwaltungsgemeinschaft in Schleswig-Holstein und der Einheitsgemeinde - größer wird. In Schleswig-Holstein liegen die Kosten bei Einheitsgemeinden mit mehr als 8 000 Einwohnern bei 39 %, bei Einheitsgemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern bei ungefähr 60 % über den Kosten einer Verwaltungsgemeinschaft.

Frage: Warum haben Sie dann nicht vor, genau diesen Tatsachen Rechnung zu tragen und zu sagen: Zukünftig sind eben diese nicht bestandsfähig, sondern sie müssen sich auch den veränderten Bedingungen anpassen?

**Herr Hövelmann, Minister des Innern:**

Wenn Sie das Gutachten des Landesrechnungshofes Schleswig-Holstein schon zu Rate ziehen, dann bitte ich Sie, auch zu berücksichtigen, dass der Landesrechnungshof Schleswig-Holstein allein mit der Bezeichnung „Verwaltungsgemeinschaft“ etwas ganz anderes meint als das, was wir in Sachsen-Anhalt unter einer Verwaltungsgemeinschaft verstehen.

Er meint damit, dass Gemeinden von einer benachbarten, größeren Kommune mit verwaltet werden, verwaltungsseitig mit bedient werden. Das ist eine andere Struktur als das, was wir in Sachsen-Anhalt haben. Wir in Sachsen-Anhalt haben die Verwaltungsgemeinschaft als übergemeindliche Zweckverbandslösung mit eigenen Entscheidungsgremien. Das System in Schleswig-Holstein ist ein völlig anderes.

Auf Ihre Frage möchte ich aber wie folgt antworten: Wenn die Argumentation richtig wäre, dass allein die Festlegung von Einwohnerzahlen -- Deshalb halte ich auch die Diskussion über die besondere Situationen im Land Sachsen-Anhalt bei der Erarbeitung des Leitbildes für besonders wichtig und für zielführend. Wenn man allein die Einwohnerzahlen nehmen würde, um zu einer Entscheidung zu kommen, würde man der konkreten Situation vor Ort nicht gerecht werden, weil die Situation auf einer großen Fläche mit wenigen Einwohnern eine andere ist als auf einer kleinen Fläche mit genauso vielen Einwohnern.

Die Vielfalt der Aufgaben, die wir in der Verwaltungsgemeinschaft oder in der Einheitsgemeinde wahrzunehmen haben, ist heute so stark differenziert, dass Sie eine direkte Vergleichssituation, wie Sie sie soeben dargestellt haben, gar nicht herstellen können. Sie müssten dann nämlich unterstellen, dass es Verwaltungsgemeinschaften gibt, die die Aufgaben des übertragenen und des eigenen Wirkungskreises wahrnehmen. Meines Wissens betrifft das nur zwei Verwaltungsgemeinschaften in Sachsen-Anhalt; alle anderen nehmen teilweise oder in vollem Umfang nur die Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises wahr. Das ist ein Problem, das wir in Sachsen-Anhalt bis heute nicht gelöst haben.

Interessant ist übrigens auch Folgendes - wenn ich das an dieser Stelle sagen darf -: Wenn Sie vor Ort mit Gemeinderäten und Bürgermeistern diskutieren, die ja einsehen, dass es eine Notwendigkeit für Veränderungen

gibt, dann stellen Sie fest, dass sie den Schritt, die betreffende Veränderung vorzunehmen, nicht mitmachen wollen. Sie sagen dann von sich aus: Wir können noch Dinge effektivieren, indem wir zum Beispiel Aufgaben auf die Verwaltungsgemeinschaft übertragen.

Es ist bis auf zwei Ausnahmefälle in Sachsen-Anhalt aber niemals gemacht worden. Das ist ein Grund für die in unserem Land Sachsen-Anhalt bestehende Handlungsnotwendigkeit.

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und von der Regierungsbank)

**Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:**

Vielen Dank. - Jetzt bitte Herr Köck.

**Herr Dr. Köck (Linkspartei.PDS):**

Herr Hövelmann, wir hatten gestern das Problem, dass die Oberfinanzdirektion innerhalb kurzer Zeit ihre Meinung vollkommen geändert hat. Wie ist denn das mit dem kürzlich vorgelegten Bericht des Statistischen Landesamtes zur Aufgliederung des Landes Sachsen-Anhalt per 1. Juli 2007?

**Herr Hövelmann, Minister des Innern:**

Es tut mir leid. Ich habe Ihre Frage nicht verstanden. Ich weiß nicht, was Sie von mir wissen wollen.

**Herr Dr. Köck (Linkspartei.PDS):**

Das Statistische Landesamt Sachsen-Anhalt hat ein umfangreiches Heft herausgegeben, in dem die Grenzen der einzelnen Einheitsgemeinden aufgezeigt werden und in dem die neue Gliederung des Landes statistisch aufgearbeitet wird. Darin wird aufgezeigt: So sieht das Land Sachsen-Anhalt ab dem 1. Juli 2007 aus. - Es ist Ihr Verantwortungsbereich.

**Herr Hövelmann, Minister des Innern:**

Eine solche Erhebung des Statistischen Landesamtes gibt es nicht.

**Herr Dr. Köck (Linkspartei.PDS):**

Darin sind die Verwaltungsgemeinschaften und Einheitsgemeinden enthalten. Ihre Daten sind statistisch aufgearbeitet mit Gemeindenummern und mit Angaben zum Flächenumfang. Habe ich vielleicht einen Prototypen des Berichts erhalten?

**Herr Hövelmann, Minister des Innern:**

Nein. Ich glaube, den hat jeder erhalten. Es ist aber kein Prototyp. Es ist eine Veröffentlichung des Statistischen Landesamtes zu den Kommunalstrukturen im Land Sachsen-Anhalt. Das gibt das Statistische Landesamt jährlich heraus.

(Herr Dr. Köck, Linkspartei.PDS: Unter Berücksichtigung der neuen Kreisgrenzen ab dem 1. Juli 2007?)

- Ja, sicher, unter Berücksichtigung der neuen Kreisgrenzen. Das ist doch logisch. So ist auch die Begründung für die Veröffentlichung mit Stand 1. Juli 2007, Herr Kollege Köck. Der Pflicht, dass die Veränderung der Kreisgrenzen bei den jährlichen Veröffentlichungen be-

rücksichtigt werden muss, ist das Statistische Landesamt nachgekommen.

**Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:**

Es gibt noch zwei Fragen. Dann sollte damit Schluss sein. - Bitte, Herr Kosmehl.

(Zuruf von Herrn Tullner, CDU)

**Herr Kosmehl (FDP):**

Ich frage lieber im Plenum, Herr Kollege Tullner. - Herr Minister, Sie hatten darum gebeten, dass man keinen Stichtag festsetzt, sondern in die Zukunft schaut. Sie haben dann über die demografische Entwicklung gesprochen. Gehen Sie mit mir d'accord, wenn ich sage, dass die demografische Entwicklung keinen Einfluss auf die Verwaltungsorganisation hat?

Wenn wir in Sachsen-Anhalt Einwohner aus einer Verwaltungsgemeinschaft heraus verlieren, dann werden sie doch auch dann gehen, wenn diese Verwaltungsgemeinschaft plötzlich eine Einheitsgemeinde ist. Wir müssen doch aber dafür Sorge tragen, dass die Menschen hier bleiben. Das ist doch kein Unterschied. Oder sehen Sie einen Unterschied darin, ob es eine Verwaltungsgemeinschaft oder eine Einheitsgemeinde ist?

Meine zweite Frage lautet: In die Zukunft gerichtet müsste dann auch die Finanzausstattung, die ja im Hinblick auf ihr Handeln und die Erledigung von Aufgaben die Grundlage für die Verwaltungsgemeinschaft und für die Einheitsgemeinde ist, abgesichert werden. Wie wollen Sie das in die Zukunft blickend gutachterlich feststellen hinsichtlich der FAG-Verbundquote, die ja immer einmal wieder überraschend, von Haushalt zu Haushalt, geändert wird?

Wenn ich den Minister der Finanzen hier anschaue, dann stelle ich fest: Wir sind auf diesem Weg noch nicht am Ende, sondern stehen erst am Anfang. Wie wollen Sie das in die Zukunft projizieren? Ist es nicht vielleicht doch richtig, den Status quo hinsichtlich der Finanzausstattung und des Umgangs mit den Finanzen festzustellen?

**Herr Hövelmann, Minister des Innern:**

Zu der ersten Frage, Herr Kosmehl, möchte ich Folgendes ausführen: Ich gebe Ihnen gerne darin Recht, dass die Frage, ob Einwohner in eine Einheitsgemeinde oder in die Mitgliedsgemeinde einer Verwaltungsgemeinschaft ziehen bzw. aus diesen jeweils wegziehen, keine Auswirkungen auf die Verwaltungsorganisation, auf die Verwaltungskraft und auf was weiß ich, was auch immer mit Verwaltung zusammenhängt, hat.

Ich bitte aber darum, doch zu berücksichtigen, dass die Entwicklung der Anzahl der Menschen, die in einer Region wohnen, dafür mit entscheidend ist, welche Entscheidungsmöglichkeiten eröffnet werden und welche Notwendigkeiten entstehen.

Ich nenne ein Beispiel. Wenn wir zurückgehende Einwohnerzahlen haben werden - wovon wir leider alle ausgehen müssen -, dann müssen wir uns über die öffentliche Infrastruktur in unserem Land Gedanken machen, über die Frage der Abwasserentsorgung, über die Wasserversorgung, über die Leitungsquerschnitte, über den Kostenaufwand, über den Rückbau, über die Abfallentsorgung, über den Straßenbau, über all solche Punkte.

Die sind abhängig von der Anzahl der Menschen, die es als Nutzer dieser öffentlichen Leistungen gibt. Da geht es darum: Wer entscheidet über welche perspektivische Entwicklung im Versorgungs- oder im Entsorgungsbereich?

Wir haben heute die Situation, dass insbesondere in Verwaltungsgemeinschaften aufgrund der originären gesetzlichen Zuständigkeit jede Gemeinde diese Entscheidung für sich trifft.

(Herr Kosmehl, FDP: Abwarten!)

Es gibt Zweckverbandslösungen, zum Beispiel bei Abwasserzweckverbänden; das Stichwort haben Sie gerade genannt.

Wir bräuchten eigentlich eine Situation, in der für ein Territorium, das zusammengehört - ich nenne einmal das Stichwort Einheitsgemeinde -, gemeinschaftlich durch Prioritätensetzungen langfristige Entscheidungen getroffen werden, die dann jeweils für die gesamte Region gelten. Dies ist ein weiteres Argument für eine Bündelung von Kräften, für eine Bündelung von Entscheidungskompetenz und Entscheidungskraft.

(Zustimmung bei der SPD, bei der CDU und von der Regierungsbank)

Zu der zweiten Frage möchte ich sagen: Ich bin, weil ich zugegebenermaßen in diesem schönen Hohen Haus nicht stimmberechtigt bin, nicht mit wahrsagerischen Fähigkeiten ausgestattet, was die Zukunft der Kommunalfinanzen betrifft.

Wir wissen aber alle, dass wir bei einem zurückgehenden Mittelvolumen des Landeshaushaltes nicht davon ausgehen können, dass wir der kommunalen Seite in Zukunft mehr finanzielle Mittel zur Verfügung stellen können, als dies heute der Fall ist. So ehrlich müssen wir doch sein.

Im Gegenteil: Wir werden wahrscheinlich - das wissen auch die Kommunen - zumindest in dem Maße, in dem das Land weniger Mittel zur Verfügung hat, auch die Kommunen an der Kompensation der weniger zur Verfügung stehenden Mittel beteiligen müssen, zumindest deshalb, weil es feste „Brocken“ im Landeshaushalt gibt, die man nicht prozentual entsprechend den zurückgehenden Einnahmen absenken kann, zum Beispiel Zinszahlungen, Tilgungsleistungen, fixe Kosten oder Personalausgaben. Von daher kann ich Ihnen diese Frage nur hypothetisch beantworten.

Aber ich bin trotzdem fest davon überzeugt, dass es richtig ist, die Frage nach effektiven kommunalen Strukturen zu beantworten. Dabei geht es nicht nur um Verwaltungsstrukturen. Es geht mir darum, dass man auch die perspektivisch zu erwartenden finanziellen Situationen der Kommunen berücksichtigen soll und nicht diejenigen, die wir in den zurückliegenden Jahren hatten.

#### **Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:**

Es gibt noch eine kurze Frage von Herrn Grünert. Ich hoffe, sie ist auch kurz.

#### **Herr Grünert (Linkspartei.PDS):**

Es ist eine kurze Nachfrage, Herr Präsident. - Herr Minister, ich wiederhole es noch einmal. Ich habe Sie vorhin gefragt - das bezog sich nur auf die Einheitsgemeinden -, warum dann in den bestehenden Einheitsgemeinden nicht eine Anpassung an die Voraussetzung erfolgt,

die in Ihrem Leitbild genannt wird, und zwar 8 000 Einwohner. Dies setzt ja gedanklich voraus, dass es bei der Vorgabe „5 000 Einwohner“ besser zu organisieren ist. Es stellt sich dann aber auch die Frage: Warum müssen wir in den anderen Bereichen so stark aufholen? Hier ging es erst einmal nur um die Frage der unterschiedlichen Gewichtung der Einheitsgemeinden.

#### **Herr Hövelmann, Minister des Innern:**

Dann habe ich das vorhin missverstanden und nicht so geantwortet, wie Sie es erwartet haben.

Ich habe in dem Eckpunktepapier vorgeschlagen, die Einheitsgemeinden, die zum Zeitpunkt ihrer Genehmigung rechtskonform gebildet worden sind, unter „Bestandsschutz“ zu stellen. Das hat aus meiner Sicht auch einen Fairness- und Glaubwürdigkeitsgrund des Gesetzgebers. Die Frage, wie viele Einwohner ausreichend sein sollen, um die Leistungsfähigkeit einer Einheitsgemeinde zu garantieren, hat dieser Landtag zu unterschiedlichen Zeiten unterschiedlich entschieden. Er hat einmal gesagt, es seien 7 000 Einwohner, und zu einem anderen Zeitpunkt hat er gesagt, es seien 8 000 Einwohner. Auch unter Berücksichtigung der demografischen Entwicklung lautet mein Vorschlag, dafür 10 000 Einwohner festzulegen, damit wir perspektivisch zumindest das halten, was wir heute als Rechtsgrundlage haben, nämlich 8 000 Einwohner.

Wenn Sie eine Einheitsgemeinde haben, die unter diesem Gesichtspunkt genehmigt worden ist und heute 8 700 Einwohner hat, dann kann ich dem Gesetzgeber reinen Gewissens nicht empfehlen, diese Einheitsgemeinde, aus welchen Gründen auch immer, aufzulösen, zu zerteilen und irgendwo zuzuordnen, sondern ich kann nur sagen, dass diese Fälle Bestandsschutz haben sollen, was natürlich nicht daran hindert, durch Werben in der Region die eine oder andere Gemeinde vielleicht dazu zu bewegen, diese Einheitsgemeinde noch stärker zu machen. Aber ich werde in diesen Fällen nicht vorschlagen, per Zwang etwas zu ändern.

Etwas anderes ist es in den Fällen von Einheitsgemeinden, die zum Zeitpunkt ihrer Genehmigung schon nicht rechtskräftig hätten gebildet werden dürfen, weil sie die Vorgaben des Gesetzgebers damals schon meilenweit verfehlt haben. Das betrifft aber Gott sei Dank nur sehr wenige Einheitsgemeinden. Diese Einheitsgemeinden wissen das auch und mit ihnen wird es Gespräche geben. Sie sind auch schon für sich auf der Suche nach einer Lösung, um gemeinsam mit Nachbargemeinden dauerhaft eine Entwicklung hinzubekommen.

(Beifall bei der SPD)

#### **Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:**

Vielen Dank, Herr Minister Hövelmann. - Wünscht jetzt noch jemand das Wort? - Herr Wolpert, bitte.

(Frau Budde, SPD: Na nee! - Zurufe von der CDU)

- Ich darf daran erinnern, dass Herr Wolpert auf seinen Abschlussredebeitrag verzichtet hat, sodass er jetzt doppelt Grund hat, noch einmal ans Pult zu treten.

#### **Herr Wolpert (FDP):**

Vielen Dank für die Rechtfertigung meines Rederechtes, Herr Präsident. Ich mache es auch kurz. Es sind letztlich drei Dinge, die ich noch klarstellen wollte.

Erstens. Sie haben mich nie anders zur Einheitsgemeinde reden hören, auch heute nicht. Ich habe gesagt, dass wir immer von dem Glauben ausgegangen sind, dass die Einheitsgemeinde besser zu verwalten ist. Der Unterschied, den ich heute klar gemacht habe, ist Folgender: In dem Moment, wo Sie das zwangswise durchsetzen wollen, reicht der Glaube nicht, sondern dann brauchen Sie Gewissheit, und die muss nachgewiesen werden. Deshalb die Forderung nach dem Gutachten.

Zweitens. Herr Innenminister, ich bin nicht Ihrer Auffassung, dass zwischen der Tatsache, dass wir das am höchsten verschuldete Land sind, und der Tatsache, dass unser Land eine gewisse Kleinteiligkeit aufweist, ein kausaler Zusammenhang besteht. Wenn dies richtig wäre, müsste Bayern das am höchsten verschuldete Land sein. Das ist es allerdings nicht.

Deswegen bin ich der festen Überzeugung, dass die Verschuldung dieses Landes etwas zu tun hat mit der Struktur des Landes Sachsen-Anhalt nach der Wende im Zusammenhang mit dem Zusammenbruch der Industrie, die anders als in anderen Flächenländern eben stark vorhanden war, und nicht zuletzt auch mit einer Finanzpolitik, die Ihre Partei für die Mitte der 90er-Jahre zu verantworten hat.

(Beifall bei der FDP)

Das Dritte ist - das hat die Diskussion gerade ergeben -: Ich fürchte, dass die Freiheit, die wir in unserem Antrag für den Auftrag zu dem Gutachten gelassen haben, doch nicht so genutzt wird, wie wir Liberalen uns das vorstellen. Wir nehmen das zum Anlass, den Antrag der Linkspartei.PDS zu übernehmen und uns zu eignen machen. Dort sind die Dinge, die in dem Gutachten beachtet werden sollten, recht gut beschrieben. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

#### **Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:**

Vielen Dank, Herr Wolpert. - Damit ist die Debatte abgeschlossen. Wir stimmen zunächst über die Änderungsanträge in der Reihenfolge ihres Eingangs ab.

Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der SPD in der Drs. 5/501. Wer stimmt zu? - Das sind die Antragsteller. Wer ist dagegen? - Das ist die FDP-Fraktion. Wer enthält sich der Stimme? - Das ist die Fraktion der Linkspartei.PDS. Damit ist dieser Änderungsantrag angenommen worden.

Jetzt stimmen wir über den Änderungsantrag der Fraktion der Linkspartei.PDS in der Drs. 5/502 ab. Wer stimmt zu? - Das sind die Antragstellerin und die FDP. Wer stimmt dagegen? - Die Koalitionsfraktionen. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt worden.

Jetzt stimmen wir über den so geänderten Antrag in der Drs. 5/478 ab. Wer stimmt zu? - Das sind die Antragsteller und die Koalitionsfraktionen. Wer stimmt dagegen? - Eine Gegenstimme von der Linkspartei.PDS. Stimm-enthaltungen? - Die übrigen Mitglieder der Fraktion der Linkspartei.PDS enthalten sich der Stimme. Damit ist dieser Antrag in geänderter Fassung angenommen worden und der Tagesordnungspunkt 16 ist beendet.

Ich rufe nun als letzten Tagesordnungspunkt unserer heutigen Sitzung den **Tagesordnungspunkt 12** auf:

#### **Zweite Beratung**

##### **Anpassung der Regelsätze nach SGB XII**

Antrag der Fraktion der Linkspartei.PDS - **Drs. 5/32**

Änderungsantrag der Fraktion der FDP - **Drs. 5/51**

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Soziales - **Drs. 5/473**

Die erste Beratung fand in der 3. Sitzung des Landtages am 9. Juni 2006 statt. Ich bitte Frau Bull, als Berichterstatterin des Ausschusses das Wort zu nehmen.

#### **Frau Bull, Berichterstatterin des Ausschusses für Soziales:**

Meine Damen und Herren! Der Antrag der Fraktion der Linkspartei.PDS in der Drs. 5/32 und der Änderungsantrag der Fraktion der FDP in der Drs. 5/51 wurden in der 3. Sitzung des Landtages am 9. Juni 2006 vom Plenum in den Ausschuss für Soziales überwiesen. Weitere Ausschüsse waren an der Beratung nicht beteiligt.

Im Kern ging es darum, die Sozialhilfesätze an die Regelsätze anzupassen, die Leistungsberechtigte im Rahmen der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II erhalten. Nach § 28 SGB XII haben die Länder die Pflicht, die Regelsätze zum 1. Juli eines jeden Jahres festzulegen. Insbesondere galt es festzustellen, wie die Landesregierung mit dieser Problematik umzugehen gedenkt.

Die Fraktion der Linkspartei.PDS fordert in ihrem Antrag, die Anpassung der Regelsätze spätestens zum 1. Januar 2007 vorzunehmen. Die Fraktion der FDP dagegen befürwortet in ihrem Änderungsantrag das Vorgehen, zunächst im Laufe des Jahres 2007 zu überprüfen, ob und in welcher Höhe eine Anpassung an die Regelsätze erforderlich ist.

Der Ausschuss für Soziales befasste sich damit erstmals in seiner Sitzung am 28. Juni 2006. Die Landesregierung informierte dabei darüber, dass sie der Entscheidung der Bundesregierung hinsichtlich der Berechnung der Regelsätze spätestens zum 1. Januar 2007 folgen werde.

Zu den finanziellen Auswirkungen der Ost-West-Anpassung der Regelsätze nach SGB XII insbesondere auf die Kommunen konnte die Landesregierung damals aufgrund von Verzögerungen bei der Datenerhebung durch das Statistische Landesamt noch keine Angaben machen. Diese Daten sollten erst im Herbst 2006 vorliegen.

Die Landesregierung räumte im Rahmen der Beratung auch eine gewisse Unsicherheit bei der Haushaltsaufstellung ein; denn die Gesetzesänderung trat erst zum 1. Januar 2007 in Kraft, sodass bei der Aufstellung des Haushaltplanes 2007 die Einstellung der Mittel nicht in dieser Weise erfolgen konnte, da die Aufstellung des Haushaltplanes auf der Basis des geltenden Rechtes erfolgt.

Die antragstellenden Fraktionen, also die Fraktionen der Linkspartei.PDS und der FDP, befürworteten es deshalb, die Punkte 1 und 2 des vorliegenden Antrages und den Punkt 3 des Änderungsantrages der Fraktion der FDP zu beschließen.

(Herr Tullner, CDU: Ist das ein gemeinsamer Antrag?)

- Ich habe am Anfang gesagt, dass es zwei verschiedene Anträge waren. - Dieser Wortlaut sollte als Grundlage für die Einstellung von Mitteln dienen, um Mehrkosten für die Kommunen aufgrund der Erhöhung der Sozialhilfeleistungen auszugleichen.

Die Koalitionsfraktionen votierten jedoch dafür, eine Beschlussempfehlung erst dann zu erarbeiten, wenn ausreichend belastbare Daten vorliegen. Der Ausschuss beschloss daraufhin mit 8 : 4 : 0 Stimmen, eine Beschlussempfehlung frühestens im Oktober 2006 zu erarbeiten.

Die nächste Beratung im Ausschuss erfolgte am 6. Dezember 2006. Dem Ausschuss wurde zur Beratung als Tischvorlage eine statistische Übersicht über die Regelsätze vorgelegt. Sie erinnern sich, die Prognose war, dass es im Herbst Daten dazu geben würde. Die Ministerin informierte den Ausschuss darüber, dass Bundestag und Bundesrat das Gesetz zur Änderung des SGB XII mittlerweile verabschiedet hätten, das unter anderem die in dem Antrag gewünschte Anpassung des Regelsatzes Ost an den Regelsatz West vorsehe. Dem Ausschuss wurden die finanziellen Auswirkungen dieser Anpassung dargestellt.

Die Anpassung war mittlerweile erfolgt, sodass die Fraktion der Linkspartei.PDS feststellte, dass sich damit logischerweise Punkt 1 ihres Antrages erledigt hatte. Sie beantragte, Punkt 2 ihres Antrages wie folgt neu zu fassen:

„Die Landesregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene für eine Neugestaltung der Regelsätze einzusetzen, die insbesondere den Bedürfnissen von Kindern und Jugendlichen stärker gerecht wird.“

Das war das Ergebnis einer Debatte und einer Anhörung, die im Ausschuss stattgefunden hatte. Die Fraktion begründete das unter anderem damit, dass der Regelsatz für Kinder ein abgeleiteter Regelsatz sei, der für den Bereich Bildung keine Mittel vorsehe.

Hinsichtlich des Punktes 3 des Antrages der Fraktion der Linkspartei wurde beantragt, die Jahreszahl „2007“ durch die Jahreszahl „2008“ zu ersetzen. Das betraf die Überprüfung der Auskömmlichkeit der Mittel für die Kommunen.

Die Landesregierung warnte davor, einen eigenständigen Regelsatz für Kinder festzulegen - das bezieht sich noch einmal auf Punkt 2 -, da sich dieser letztlich als nachteilig erweisen könnte. Die Fraktion der FDP als Einbringerin des Änderungsantrages schloss sich den Vorschlägen der Fraktion der Linkspartei.PDS zu Punkt 1 und Punkt 2 an.

(Herr Gürth, CDU: Das machen sie immer öfter!)

Hinsichtlich des Punktes 3 schlugen sie vor, diesen in der Fassung des Änderungsantrages in Drs. 5/51 zu beschließen.

Die Koalitionsfraktionen kündigten daraufhin an, den geänderten Antrag abzulehnen, und erklärten, die Problematik habe sich aus ihrer Sicht erledigt. Das Ziel, die Regelsätze zum 1. Januar 2007 anzugeleichen, sei erreicht worden. Außerdem sei es aus ihrer Sicht selbstverständlich, dass bei der Aufstellung des Doppelhaushalts 2008/2009 darauf geachtet werden werde, dass die Zuweisungen an die Kommunen auskömmlich seien.

(Herr Tullner, CDU: Wer hat das gesagt?)

Die Fraktion der FDP unterstrich das dringende Erfordernis, Leistungen, die den Kommunen zusätzlich auferlegt würden, auf ihre finanziellen Auswirkungen hin zu überprüfen. Die Landesregierung solle deshalb durch einen Beschluss des Landtages ausdrücklich dazu aufgefordert werden.

Der Ausschuss für Soziales lehnte die von den Fraktionen der Linkspartei.PDS und der FDP vorgeschlagenen Änderungen bei 4 : 8 : 0 Stimmen ab.

Wir haben damals vergessen, über den ursprünglichen Antrag abzustimmen. Deshalb erfolgte in der Sitzung darauf, am 10. Januar 2007, eine Abstimmung über den Ursprungsantrag. Die Abstimmung ergab, dass der Antrag in der ursprünglichen Fassung bei 4 : 7 : 0 Stimmen abgelehnt wurde, dem Landtag also zu empfehlen sei, diesen Antrag abzulehnen.

(Herr Borgwardt, CDU: War das schon die Rede zu Ihrem Antrag?)

- Nein, das ist nicht unsere Rede, sondern die Berichterstattung zur Beschlussempfehlung des Ausschusses. Ansonsten hätte ich Ihnen etwas ganz anderes erzählt.

(Zustimmung bei der Linkspartei.PDS - Herr Borgwardt, CDU: Ach, Sie bringen die Beschlussempfehlung ein! Das war mir nicht mehr erinnerlich! - Unruhe)

Deswegen bitte ich im Namen der Mehrheit des Ausschusses darum, der Beschlussempfehlung zuzustimmen.

**Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:**

Vielen Dank, Frau Bull. - Nun erteile ich Frau Ministerin Kuppe das Wort.

**Frau Dr. Kuppe, Ministerin für Gesundheit und Soziales:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Herren und Damen Abgeordneten! Wie Frau Bull dargestellt hat, haben sich der Landtag und der Ausschuss für Gesundheit und Soziales ausführlich mit der Problematik befasst.

Der Punkt 1 im Antrag der Fraktion der Linkspartei.PDS und der Punkt 1 im Antrag der Fraktion der FDP haben sich in der Tat erledigt. Zum 1. Januar 2007 hat die Landesregierung durch Rechtsverordnung die Regelsätze nach dem Sozialgesetzbuch XII auf das Niveau der Regelsätze nach dem Sozialgesetzbuch II erhöht. Statt 331 € beträgt der Eckregelsatz jetzt 345 €.

Hinsichtlich des in beiden Anträgen unter Punkt 2 gewünschten Berichtes der Landesregierung über die Zahl der von der Regelsatzerhöhung betroffenen Menschen und über das notwendige finanzielle Gesamtvolumen der Regelsatzerhöhung habe ich im Ausschuss berichtet, sodass auch dieser Punkt für erledigt erklärt werden konnte und abgearbeitet war.

Es bleibt Punkt 3, wonach geprüft werden soll, ob die Zuweisungen an die Kommunen nach dem Finanzausgleichsgesetz ausreichend sind, um die Erhöhung des Regelsatzes auch künftig finanzieren zu können, oder ob eine zusätzliche Mitfinanzierung der kommunalen Anteile durch das Land erforderlich sein wird. Das ist in der Tat eine spannende Frage.

Ich habe dargestellt, dass die Landesregierung derzeit die Vorbereitungen für den Entwurf des Doppelhaus-

halts 2008/2009 trifft. Die Entwicklung der Kommunalfinanzen wird bei der Vorbereitung dieses Doppelhaushaltes natürlich eine entscheidende Rolle spielen.

Die Entwicklung der Kommunalfinanzen wird einer langfristigen Betrachtung unterzogen werden. Das zwischenzeitlich vorliegende Benchmark-Gutachten wird auch bei der Beurteilung der künftigen kommunalen Leistungen eine der Beratungsgrundlagen sein. Daraus wird die Landesregierung den notwendigen Handlungsbedarf ableiten, in den natürlich auch die notwendigen Aufwendungen des Landes und der Kommunen für Sozialhilfeleistungen inbegriffen sind, sodass ich für eine zusätzliche Beauftragung in der Tat keinen Anlass sehe und darum bitte, dass der Beschlussempfehlung des Ausschusses zugestimmt wird.

(Zustimmung bei der SPD und bei der CDU)

**Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:**

Vielen Dank, Frau Ministerin Kuppe. - Wir beginnen jetzt mit der Debatte der Fraktionen. Es sind sicherlich alle gespannt, was wir dazu noch Neues hören werden.

(Heiterkeit bei der CDU, bei der SPD und bei der FDP)

Für die CDU-Fraktion spricht Herr Kurze.

**Herr Kurze (CDU):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten! Ich denke, das eigentlich alles gesagt worden ist. Durch die Berichterstatterin des Ausschusses wurde noch einmal ganz ausführlich dargelegt, um welche Sachverhalte es sich handelte,

(Zuruf von Frau Bull, Linkspartei.PDS)

welche Entwicklungen im Laufe der Zeit eingetreten sind, wie sich die Situation verändert hat und wie das Problem am Ende aus unserer Sicht zufriedenstellend gelöst worden ist.

Um an das anzuschließen, was unsere Ministerin dazu ausgeführt hat, denke ich, dass ich im Namen unserer Fraktion empfehlen kann, der Beschlussempfehlung des Ausschusses zu folgen und den Antrag abzulehnen.

(Zustimmung bei der CDU)

**Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:**

Vielen Dank, Herr Kurze. - Nun spricht Frau Dr. Hüskens. Bitte.

**Frau Dr. Hüskens (FDP):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich kann es ebenfalls kurz machen. Frau Bull hat darauf hingewiesen, dass es uns am Schluss vor allem darum ging, dass die Regierung beauftragt wird festzustellen, welche finanziellen Auswirkungen die Regelungen auf die Kommunen haben.

Wir haben vorhin noch einmal eine sehr dramatische Darstellung des Innenministers bekommen, dass die Finanzierung der Kommunen im Land nicht zum Besten steht. Deshalb hätten wir es außerordentlich begrüßt, wenn die Regierungsfraktionen unseren Vorstellungen hätten folgen können, einfach festzustellen, welche finanziellen Auswirkungen es gibt und wie hoch diese ausfallen. Man hätte im Jahr 2007 ausreichend Zeit ge-

habt festzustellen, ob man im Doppelhaushalt 2008/2009 eine entsprechende Umsetzung würde machen müssen.

Ich bin jetzt lange genug im Finanzausschuss, um zu wissen, dass üblicherweise die Freundschaft beim Geld aufhört. Darum ist es besser, wenn man einen Beschluss hat, als wenn man auf Koalitionspapiere verweist, wie das im Ausschuss stattgefunden hat.

Wir hatten eine sehr interessante Diskussion darüber, ob es ausreichend sei, etwas in einem Koalitionsvertrag zu vereinbaren, oder ob es staatsrechtlich nicht doch richtiger sei, das Ganze im Handeln der Verwaltung oder des Parlaments umzusetzen. Ich bin nach wie vor der Auffassung, dass es richtig ist, dass der Landtag beschließt, dass die Landesregierung entsprechend zu verfahren hat.

Ich möchte Sie bitten, der Beschlussempfehlung des Ausschusses nicht zuzustimmen, sondern dem Ursprungsantrag zu folgen und zu sagen, dies muss geprüft werden und die Kommunen haben ein Anrecht auf einen entsprechenden finanziellen Ausgleich. Eigentlich gebietet dies auch unsere Verfassung. - Ich danke Ihnen.

(Zustimmung von Herrn Franke, FDP)

**Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:**

Vielen Dank, Frau Dr. Hüskens. - Nun spricht Frau Dr. Späthe für die SPD-Fraktion. Bitte.

**Frau Dr. Späthe (SPD):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordneten, die Sie noch hier verweilen. Die beiden ursprünglichen Anträge vom Mai und Juni 2006 hat das Leben in der Zwischenzeit überholt. Ich bitte Sie deshalb, der Beschlussempfehlung des Ausschusses zu folgen.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:**

Vielen Dank. - Nun spricht Frau von Angern für die Fraktion der Linkspartei.PDS.

**Frau von Angern (Linkspartei.PDS):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordneten! Ich mache es nicht so kurz. Das ist jetzt die Rede der Linkspartei.PDS.

Ich möchte die Debatte über die Beschlussempfehlung nutzen, um einen besonderen Aspekt der Regelsätze gemäß dem SGB XII hervorzuheben. Es geht um die Kinder, ihre Rechtsstellung im System Hartz IV und die damit verbundenen oder verhinderten Zukunftschancen. Im Rahmen der Berichterstattung ist deutlich geworden, dass wir uns im Ausschuss die Zeit genommen haben, ausführlich darüber zu reden.

Mithilfe der Regelsätze in der Sozialhilfe und beim Arbeitslosengeld II soll das soziokulturelle Existenzminimum gewährleistet und das Führen eines menschenwürdigen Lebens ermöglicht werden. Das gilt insbesondere für Kinder und Jugendliche.

In der Debatte im Sozialausschuss schlug meine Kollegin Frau Bull deshalb vor, den Zusatz in die Beschlussempfehlung aufzunehmen, die Landesregierung aufzufordern, sich auf der Bundesebene für eine Neuberechnung der Regelsätze für Kinder und Jugendliche einzzu-

setzen, um damit deren Bedürfnissen stärker gerecht zu werden. Konkret geht es dabei um die Forderung nach der Sicherung eines angemessenen Existenzminimums für Kinder, also nach einer Kindergrundsicherung mit einem gesonderten unabhängigen Regelsatz für Kinder.

Diese Forderung stammt nicht originär von der Linkspartei.PDS, sondern wird bereits seit mehreren Jahren vor allem vom Deutschen Kinderschutzbund und auch vom Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband erhoben.

Schauen wir uns einmal kurz die Situation an: Kinder sind von Armutssfolgen wesentlich stärker als Erwachsene betroffen. Kinderarmut reduziert Bildungschancen und schließt Kinder gesellschaftlich aus. Kinderarmut beeinträchtigt die Gesundheit und raubt Selbstbewusstsein sowie Hoffnung.

Wir müssen konstatieren, dass insbesondere Kinder und Jugendliche die Verlierer der Hartz-IV-Gesetzgebung sind, da das Leistungsniveau nach dem SGB II nicht mehr dem Niveau der alten Sozialhilfe mit Regelsatz und zusätzlichen einmaligen Leistungen entspricht.

2,5 Millionen Kinder leben momentan in Deutschland in Armut. Das ist eine historisch neue Dimension. Aber Kinderarmut ist keine unabänderliche Tatsache. Schon im Interesse der Gesellschaft muss es unser aller Anliegen sein, wirksam dagegen vorzugehen; denn es ist momentan noch nicht absehbar, welche Folgen Ihre Passivität für unsere Gesellschaft konkret haben wird. Wir brauchen dringend kurz-, mittel- und langfristige Lösungen. Aber all das wissen Sie eigentlich.

Vor diesem Hintergrund ist es umso bedauerlicher, dass Sie kraft Ihrer Koalitionsmehrheit den Antrag im Ausschuss mit einem leichten Federstrich weggewischt haben und auch heute der ablehnenden Beschlussempfehlung zustimmen werden. Das Problem bleibt jedoch bestehen, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen. Die Linkspartei.PDS erwartet, dass der Abbau der Kinderarmut endlich auch bei Ihnen politische Priorität erhält und nicht nur eine leere Worthülse bleibt.

Sehr geehrte Damen und Herren der Koalition, erlauben Sie mir zum Abschluss noch eine Bemerkung zu einem Ihrer Vorhaben im Rahmen der Imagekampagne für das Land Sachsen-Anhalt. Sie planen die Übergabe eines Stramplers an jedes neu geborene Baby mit der Aufschrift: Wir stehen früher auf.

Einmal davon abgesehen, dass gerade dieser Spruch für junge Eltern eher zynisch klingen muss, halte ich

auch die Prioritätensetzung für bedenklich. Ich gehe davon aus, dass für jeden in diesem Hause die Geburt eines neuen Erdenbürgers etwas höchst Erfreuliches ist. Es ist schön, wenn Kinder in Sachsen-Anhalt aufwachsen.

Meine Damen und Herren! Sie wissen aber auch, dass die Anschaffung von Schuhen für Kinder mit insgesamt 54,50 € im Jahr, also monatlich 4,55 €, im Regelsatz 2006 berücksichtigt wurde. Es ist offenkundig, dass damit der angemessene Bedarf an Halb- und Sportschuhen, an Winterstiefeln und Sandaletten allein aufgrund wachstumsbedingter Neuanschaffungen nicht zu decken ist. Zeigen Sie Ihre Freude über neu geborene Landeskinder also bitte nicht nur durch Imagekampagnen,

(Herr Gürth, CDU: Ich kenne kein System, das mehr Leistungen hat!)

sondern durch konkrete Hilfe und konkrete Maßnahmen, um Kinder nicht der Armut und Chancenlosigkeit zu überlassen.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Dazu gehört eben auch eine Kindergrundsicherung. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

#### **Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:**

Vielen Dank, Frau von Angern. - Damit ist die Debatte abgeschlossen.

Wir stimmen nun über die Beschlussempfehlung des Ausschusses in der Drs. 5/473 ab. Wer stimmt zu? - Die Koalitionsfraktionen. Wer stimmt dagegen? - Die Fraktionen der Linkspartei.PDS und der FDP. Damit ist dieser Beschlussempfehlung gefolgt worden.

Der Tagesordnungspunkt 12, der letzte unseres heutigen Tages, ist beendet. Wir sind damit am Ende der 8. Sitzungsperiode des Landtages angelangt.

Der Herr Präsident beruft den Landtag zu seiner 9. Sitzungsperiode für den 22. und 23. Februar 2007 ein.

Ich wünsche Ihnen allen ein angenehmes Wochenende. Einige von uns werden sich morgen in Salzwedel bei der Gedenkveranstaltung für die Opfer des Holocaust treffen. Ich wünsche Ihnen einen guten Heimweg.

Schluss der Sitzung: 13.34 Uhr.